



# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes  
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber  
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber  
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,  
Werner Link und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Akten zur Auswärtigen Politik  
der Bundesrepublik Deutschland  
1963

Band I: 1. Januar bis 31. Mai 1963

Wissenschaftlicher Leiter  
Rainer A. Blasius

Bearbeiter  
Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland**  
/ hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amts vom Institut für  
Zeitgeschichte. Haupthrg. Hans-Peter Schwarz. Mithrg.  
Helga Haftendorn ... – München : Oldenbourg.

NE: Schwarz, Hans-Peter [Hrsg.]; Institut für Zeitgeschichte  
<München>

1963. Wiss. Leiter Rainer A. Blasius. Bearb. Mechthild  
Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch.  
Bd. 1. 1. Januar bis 31. Mai 1963. – 1994  
ISBN 3-486-55964-8  
NE: Lindemann, Mechthild [Bearb.]

© 1994 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf  
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 3-486-55964-8

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Vorbemerkungen zur Edition</b> .....	X
<b>Verzeichnisse</b> .....	XVII
Dokumentenverzeichnis .....	XIX
Literaturverzeichnis.....	CLXXXVII
Abkürzungsverzeichnis .....	CXCIII
<b>Dokumente</b> .....	1
Band I (Dokument 1–185).....	3
Band II (Dokument 186–369).....	603
Band III (Dokument 370–492).....	1267
<b>Anhang</b> .....	1715
Zeittafel.....	1717
Personenregister .....	1721
Sachregister.....	1765
Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1963 .....	1815



## Vorwort

Im September 1985 hatte der Bundesminister des Auswärtigen eine Sachverständigenkommission aus Historikern und Angehörigen des Auswärtigen Dienstes unter dem Vorsitz von Professor Dr. Walter Bußmann mit dem Auftrag berufen, dem Auswärtigen Amt als Entscheidungsgrundlage für eine Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ ein Gutachten zu erstellen, das im März 1986 vorgelegt wurde.

Hauptpunkte dieser Empfehlungen waren:

- zeitlich anschließend an die bedeutenden Aktenveröffentlichungen „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“ sowie „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“, freilich mit veränderter Zielsetzung, sollte eine neue, fortlaufende Edition begonnen werden, um die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des Schriftgutes des Auswärtigen Amts zu dokumentieren;
- unter größtmöglicher Einbeziehung von zuvor offengelegten Verschlusssachen sollte diese Edition parallel zur Freigabe der Akten nach Ablauf der 30-Jahres-Sperrfrist in Jahresbänden fortschreiten;
- ungeachtet des erforderlichen engen sachlichen Zusammenwirkens mit dem Auswärtigen Amt sollte ein vom Bundesminister des Auswärtigen zu berufendes Herausbergremium in wissenschaftlicher Unabhängigkeit die Verantwortung für die Edition tragen;
- zur Durchführung der Arbeiten sollte eine Editorengruppe gebildet werden.

Entsprechend den Empfehlungen sind, beginnend im Jahr 1989, zwei Bände veröffentlicht worden: „Adenauer und die Hohen Kommissare, 1949–1951“ und „Adenauer und die Hohen Kommissare, 1952“.

In der Folgezeit ist es gelungen, das Institut für Zeitgeschichte, München, als Träger zu gewinnen und in längeren, Ende 1989 abgeschlossenen Verhandlungen eine arbeitsfähige Organisationsstruktur zu entwickeln.

Als Hauptherausgeber wurde von den Organen der das Institut tragenden Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt der Unterzeichnete bestellt, als Mitherausgeber die Professoren Dr. Helga Haftendorn, Berlin, Dr. Klaus Hildebrand, Bonn, Dr. Werner Link, Köln, und Dr. Rudolf Morsey, Speyer.

Der Hauptherausgeber und die Mitherausgeber nehmen die wissenschaftliche Verantwortung im Einvernehmen mit der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte wahr.

Vergleichsweise rasch ist dann eine dem Institut für Zeitgeschichte angehörende Editorengruppe von sechs Historikern unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Rainer A. Blasius zusammengestellt worden, so daß die konkreten Arbeiten ab Juni 1990 im Auswärtigen Amt, Bonn, begonnen werden konnten.

Das Herausbergremium hat in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt beschlossen, die verfügbaren Kräfte erst einmal auf die Zeit ab 1963 zu konzentrieren. Die deutsche und die internationale Öffentlichkeit, nicht zuletzt die Zeitgeschichtsforschung und die Wissenschaft von der Internationalen Politik, werden so zum frühestmöglichen Zeitpunkt in die Lage versetzt, auf einer wesentlich verbreiterten Quellenbasis die Voraussetzungen, Zielvorstellungen und Entscheidungen deutscher Außenpolitik zu beurteilen.

Grundsätzlich ist jedoch entschieden worden, nach entsprechender personeller Verstärkung der gegenwärtig für ein Großprojekt dieser Art vergleichsweise kleinen Editorengruppe auch die Akten für die Jahre 1949 bis 1962 nach demselben Editions-konzept herauszugeben.

Das Editions-konzept, die Editionsrichtlinien, die Dokumentenauswahl und die Kommentierung sind in engem Zusammenwirken zwischen dem Herausbergremium und dem Editorenteam mit seinem Wissenschaftlichen Leiter erfolgt. Auf der Grundlage von Vorschlägen der Editorengruppe sind sowohl die großen Linien als auch Detailfragen vom Herausbergremium erörtert und festgelegt worden.

Die drei Bände der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963“ liegen hier vor. Die Editionen für 1964, 1965 und 1966 befinden sich in Arbeit und sollen in jährlichem Rhythmus nach denselben Prinzipien erscheinen, die für die Bände zum Jahr 1963 Gültigkeit haben.

\*\*\*

Bei einer notwendigerweise nicht einfachen Organisationsstruktur und angesichts der vielschichtigen, umfangreichen Bestände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes hängt das Gelingen der Arbeiten in hohem Maß von der Bereitschaft der Beteiligten ab, mit vollem Einsatz, zugleich aber nach den Erfordernissen der Teamarbeit zusammenzuwirken.

Somit habe ich die angenehme Aufgabe, zugleich namens der Kollegen im Herausbergremium, aufrichtig und nachdrücklich zu danken:

- dem Auswärtigen Amt, namentlich dem Leiter des Politischen Archivs und Historischen Referats, Herrn Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heinz Waldner, und Herrn Vortragenden Legationsrat Dr. Hans Jochen Pretsch, ohne deren Initiative und ständige Hilfe das Editions-werk weder in Gang gekommen noch reibungslos fortgeführt worden wäre; in diesen Dank seien auch jene Damen und Herren des Auswärtigen Amtes einbezogen, die beim Deklassifizierungsverfahren dazu beigetragen haben, daß eine große Zahl wichtiger Dokumente nunmehr zugänglich ist;
- den Organen der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte, namentlich dem Stiftungsratsvorsitzenden, Herrn Ministerialdirektor Herbert Kießling, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Herrn Professor Dr. Horst Möller, sowie Herrn Professor Dr. Ludolf Herbst, in der Aufbauphase kommissarischer Direktor des Instituts für Zeit-

geschichte, und dem Verwaltungsleiter des Instituts für Zeitgeschichte, Herrn Georg Maisinger;

- dem Bundeskanzleramt, namentlich Herrn Ministerialdirigent Dr. Uwe Kaestner, und der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf für die Erlaubnis, unverzichtbare Dolmetscheraufzeichnungen einbeziehen zu können;
- dem in gewohnter Sorgfalt und Präzision arbeitenden Verlag Oldenbourg, namentlich Herrn Dr. Thomas Cornides und Herrn Christian Kreuzer, M.A.

Der Erfolg einer Edition hängt in erster und letzter Linie von Qualität und Leistung des Editorenteam ab. Daß in Herrn Dr. Rainer A. Blasius ein erfahrener Wissenschaftlicher Leiter gefunden wurde, der das Werk umsichtig und mit großem Einsatz vorgebracht hat, ist dem Editionsunternehmen allgemein und den Bänden zum Jahr 1963 im besonderen sehr zugute gekommen. Somit sei Herrn Dr. Blasius nachdrücklich gedankt. Ebenso sind die Verdienste von Frau Dr. Mechthild Lindemann und Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch hervorzuheben, die die vorliegenden Bände gemeinsam bearbeiteten. Für Mithilfe und technische Ratschläge besonders zu danken ist Herrn Dr. Wolfgang Hölscher. Gedankt sei auch den Herren Dr. Werner Bühner, Dr. Michael Fröhlich und Dr. Manfred Nebelin, die an Vorarbeiten für die Bände beteiligt gewesen sind. Nicht vergessen seien die ebenso sachkundigen wie tüchtigen Damen des Sekretariats, Frau Andrea Bock und Frau Gabriele Knorr.

Bonn, den 1. Mai 1993

Hans-Peter Schwarz

## Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963“ (Kurztitel: AAPD 1963) umfassen drei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band III finden sich eine Zeit-  
tafel zum Jahr 1963, ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amtes vom Juli 1963.

### Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1963 waren die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA/AA). Besonderes Gewicht wurde auf die zentralen Bestände „Ministerbüro“ und „Büro Staatssekretär“ gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch die einzelnen Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amtes. Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amtes Eingang gefunden haben, wurden nur zur Kommentierung herangezogen und lediglich in Fällen von besonderer außenpolitischer Bedeutung als Dokumente aufgenommen. Fast ausnahmslos haben dagegen die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt und in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus überlieferten Gesprächsaufzeichnungen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlusssachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus dem Bundeskanzleramt bzw. der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus war das Bundeskanzleramt zuständig. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1963 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen, wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

### Dokumentenfolge

Die 492 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Fußnote ausgewiesen. Ein Dokument, bei dem nur der Entstehungsmonat bekannt ist, wird am Ende des betreffenden Monats eingereiht. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der Zeitpunkt der Niederschrift.

### Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten, stets gleich gestalteten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das aus der Kurzbezeichnung der ausfertigen Arbeitseinheit besteht sowie aus weiteren Elementen wie dem gemäß Aktenplan inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad, läßt Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zu und eröffnet die Möglichkeit, zugehöriges Aktenmaterial zu ermitteln. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Aus den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem aus der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments erschließen. Aufzeichnungen und Vermerke des internen Schriftverkehrs im Auswärtigen Amt sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt. Läßt sich ein solcher weder unmittelbar noch mittelbar nachweisen, wird die ausfertige Arbeitseinheit (Abteilung oder Referat) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Infor-

mationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Fußnote aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon findet sich das Aufgabedatum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Zusätzlich zu Datum und Uhrzeit der Aufgabe wird hier auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringlichen Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke wird im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger das Geschäftszeichen und das Datum genannt. Eine Sonderform des Schriftberichts stellt das sogenannte Privatdienstschreiben dar, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen Niederschriften über Gespräche bzw. Besprechungen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet. Hervorzuheben sind innerhalb dieser Dokumentengruppe Gesprächsaufzeichnungen der Dolmetscher. Für deren chronologische Einordnung ist das Gesprächs- oder Besprechungsdatum ausschlaggebend, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen werden.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen (wie z. B. das Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 7. Januar 1963), sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschwei-

gend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z.Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den aufgrund festgelegter Verteiler vielfältigten Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufbereitung mußten hin und wieder ein „Durchschlag als Konzept“, ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Fußnote. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

### Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt veröffentlicht. In wenigen Ausnahmefällen sind geringfügige Auslassungen vorgenommen worden; sie werden durch [...] gekennzeichnet und in einer Fußnote erläutert. Textergänzungen der Bearbeiter stehen ebenfalls in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; manchmal erwies sich jedoch eine Vereinheitlichung bzw. Modernisierung als sinnvoll. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende oder ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen werden – sofern sie nicht überwiegend formaler Natur sind – kursiv wiedergegeben. Darüber hinaus dient der Kursivdruck dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Zentrierungen usw.) folgt das Druckbild der Textvorlage, soweit dies unter Berücksichtigung der satztechnisch bedingten Gegebenheiten möglich ist.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftenformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Fußnote). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstücks in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Da alle edierten Dokumente für die wissenschaftliche Benutzung bisher nicht oder nur in eingeschränktem Maße zur Verfügung standen, erübrigte sich eine systematische Suche nach Vor- oder Teilveröffentlichungen.

### Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen des Auswärtigen Amts bzw. außerhalb dieser Behörde gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgeschlossen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weitere Aktenstücke und anderweitiges Schriftgut nachweisen, die unmittelbar oder mittelbar angesprochen werden, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Dem erstgenannten Gesichtspunkt tragen jene rück- oder weiterverweisenden Anmerkungen Rechnung, die Bezüge zwischen einzelnen Dokumenten in den vorliegenden drei Bänden offenlegen und bereits auf die in Vorbereitung befindlichen AAPD 1964 verweisen. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente

durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die damaligen Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugsstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungsteilen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung/Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Die genannten Merkmale werden dabei erforderlichenfalls in Kombination oder auch im Wechsel dem Namen hinzugefügt. Dies trifft vor allem auf die Referatsleiter im Auswärtigen Amt zu, bei denen alternierend Dienststellung oder Dienstbezeichnung angeführt wird. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, der Bundeskanzler bzw. der Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung und in den Regesten der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet. Im übrigen orientiert sich die Edition bei der Benutzung geographisch-politischer Begriffe an der Sprache der Quellen.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Translitterierung durchgeführt.

## Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Übersicht in Form eines Regests. Um die Einheitlichkeit der Regesten in ihrem notwendigerweise verkürzenden Charakter zu wahren, steht bei der Zusammenfassung des Dokumenteninhalts nicht die Aufzählung aller angesprochenen Themen im Vordergrund, sondern die Aufmerksamkeit gilt wesentlichen Schwerpunkten oder neuartigen Gedanken. Die Regesten können und sollen lediglich einer ersten Orientierung dienen. Hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung wird auf die vorangehenden Ausführungen zur Kommentierung verwiesen.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt – mit Ausnahme der erwähnten Kurzformen – die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, es sei denn, sie sind so gebräuchlich, daß sich eine Auflösung erübrigt. Nicht aufgenommen werden Abkürzungen, die in einer Fußnote erläutert sind.

## Anhang

Die *Zeittafel* enthält eine Auswahl von außenpolitisch markanten Daten zum Jahr 1963.

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. In der Regel wird nur die maßgebliche Funktion im Jahr 1963 angegeben. Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt. Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, so wird im Register statt der betreffenden Seitenzahlen die halbfett gedruckte Dokumentennummer ausgeworfen.

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente. Auch hier wird in den Fällen, in denen sich ein Schlagwort auf ein Dokument in seiner Gesamtheit bezieht, die halbfett gedruckte Dokumentennummer anstelle von Seitenzahlen aufgeführt.

Der *Organisationsplan* vom Juli 1963 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und orientiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

# Verzeichnisse



# Dokumentenverzeichnis

- 1        04.01    Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt        S. 3
- Groepper berichtet von einem Gespräch mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister. Lapin begründete die Ablehnung einer Wiedervereinigung Deutschlands damit, daß die UdSSR das Machtpotential der NATO nicht „durch Freigabe der Zone“ stärken wolle. Erst nach einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO könne über eine Wiedervereinigung gesprochen werden. Außerdem kündigte Lapin an, die UdSSR wolle, analog zur Beilegung der Kuba-Krise, „auch die deutsche Frage im Gespräch mit den Amerikanern einer Lösung zuführen“. Groepper zieht den Schluß, daß die sowjetische Haltung zur Deutschland-Frage stärker von machtpolitischen als ideologischen Erwägungen bestimmt wird.
- 2        04.01    Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens                    S. 5
- Carstens erläutert das Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962. Die britisch-amerikanischen Absprachen beurteilt er positiv als ersten Schritt zu einer multilateralen Atomstreitmacht; er sieht jedoch auch „gefährliche Elemente“ wie eine mögliche Schwächung der europäischen Verteidigung und einen Statusverlust der Bundesrepublik im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien. Die deutsche Stellungnahme zu dem Projekt werde daher vornehmlich von der Kommandostruktur und dem zahlenmäßigen Verhältnis zwischen multinationalen und nationalen Kontingenten abhängen.
- 3        04.01.    Besprechung des Interministeriellen Ausschusses für        S. 8  
den Interzonenhandel
- Auf der Sitzung unter Vorsitz des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft, Westrick, wird die Verhandlungsrichtlinie, die dem Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, zu einem Gespräch über Kreditwünsche der DDR erteilt werden soll, festgelegt. Die Gesprächsteilnehmer einigen sich darauf, das alte Angebot zu erneuern und Leopold erklären zu lassen, daß er autorisiert sei, über die den Senat von Berlin betreffenden technischen Fragen zu verhandeln.
- 4        04.01.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haefthen        S. 13
- Haefthen erörtert die Frage, ob bei Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau ein Grenzvorbehalt ausgesprochen werden müsse. Während eine Handelsmission ohne konsularische Befugnisse keine nachteiligen Auswirkungen auf den völkerrechtlichen Status der Ostgebiete des Deutschen Reiches haben würde, wäre aus der Aufnahme konsularischer Beziehungen eine „Anerkennung der bestehen-

den Grenzen“ ableitbar. Haeften zieht den Schluß, daß in diesem Fall ein Grenzvorbehalt Bestandteil einer Vereinbarung mit Polen sein müsse.

- 5      04.01. Aufzeichnung des Generalkonsuls von Schmoller      S. 16
- Im Rückblick auf die amerikanische Abrüstungspolitik der Jahre 1960 bis 1962 konstatiert Schmoller einen Wandel in Richtung auf eine Trennung der Abrüstungsfragen von politischen Problemen; dies interpretiert er als Resultat sowjetischer Kompromißlosigkeit in den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über Berlin. Er sieht Chancen für rüstungspolitische Teilmaßnahmen, die nach amerikanischer Auffassung die Basis für eine politische Entspannung schaffen könnten. Somit sei für die Zukunft eher mit einer Wechselwirkung zwischen Abrüstungsfragen und politischen Fragen zu rechnen als mit einem Verhandlungsjunktum.
- 6      07.01. Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Entwurf)      S. 19
- Die Politische Abteilung legt eine Gegenüberstellung des französischen Entwurfs und der deutschen Stellungnahme dazu vor. Die Änderungsvorschläge beinhalten eine stärkere Betonung der Rolle des Bundeskanzlers Adenauer und des Staatspräsidenten de Gaulle für die deutsch-französische Verständigung, die Aufnahme eines Passus über gegenseitige Wahrnehmung von Interessen in Drittstaaten, in denen entweder Frankreich oder die Bundesrepublik vertreten ist, die ausdrückliche Erwähnung der NATO im Rahmen der strategischen Zusammenarbeit sowie, unter Hinweis auf die Zuständigkeit der Bundesländer, unverbindlichere Bestimmungen zum Sprachenunterricht.
- 7      07.01. Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten (Entwurf)      S. 29
- In dem von deutscher Seite für die Konferenz am 21./22. Januar 1963 in Paris vorbereiteten Entwurf wird die geplante deutsch-französische Zusammenarbeit in den Bereichen Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Zivile Verteidigung, Erziehungswesen sowie Jugend- und Sportfragen erläutert.
- 8      08.01. Staatssekretär Carstens an Präsident Hallstein, EWG-Kommission      S. 31
- Mit Blick auf einen möglichen Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands zur EWG regt Carstens eine Neuregelung des Abstimmungsmodus im EWG-Ministerrat an.



präsident ein Schriftstück über die deutsch-französische Zusammenarbeit unterzeichnen sollen. Eine Unterzeichnung würde die Auffassung stützen, daß die Vereinbarung der Zustimmung durch Bundestag und Bundesrat bedürfe. Carstens schlägt einige Änderungen im Text des Entwurfs vor und regt an, Adenauer und de Gaulle sollten lediglich eine Erklärung für die Öffentlichkeit abgeben.

- 14      10.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer      S. 46

Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika“ legt dar, daß die Erklärungen des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel fast alle arabischen Staaten beunruhigt und zu gleichlautenden Protestnoten an die Bundesregierung veranlaßt hätten. Im Falle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel rechnet Schirmer deshalb mit einer „Aktivierung der arabischen Solidarität“ und der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Mehrzahl der arabischen Staaten.

- 15      10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf      S. 48

Krapf führt aus, daß der Ausgang der Kuba-Krise und die schlechte wirtschaftliche Lage die DDR veranlaßt hätten, die Methoden ihrer Deutschland-Politik zu ändern. Das Ziel einer politischen Aufwertung der DDR solle nun mittels „diplomatischer Vorstöße“ erreicht werden. Als Beispiele nennt er das Gesprächsangebot des Stellvertretenden Außenministers der DDR, König, gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, sowie die Versuche, die technischen Verhandlungen über den innerberliner Post austausch und den Interzonenhandel politisch aufzuwerten. Krapf unterstreicht, daß diese Bestrebungen ein Zeichen von Schwäche seien und es keinen Anlaß gebe, auf sie einzugehen.

- 16      10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach      S. 51

Müller-Roschach stellt positive und negative Aspekte des Nassau-Abkommens gegenüber. Erstere sieht er in einer für die glaubwürdige Abschreckung entscheidenden Zusammenfassung des westlichen Kernwaffenpotentials, einer stärkeren Bindung der USA an Europa und einer Mitwirkung der Bundesrepublik an nuklearen Fragen. Nachteilig sei die geplante Beibehaltung nationaler britischer und französischer Komponenten. Die wichtigsten offenen Fragen seien die der künftigen Kommandostruktur und der Einsatzregelung einer NATO-Atomstreitmacht. In jedem Fall empfiehlt er eine positive Haltung zu den amerikanischen Plänen.

- 
- 17      11.01.    Präsident Hallstein, EWG-Kommission, an Staatssekretär Carstens      S. 55
- Hallstein äußert sich zu den möglichen Auswirkungen einer EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens und weiterer Staaten auf den Abstimmungsmodus im Ministerrat. Er ist überzeugt, daß es politisch nicht durchsetzbar wäre, das Mehrheitsniveau herabzusetzen oder über eine Verschiebung der Ponderation den „Altmitgliedern“ eine „entscheidend geminderte Rolle“ zuweisen.
- 18      12.01.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen      S. 56
- Jansen faßt die Ergebnisse der deutsch-französischen Besprechungen zur Vorbereitung der für den 21./22. Januar 1963 geplanten Gespräche zwischen Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer zusammen. Verhandelt wurde in erster Linie über den französischen Entwurf eines gemeinsamen Protokolls und den deutschen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Beide Seiten zeigten sich an einem ratifizierungsbedürftigen Vertrag nicht interessiert. Keine Einigung konnte im Hinblick auf Aussagen über das Verhältnis zur NATO sowie beim Sprachenunterricht erzielt werden.
- 19      12.01.    Botschafter Graf von Spreti, Havanna, an das Auswärtige Amt      S. 61
- Spreti informiert über ein Gespräch mit dem kubanischen Außenminister. Roa teilte mit, seine Regierung habe sich entschlossen, die DDR diplomatisch anzuerkennen. Der Botschafter widersprach der Erwartung von Roa, daß die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen zu Kuba dennoch beibehalten könne.
- 20      12.01.    Aufzeichnung des Generalkonsuls von Schmoller      S. 64
- Schmoller faßt die Ergebnisse einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats zusammen, in der der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium die Pläne für eine NATO-Atomstreitmacht vorstellte. Ball legte Überlegungen zur Struktur dar, in der das Hauptgewicht auf der multilateralen Komponente liegen solle, und unterbreitete Vorschläge zu einer Unterstellung unter den Befehl von SACEUR oder unter ein selbständiges nukleares Kommando. Von britischer Seite wurde der Vorbehalt des gesonderten nationalen Einsatzes atomarer U-Boote erläutert. Für weitere Beratungen der Bündnispartner, die das Nassau-Abkommen überwiegend positiv aufnehmen, schlug der Generalsekretär der NATO, Stikker, die Bildung eines Sonderausschusses vor.



- 25      14.01.    Aufzeichnung des Referats 200      S. 82
- In Vorbereitung der für den 21./22. Januar 1963 geplanten Gespräche zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle legt das Referat „Europäische politische Integration“ dar, daß trotz bilateraler Gespräche über den französischen Entwurf eines Protokolls und den deutschen Entwurf einer Erklärung keine Übereinstimmung in den Punkten strategische und rüstungstechnische Zusammenarbeit sowie Sprachenunterricht erzielt werden konnte. Die französische Seite schlug vor, im einleitenden Satz eines Protokolls nicht nur die Absicht, sondern die erzielte Übereinkunft zu einer deutsch-französischen Zusammenarbeit zum Ausdruck zu bringen. Es sprach sich dagegen aus, in der Präambel einer gemeinsamen Erklärung die europäische politische Union ausdrücklich zu erwähnen.
- 26      15.01.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen      S. 86
- Jansen erläutert den Stand der Arbeiten an den Entwürfen für Protokoll und Erklärung über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Er legt die kontroversen Positionen hinsichtlich der strategischen bzw. rüstungstechnischen Kooperation, des Sprachenunterrichts sowie der außenpolitischen Aussagen dar und unterbreitet die teils von deutscher, teils von französischer Seite ausgearbeiteten Kompromißformeln. Abschließend weist Jansen auf den französischen Vorschlag hin, ein gemeinsames Jugendwerk beider Staaten zu gründen.
- 27      16.01.    Bundeskanzler Adenauer an Regierenden Bürgermeister Brandt      S. 90
- In Beantwortung einer Anfrage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin wendet sich Adenauer dagegen, daß Brandt einer Einladung des Ministerpräsidenten Chruschtschow zu einem Treffen in Ost-Berlin Folge leistet. Lediglich für den Fall eines Einverständnisses der Westmächte erklärt sich der Bundeskanzler bereit, seine Bedenken zurückzustellen.
- 28      17.01.    Bundesminister Barzel, z. Z. Berlin, an Staatssekretär Thedieck, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen      S. 91
- Barzel berichtet von Gesprächen mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin über ein geplantes Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow. Nachdem von den Westmächten die Entscheidung Brandt überlassen worden war und Bundeskanzler Adenauer telefonisch seine Bedenken zurückgestellt hatte, zeigte sich Brandt ungeachtet der Warnungen von Barzel entschlossen, nach Ost-Berlin zu fahren. Der Bundesminister riet den Berliner CDU-Senatoren dennoch vorerst von einem als Protest gegen diese Absicht erwogenen „demonstrativen Rücktritt“ ab.

- 29      17.01. Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt S. 93
- Allardt bilanziert den Stand der Verhandlungen mit Polen über ein Abkommen über den Handels- und Seeschiffsverkehr sowie die Errichtung einer Handelsvertretung in Warschau. Den zunehmend zähflüssigen Verlauf führt er auf wiederholte Interventionen seitens der DDR zurück, die von polnischen Stellen auf dem laufenden gehalten werde. In der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) habe die polnische Regierung dadurch Kompromißbereitschaft angedeutet, daß sie auf die Kündigung des Protokolls vom 16. November 1956 über den Zahlungsverkehr, das eine Berlin-Klausel enthalte, verzichten wolle.
- 30      17.01. Staatssekretär Lahr, z. Z. Brüssel, an Bundesminister Schröder S. 96
- Lahr berichtet von einer Unterredung mit dem französischen Außenminister über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG. Couve de Murville äußerte sich kritisch über den langsamen Gang der Verhandlungen und konstatierte den Beginn einer seit längerem erwarteten Krise. Lahr widersprach, weil etwa zwei Drittel der Probleme bereits bewältigt seien. Er schließt jedoch nicht aus, daß der Außenminister noch am selben Abend die Beitrittskonferenz als gescheitert bezeichnen könnte.
- 31      18.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Voigt S. 97
- Voigt hält fest, daß sich auf der Sondersitzung der EWG-Außenminister am 18. Januar 1963 die französische Delegation mit ihrer Forderung nach sofortigem Abbruch der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG nicht durchsetzen konnte. Er analysiert die französischen Argumente und kommt zu dem Schluß, daß sie nicht stichhaltig seien. Abschließend skizziert er die möglichen negativen Auswirkungen eines Scheiterns der Verhandlungen und lehnt die von Staatspräsident de Gaulle vorgeschlagene Assoziierung Großbritanniens mit der EWG ab.
- 32      19.01. Staatssekretär von Hase, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 103
- Der Chef des Presse- und Informationsamtes berichtet von einer Unterredung mit dem französischen Informationsminister über die Frage, auf welche Weise der Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft während der bevorstehenden Gespräche zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle größtmögliche Publizität zuteil werden könnte. Abschließend gab Peyrefitte die Bemerkung von de Gaulle wieder, daß Großbritannien und die EWG erst in einigen Jahren, nach einem möglichen britischen „Labour-Experiment“ und einem erneuten Sieg der Konservativen, „füreinander reif“ seien.

- 33      19.01.    Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder      S. 104
- Knappstein gibt eine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister über die Situation innerhalb der westlichen Allianz wieder. Unter Hinweis auf das deutsch-französische „Rapprochement“ bat Rusk die Bundesregierung, in der Frage des Nassau-Abkommens und eines Beitritts Großbritanniens zur EWG „mäßigend“ auf alle Verbündeten, besonders auf Frankreich, einzuwirken. Bundeskanzler Adenauer falle beim Besuch in Paris am 21./22. Januar 1963 die „historische Aufgabe“ zu, eine Entwicklung zu verhindern, die sein eigenes Werk, nämlich die atlantische Partnerschaft und die europäische Einigung, gefährde.
- 34      19.01.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 105
- Lahr äußert sich zu möglichen Auswirkungen eines Scheiterns der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG. Er rechnet mit einer Trübung des britischen Verhältnisses zu den kontinentaleuropäischen Staaten, besonders zu Frankreich, und mit einem Wiedererstarken der EFTA. Zudem seien die Folgen für die auf eine Ausweitung der EWG ausgerichtete Handelspolitik der USA noch nicht zu übersehen. Die Gründe für die Zurückweisung Großbritanniens stünden mit den Römischen Verträgen nicht im Einklang. Als Reaktion auf die Verstöße Frankreichs gegen die „communautaire Regel“, nur gemeinsam zu handeln, erwartet Lahr bei den übrigen EWG-Mitgliedern ebenfalls eine stärkere Betonung nationaler Interessen.
- 35      20.01.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen      S. 108
- Jansen erörtert die Frage, ob angesichts des zu erwartenden negativen Echos in der Bundesrepublik der deutsch-französische Vertrag auch bei fortdauerndem Dissens über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG unterzeichnet werden sollte. Er spricht sich für eine Unterzeichnung aus, um die Annäherung an Frankreich nicht scheitern zu lassen. Um jedoch die Bundesregierung vor dem Ruf eines „bloßen Ja-Sagers“ gegenüber Staatspräsident de Gaulle zu bewahren, müsse ihre eigenständige Position in der Beitrittsfrage sehr klar zum Ausdruck gebracht werden.
- 36      21.01.    Vermerk des Staatssekretärs Lahr      S. 110
- Lahr berichtet von einer Unterredung mit dem Leiter der Israel-Mission über die Beziehungen Israels zur Bundesrepublik und zur EWG. Shinnar zeigte Verständnis für die deutsche Haltung, daß bei einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch die „Opportunität bestimmter Maßnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt“ berücksichtigt werden müsse. Trotz der Äußerungen des Bundestagspräsidenten Gersten-

maier werde in Israel nicht mit einer raschen Änderung dieser Auffassung gerechnet.

- 37      21.01. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris      S. 111

Thema der Unterredung sind strategische Konzeptionen. Der Bundeskanzler kritisiert die amerikanische Forderung nach einer Verstärkung der konventionellen Verteidigung Europas, da im Falle eines sowjetischen Angriffs mit dem Einsatz von Atomwaffen zu rechnen sei. Der französische Staatspräsident begründet den Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht damit, daß zwar nicht an der Bereitschaft der USA, Europa gegen einen Angriff der UdSSR zu verteidigen, zu zweifeln sei, jedoch an der Fähigkeit, zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Mitteln einzugreifen. Der Bundesrepublik komme bei einer bewaffneten Auseinandersetzung in Europa die Funktion einer „Avantgarde“ zu. Im Nassau-Abkommen sieht de Gaulle einen Beweis dafür, daß Großbritannien stärker amerikanisch als europäisch orientiert sei. Adenauer läßt sich das Konzept einer Force de frappe erläutern und betont das Interesse der Bundesrepublik am Bau von Raketen für die Weltraumforschung. Er erläutert dann die Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten. Auf längere Sicht halten beide Staatsmänner eine Beeinflussung der sowjetischen Westeuropa-Politik durch wachsende Spannungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China für wahrscheinlich, was einmal für eine gemeinsame diplomatische Initiative in der Deutschland-Frage genutzt werden könnte.

- 38      21.01. Elysée-Konferenz      S. 124

Die Delegationen erörtern die Ausgestaltung der künftigen engeren Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich auf politischem, militärischem und kulturellem Gebiet. Beide Seiten erklären, die Bedeutung des vorbereiteten Vertrags durch gesetzliche Verankerung „feierlich“ herausstellen zu wollen. Der französische Staatspräsident bezeichnet die deutsch-französische Zusammenarbeit als Kernstück der europäischen Zusammenarbeit. Ihr Scheitern würde in Frankreich „unbegrenzte moralische und psychologische Konsequenzen“ haben und die Einigung Europas vereiteln. Bundeskanzler Adenauer unterstreicht die Fülle von Möglichkeiten, die sich aus der geplanten Kooperation ergäben, und dankt de Gaulle für die Initiative „zu diesem gemeinsamen Werk“.

- 39      21.01. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatspräsident de Gaulle in Paris      S. 128

Der französische Staatspräsident ist davon überzeugt, daß die „endlosen und ergebnislosen“ Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG eingestellt werden sollten, da

die politischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Großbritannien und Kontinentaleuropa noch zu groß seien. Während de Gaulle die agrarpolitischen Probleme als besonders schwerwiegend einschätzt, weist Schröder darauf hin, daß Großbritannien als EWG-Mitglied einen zusätzlichen Absatzmarkt für die französische Landwirtschaft darstellen würde, und betont das „lebenswichtige Interesse“ der deutschen Wirtschaft an einem unbeschränkten Zugang zum EFTA-Markt.

- 40      21.01. Botschafter von Walther, Ankara, an Bundeskanzler Adenauer      S. 131

Walther berichtet von einem Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten. İnönü beklagte sich über die „unverständliche“ Härte der Bundesregierung in Fragen der Verteidigungshilfe, besonders bei der Erfüllung des Munitionslieferungsvertrags, und über die geringe finanzielle Beteiligung am wirtschaftlichen Aufbau in der Türkei. Abschließend erkundigte er sich nach der Lage in Berlin und ließ sich Äußerungen des Ministerpräsidenten Chruschtschow erläutern. Es bestand Einigkeit, daß sich der Westen durch die Propagierung einer „friedlichen Koexistenz“ nicht „einschläfern“ lassen dürfe.

- 41      21.01. Botschafter von Etzdorf, London, an das Auswärtige Amt      S. 134

Etzdorf informiert über mögliche britische Reaktionen auf ein Scheitern der Beitrittsverhandlungen mit der EWG. Verbindliche Auskünfte habe er nicht erhalten können. Der Leiter des Central Department im britischen Außenministerium, Tomkins, rechne nicht mit einer Abkehr vom europäischen Kurs, obwohl „weite Kreise“ in Großbritannien der Regierung wahrscheinlich raten würden, die Bindungen zur EFTA und zu den USA zu verstärken und möglicherweise wirtschaftliche Maßnahmen gegen die EWG zu ergreifen. Einhellig werde der Einfluß des Bundeskanzlers Adenauer auf Staatspräsident de Gaulle als entscheidend für die weiteren Verhandlungen bezeichnet.

- 42      22.01. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt      S. 136

Harkort gibt Informationen des luxemburgischen EWG-Botschafters Borschette wieder. Seine Regierung sei von französischer Seite bei der Erörterung über einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien unter Druck gesetzt worden. Luxemburg stehe aber weiterhin zur Auffassung der übrigen vier Mitgliedstaaten.

- 43      22.01. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris      S. 137
- Der Bundeskanzler berichtet von der Unterredung mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, über die MLF. Hinsichtlich der geplanten Konzentration von atomaren Waffen auf U-Booten ist Adenauer mit dem französischen Staatspräsidenten der Auffassung, daß für eine wirk-same Abschreckung landgestützte Atomwaffen in Europa stationiert bleiben müssen. Hinter dem Nassau-Abkommen sehen beide das Bestreben der USA, Großbritannien in der Frage der Atomwaffen in Abhängigkeit zu bringen. Einig sind sie sich auch bezüglich der Notwendigkeit einer Reform der NATO. De Gaulle hält eine enge Zusammenarbeit der Europäer für erforderlich, um eine echte Mitwirkung an strategischen Entscheidungen des Bündnisses durchzusetzen. Anschließend erläutert er seine Haltung zu einem Beitritt Großbritanniens zur EWG, der für ihn nur dann akzeptabel sei, wenn keine Sonderbedingungen eingeräumt würden. Adenauer hält es nicht für ausgeschlossen, daß ein Beitritt Großbritanniens „Erschütterungen“ in der Gemeinschaft auslösen würde, gibt aber zu bedenken, daß eine Weiterführung der Verhandlungen für die konservative britische Regierung bei vorgezogenen Wahlen eventuell von Vorteil sein könnte.
- 44      22.01. Elysée-Konferenz      S. 148
- Der französische Staatspräsident schlägt vor, die nächste Zusammenkunft nach Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags in etwa sechs Monaten in der Bundesrepublik abzuhalten. De Gaulle nimmt anschließend zur Frage eines Beitritts Großbritanniens zur EWG Stellung und plädiert dafür, mit der Aufnahme neuer Mitglieder so lange zu warten, bis die „Organisation der EWG“ abgeschlossen sei. Bundeskanzler Adenauer pflichtet dieser Auffassung bei, hebt die große Zahl noch offener Fragen in den Verhandlungen mit Großbritannien hervor und spricht sich dafür aus, unter den Sechs zu-nächst wieder Einigkeit herbeizuführen.
- 45      22.01. Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt      S. 151
- Allardt berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister. Modrzewski bat darum, die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau nicht zur Bedingung für ein Abkommen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr zu machen, sondern zu-nächst sein Schreiben vom 21. Januar 1963 als Grundlage für spätere Verhandlungen über technische Fragen zu akzeptieren. Der Beschluß zu dem Schreiben sei gegen erhebliche Widerstände zustande gekommen und bedeute einen großen Schritt auf dem Weg zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Allardt schildert die polnischen Motive und spricht sich dafür aus, erst im Anschluß an die Unterzeichnung des

Handelsabkommens Aufgaben und Status der Handelsvertretung festzulegen.

- 46      22.01. Bundeskanzler Adenauer, z.Z. Paris, an Präsident Kennedy S. 153
- Adenauer sichert dem amerikanischen Präsidenten Unterstützung bei dem Projekt der MLF zu. Er informiert über den Abschluß des deutsch-französischen Vertrags und erläutert die Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle zu einem britischen EWG-Beitritt. Der Bundeskanzler teilt Kennedy mit, er werde sich darum bemühen, daß die EWG-Kommission einen Bericht über die organisatorischen und institutionellen Probleme der Gemeinschaften und den Stand der Verhandlungen mit Großbritannien erstellt. Nachdrücklich werde er sich für einen positiven Ausgang dieser Verhandlungen einsetzen, bei denen allerdings beide Seiten „entsprechende Beiträge leisten“ müßten.
- 47      23.01. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatssekretär Dehlavi, pakistanisches Außenministerium S. 155
- Der Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium hebt hervor, daß der indisch-chinesische Grenzkonflikt, in dem sich Pakistan neutral verhalten habe, nicht ideologisch motiviert sei. Die indische Politik befinde sich, wie auch die Zusammenziehung mehrerer Divisionen an der Grenze zu Pakistan verdeutliche, auf einem „Weg der Aggression“. Daher hätten auch die amerikanischen Waffenlieferungen an Indien in Pakistan Besorgnis ausgelöst. Dehlavi bittet die Bundesregierung, sich für einen Abzug der indischen Truppen aus dem Grenzgebiet und eine friedliche Lösung des Kaschmir-Problems einzusetzen. Schröder betont, daß die Bundesrepublik sowohl mit Pakistan als auch mit Indien befreundet sei, und legt dar, die wirkliche Gefahr, der beide Staaten gegenüberstünden, sei der Expansionsdrang des Kommunismus.
- 48      23.01. Staatssekretär Carstens an Ministerialdirektor Allardt, z.Z. Warschau S. 160
- Carstens übermittelt die Antwort auf das Schreiben des polnischen Stellvertretenden Außenhandelsministers, Modrzewski, vom 21. Januar 1963, die anlässlich der Paraphierung des Abkommens mit Polen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr übergeben werden soll. Darin hebt der Staatssekretär hervor, daß vor der Unterzeichnung des Abkommens Einverständnis hinsichtlich der Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau erzielt werden müsse. Er teilt Allardt mit, angesichts des polnischen Interesses am Handelsabkommen gewährleiste nur dieses „Junktim“, daß die Errichtung der Handelsvertretung nicht verschleppt oder erschwert werde. Dabei solle auf den Status der Vertretung und dessen Regelung nicht zu sehr insistiert werden, doch müßten ihr Chiffrierrecht und „gewisse Privilegien und Immunitäten“ zuerkannt werden.



- 52      24.01.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Botschafter Dowling      S. 173

Adenauer zeigt sich erstaunt über die besorgten Reaktionen in den USA auf den deutsch-französischen Vertrag. Dieser liege auch im amerikanischen Interesse, da durch das Zusammengehen der Bundesrepublik und Frankreichs ein „Schutzdamm gegen den Kommunismus“ geschaffen werde. Dowling weist darauf hin, daß sich seine Regierung über die Ziele des französischen Staatspräsidenten nicht im klaren sei. Es werde befürchtet, de Gaulle wolle das „Europa der Sechs“ zu einem Rückzug aus der atlantischen Partnerschaft veranlassen. Präsident Kennedy werde die Auswirkungen des Vertrags positiv einschätzen, wenn Großbritannien der Beitritt zur EWG ermöglicht werde. Der Bundeskanzler macht darauf aufmerksam, daß auch auf britischer Seite Schwierigkeiten bestünden, und wirbt um Verständnis für die französische Haltung. De Gaulle sei verärgert über das für ihn überraschende amerikanische Angebot, an Großbritannien Polaris-Raketen zu liefern. Eine Pause bei den EWG-Beitrittsverhandlungen sei unumgänglich.

- 53      25.01.    Staatssekretär Carstens an Botschafter Klaiber, Rom      S. 180

Carstens bedauert die ablehnende italienische Reaktion auf den Abschluß eines förmlichen Vertrags zwischen der Bundesrepublik und Frankreich und weist auf zwingende verfassungsrechtliche Gründe für diesen Schritt hin. Er betont, daß durch den Vertrag die Haltung der Bundesregierung in Fragen, in denen mit Frankreich keine Übereinstimmung besteht, wie beispielsweise der eines Beitritts Großbritanniens zur EWG oder des „Nassau-Komplexes“, nicht beeinflusst wird.

- 54      25.01.    Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), an Bundesminister Schröder      S. 181

Scherpenberg äußert sich zu deutschlandpolitischen Fragen. Er befürwortet die Errichtung ständiger Handelsvertretungen in den osteuropäischen Staaten, um die Position der Bundesrepublik im Westen zu stärken und möglicherweise einen „gewissen Einfluß“ auf die Ostblock-Staaten zu erlangen. In der Berlin-Frage rät er zum Kampf „mit allen Mitteln um die Erhaltung des Status quo“, weil jede vertragliche Regelung von der UdSSR gebrochen und auf Dauer zum Verlust von Berlin (West) führen werde. Hinsichtlich der Deutschland-Frage vertritt der ehemalige Staatssekretär die Ansicht, daß die UdSSR „taktisch in eine unangenehme Lage gebracht werden könnte“, wenn die Bundesregierung ihre Forderung nach Wiedervereinigung zugunsten der nach freien Wahlen und einer demokratischen Regierung in der DDR zurückstellen würde.

- 55      25.01.    Botschafter Knapstein, Washington, an Bundesminister Schröder      S. 187
- Knapstein berichtet, daß in den USA die von Staatspräsident de Gaulle am 14. Januar 1963 geäußerten Vorstellungen als Gefahr für das Konzept der wirtschaftliche, politische und verteidigungspolitische Komponenten umfassenden atlantischen Partnerschaft angesehen werde. Die zeitliche Nähe zwischen der Pressekonferenz und der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags erwecke den Anschein, daß die Bundesregierung die Politik von de Gaulle gutheiße. Folglich werde die amerikanische Regierung die Verhandlungen in Brüssel am 28. Januar 1963 als Test ansehen. Die Bundesregierung habe es noch in der Hand, das Maß der Mitverantwortung an einem Scheitern der Beitrittsverhandlungen selbst zu bestimmen.
- 56      27.01.    Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder      S. 189
- Groepper informiert über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau, der Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Breschnew, führte. Kohler kam zu dem Schluß, daß in absehbarer Zeit weder mit einem separaten Friedensvertrag zwischen UdSSR und DDR noch mit einer Berlin-Krise gerechnet werden müsse. Groepper hob ihm gegenüber hervor, daß die UdSSR zu Zugeständnissen bezüglich Zusammensetzung und Aufenthaltsdauer alliierter Truppen in Berlin bereit sein könnte, um Gegenleistungen in Form eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt sowie einer Unterstellung der in Berlin (West) stationierten Truppen unter die UNO zu erhalten. Ein solches Unterstellungsverhältnis würde jedoch eine Beseitigung der originären Besatzungsrechte der Westmächte bedeuten und den gesamtdeutschen Anspruch gefährden. Auch könne ein Nichtangriffsabkommen erst im Zusammenhang mit einer Lösung der Deutschland-Frage in Erwägung gezogen werden, weil es für die Bundesrepublik ein „wichtiges Aktivum“ in Verhandlungen darstelle.
- 57      28.01.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem italienischen Botschafter Guidotti      S. 195
- Adenauer legt dar, daß der deutsch-französische Vertrag die westliche Position gegenüber der UdSSR stärke und die Einigung Europas fördere. Guidotti äußert sich besorgt über die zeitliche Nähe der Vertragsunterzeichnung zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963. Er fürchtet, Frankreich werde einen Beitritt Großbritanniens zur EWG verhindern. Adenauer führt die französische Mißstimmung darauf zurück, daß de Gaulle nicht vor Abschluß des Nassau-Abkommens über den britischen Wunsch nach amerikanischen Polaris-Raketen informiert worden sei.

Der Bundeskanzler glaubt aber nicht an ein französisches Veto in der Beitrittsfrage.

- 58      28.01.    Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt      S. 200

Knapstein berichtet über ein Gespräch mit dem ehemaligen amerikanischen Militärgouverneur. Clay warf der Bundesregierung vor, sie habe durch den deutsch-französischen Vertrag die Ziele, wenn nicht gar die konkrete Politik des französischen Staatspräsidenten „indossiert“; falls der Bundestag das Abkommen unverändert ratifiziere, „bedeute dies das Ende Berlins“. Einwände des Botschafters, die Bundesregierung vertrete hinsichtlich eines Beitritts Großbritanniens zur EWG und der Mitarbeit beim Nassau-Abkommen andere Standpunkte als de Gaulle, wies Clay zurück.

- 59      28.01.    Bundeskanzler Adenauer an den ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy      S. 201

Adenauer erläutert den deutsch-französischen Vertrag und betont, daß die USA über die Botschaft in Bonn von den Verhandlungen laufend unterrichtet worden seien. Trotzdem würden der Bundesrepublik massive Vorwürfe gemacht, weil der Vertrag lediglich unter dem Gesichtspunkt der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963 beurteilt werde. Dabei habe de Gaulle ihm gegenüber in Paris den aufrichtigen Wunsch geäußert, „daß sich die ganze Angelegenheit beruhigt“. Zunächst solle nun die EWG-Kommission eine Bestandsaufnahme der noch offenen Fragen erstellen und Vorschläge für etwaige Lösungen vorlegen. Adenauer äußert die Hoffnung, die in Brüssel stattfindende Ministerkonferenz möge „keine neue Unruhe bringen“.

- 60      28./29.01.    Ministerkonferenz der EWG in Brüssel      S. 203

Angesichts der gegensätzlichen Positionen zu einem EWG-Beitritt Großbritanniens beschließen die Konferenzteilnehmer, die EWG-Kommission mit einer Bestandsaufnahme der Verhandlungen zu beauftragen. Mit Ausnahme Frankreichs sind sie der Ansicht, daß der Bericht innerhalb einer bestimmten Frist zu erstellen sei und konkrete Lösungsvorschläge zu den noch offenen Fragen enthalten müsse; die Wiederaufnahme der Verhandlungen nach Ablauf der Frist soll gewährleistet werden. Der französische Außenminister Couve de Murville fordert dagegen, es sollten keine Termine gesetzt und lediglich die Standpunkte der Mitgliedstaaten referiert werden. Der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, erwidert, daß nicht zu einer „Camoufflierung des Scheiterns“ beigetragen werden dürfe. Der Präsident der Konferenz, Fayat, bedauert abschließend, daß die EWG-Staaten aufgrund ihrer Uneinigkeit „praktisch daran gehindert sind“, die Beitrittsverhandlungen fortzusetzen.

- 61      29.01. Bundesminister Barzel an Bundeskanzler Adenauer      S. 216
- Barzel nimmt zum Vorschlag des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht Stellung, Verhandlungen mit dem Senat von Berlin über die Beziehungen von Berlin (West) zur DDR aufzunehmen. Barzel sieht darin ein Zeichen der „östlichen Tendenz“, rein technische innerdeutsche Kontakte zu Verhandlungen zwischen souveränen Gebieten aufzuwerten. Er warnt, daß der politische Druck auf Berlin (West) dort die Bereitschaft auslösen könnte, auf die Angebote der DDR einzugehen. Die Folge könnten Zwischenlösungen sein, die die Gefahr einer „besonderen Souveränität“ für Berlin (West) mit sich bringen könnten.
- 62      30.01. Staatssekretär Carstens an Botschafter Groepper,      S. 218  
Moskau
- Carstens teilt die Überzeugung des Botschafters, daß die UdSSR in den bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über Berlin vorschlagen werde, die alliierten Truppen in Berlin (West) der UNO zu unterstellen. Mit diesem Vorschlag, der auf eine Beseitigung des Besatzungsstatuts hinauslaufen würde und daher abzulehnen sei, könnte die UdSSR auf „einige Sympathie“ in der Weltöffentlichkeit rechnen. Im Rahmen der Bemühungen um einen Modus vivendi mit der UdSSR müsse jedoch den USA die Möglichkeit eingeräumt werden, als Gegenleistung für eine Regelung des Zugangs nach Berlin (West) die Abgabe von Nichtangriffserklärungen durch NATO und Warschauer Pakt anzubieten.
- 63      30.01. Runderlaß des Bundesministers Schröder      S. 222
- Schröder informiert über die am Widerspruch Frankreichs gescheiterten Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG. Die Position der französischen Delegation, die sich sowohl gegen eine Stellungnahme der EWG-Kommission zu noch offenen Fragen als auch gegen die Anberaumung eines weiteren Konferenztermins ausgesprochen habe, beschreibt er als „objektiv unhaltbar“; sie habe ihre Haltung mit wirtschaftspolitischen „Hilfsargumenten“ begründen müssen. Unmittelbar nach der Konferenz des EWG-Ministerrats hätten die einen Beitritt befürwortenden Staaten sowie Großbritannien vereinbart, die entstandenen Kontakte fortzuführen. Das „von partikularen Interessen bestimmte Versagen Frankreichs“ habe zu einem Rückschlag innerhalb der Gemeinschaft geführt, den es einzudämmen gelte. Dessenungeachtet stelle der deutsch-französische Vertrag nach wie vor eines der „wesentlichsten Elemente“ der Außenpolitik der Bundesrepublik dar.

- 
- 64      30.01.    Botschafter Duckwitz, Neu-Delhi, an Staatssekretär Carstens      S. 226
- Duckwitz gibt Äußerungen seines sowjetischen Kollegen Benediktow über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wieder. Eine Entspannung in Europa und eine Lösung der Deutschland-Frage sei nach Ansicht des sowjetischen Ministerpräsidenten nur durch direkte bilaterale Gespräche unter Ausschluß der DDR denkbar, zu denen die sowjetische Regierung jederzeit bereit sei. Folglich sei die Absage einer Begegnung zwischen dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, und Chruschtschow bedauert worden.
- 65      30.01.    Botschafter Knapstein, Washington, an Bundesminister Schröder      S. 228
- Knapstein informiert über ein Gespräch mit dem früheren amerikanischen Außenminister Acheson. Der jetzige Berater des Präsidenten Kennedy wertete den deutsch-französischen Vertrag als eindeutige Unterstützung der französischen NATO- und Europapolitik und gab der Hoffnung Ausdruck, der Bundestag werde die Ratifizierung ablehnen. Für ihn sei der Tag der Unterzeichnung einer der „schwärzesten Tage der Nachkriegszeit“ gewesen. Knapstein glaubt jedoch, auf seiten der amerikanischen Regierung auch Ansätze einer nüchterneren Betrachtungsweise zu erkennen.
- 66      30.01.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer      S. 230
- Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika“ nimmt zur Mitarbeit deutscher Fachleute in der ägyptischen Flugzeug- und Raketenproduktion Stellung. Unter Hinweis auf die Politik der Bundesregierung, sich aus dem Rüstungswettbewerb zwischen Israel und den arabischen Staaten herauszuhalten, lehnt er eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die deutschen Experten ab, um den Anschein einer amtlichen Förderung der ägyptischen Rüstungsanstrengungen zu vermeiden.
- 67      31.01.    Bundesminister Schröder an Lordsiegelbewahrer Heath      S. 232
- Schröder bringt sein Bedauern über das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen zum Ausdruck. Er zeigt sich von der Notwendigkeit eines Beitritts Großbritanniens zur EWG überzeugt und betont, die zwischen Großbritannien und der Gemeinschaft entstandenen Kontakte dürften nicht abreißen.
- 68      31.01.    Ministerialdirektor Krapf an die Botschaft in Washington      S. 233
- Krapf berichtet über eine Unterredung zwischen dem Generalbevollmächtigten der Firma Krupp, Beitz, und dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR im

November 1962. Stoph sei daran gelegen gewesen, die Industrie der Bundesrepublik für eine Ausweitung des Interzonenhandels zu gewinnen. Diese Kontaktbemühungen stellten einen deutlichen Beweis für wirtschaftliche Schwierigkeiten der DDR dar.

- 69      31.01.    Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken      S. 234

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung“, betont, daß bei einer Überarbeitung des auf dem Herter-Plan basierenden revidierten Friedensplans der Gedanke der Einheit stärker hervorgehoben werden müsse. Er dürfe nicht den Eindruck eines „Stillhalteabkommens“ erwecken. Auf Angaben über den Zeitpunkt einer Wiedervereinigung solle ebenso verzichtet werden wie auf Formulierungen, die Rückschlüsse auf die Möglichkeit einer Konföderation zwischen beiden Teilen Deutschlands zuließen. Die Lösung des Berlin-Problems sei im Rahmen des Friedensplans zu realisieren; im Idealfall würde die Wiedervereinigung Berlins derjenigen Deutschlands vorausgehen.

- 70      01.02.    Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville      S. 238

Im Bemühen, die politischen Konsequenzen der gescheiterten Brüsseler Verhandlungen zu begrenzen, bittet Schröder um Stellungnahme, wie das Verhältnis zwischen der EWG und Großbritannien enger gestaltet werden könne. Weiterhin schlägt er vor, Erklärungen über das künftige Verhältnis anderer europäischer Staaten zur Gemeinschaft nur nach vorherigen gegenseitigen Konsultationen abzugeben. Abschließend kündigt er baldige Beratungen des deutsch-französischen Vertrages in Bundesrat und Bundestag an.

- 71      01.02.    Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk      S. 239

Vor dem Hintergrund der gescheiterten Brüsseler Verhandlungen sichert Schröder zu, daß die Bundesregierung an der Atlantischen Gemeinschaft, der MLF und einem europäischen Zusammenschluß unter Einbeziehung Großbritanniens festhalten werde. Trotz der „tiefen Enttäuschung über das französische Verhalten“ werde aber auch der Entschluß zu einer engen Zusammenarbeit mit Frankreich umgesetzt. Abschließend stellt Schröder fest, daß er Auffassungen in Europa über eine schwankende Politik der USA immer mit dem Hinweis auf deren „unbeirrbar Stetigkeit“ in der Berlin-Frage, bei der konsequente Stärkung der NATO und bei der Unterstützung der europäischen Gemeinschaften entgegengetreten sei.

- 72      02.02.    Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder      S. 240
- Groepper berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenhandelsminister. Patolitschew gab seiner Hoffnung auf baldige Klärung der deutschen Haltung zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats über den Export von Großrohren Ausdruck. Sollte das Röhrenembargo bestätigt werden, bedeute dies, daß die Zuverlässigkeit deutscher Lieferzusagen nicht mehr gewährleistet sei und die UdSSR erwägen müsse, Aufträge von vornherein in andere Staaten zu vergeben. Nach Einschätzung des Botschafters widerspricht jedoch ein „mehr oder weniger totaler Stopp“ von Importen aus der Bundesrepublik dem sowjetischen Interesse.
- 73      04.02.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Botschafter de Margerie      S. 244
- De Margerie berichtet über amerikanische und britische Pläne, anlässlich der Einbringung der Gesetzesvorlage zum deutsch-französischen Vertrag eine Regierungskrise in der Bundesrepublik auszulösen. Dies bezweifelt Adenauer im Vertrauen auf eine klare parlamentarische Mehrheit. Falls der Vertrag nicht mit großer Mehrheit verabschiedet werde, wolle er zurücktreten. Adenauer hält das Mißtrauen amerikanischer, britischer und niederländischer Politiker gegenüber dem französischen Staatspräsidenten für ebenso ungerechtfertigt wie den Verdacht, de Gaulle treibe „ein Spiel mit Sowjetrußland“. Die Beweggründe für die Äußerungen auf der Pressekonzferenz vom 14. Januar 1963 zu den EWG-Verhandlungen mit Großbritannien könne er verstehen, nicht jedoch die Umstände, unter denen sie publik gemacht wurden. Für eine Wiederaufnahme der Gespräche schlägt Adenauer vor, die französische Seite solle an ihre Erklärung anknüpfen, daß Großbritannien bereit sein müsse, die Römischen Verträge in der vorliegenden Form anzunehmen.
- 74      04.02.    Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schmidt-Pauli      S. 249
- Schmidt-Pauli macht darauf aufmerksam, daß die von 1969 an gegebene Kündbarkeit des NATO-Vertrags für den Fortbestand des Bündnisses die doppelte Gefahr einer Aufkündigung der französischen Mitarbeit sowie einer Änderung der amerikanischen Verteidigungskonzeption nach sich ziehen könnte. Der Leiter des „Büro Staatssekretär“ schlägt vor, anlässlich des geplanten Besuchs des Präsidenten Kennedy in der Bundesrepublik „eine deutsch-amerikanische Vereinbarung feierlich zu proklamieren“, die eine Koordinierung der Verteidigungsanstrengungen im Rahmen der NATO über 1969 hinaus festschreiben würde. Eine derartige Verpflichtung, die auch anderen NATO-Mitgliedern offenstehen sollte, stelle einen Gegenpol zum deutsch-französischen Vertrag dar.

- 75      04.02. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt      S. 251
- Grewe weist darauf hin, daß er eine Solidaritätserklärung der Bundesregierung an die NATO, wie sie von amerikanischer und britischer Seite erwartet werde, bereits einen Tag nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags vor dem NATO-Rat abgegeben habe.
- 76      04.02. Staatssekretär Lahr an die Botschaft in Washington      S. 251
- Lahr teilt als Sprachregelung mit, der deutsch-französische Vertrag müsse vor dem Hintergrund der „jahrhundertalten Rivalitäten“ zwischen Frankreich und Deutschland gesehen werden. Befürchtungen, das „Gravitationszentrum“ im deutsch-französischen Verhältnis werde in Zukunft in Paris liegen, seien unbegründet; vielmehr stelle der Vertrag eine Möglichkeit verbesserter Einflußnahme auf Frankreich dar. Die Bundesregierung werde weiterhin eine eigenständige Politik betreiben; dies gelte vor allem für einen britischen Beitritt zur EWG sowie eine multilaterale Atomstreitmacht.
- 77      04.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Voigt      S. 253
- Voigt faßt eine Unterredung mit dem Kabinettschef des Präsidenten der EWG-Kommission, von Staden, zusammen. Nach Einschätzung des Präsidenten Hallstein und vermutlich der Kommission sei der in Brüssel erreichte Verhandlungsstand nicht aussichtslos gewesen, doch habe die britische Delegation mögliche Konzessionen zu lange aufgespart und zu sehr auf die Herstellung einer gemeinsamen „Front“ mit den Fünf gegen Frankreich gehofft. Um Übergangslösungen zu erreichen, müsse bereits jetzt ein künftiger britischer Beitritt zur EWG garantiert sowie eine Assoziierung auf wirtschaftlichem und eine enge Zusammenarbeit auf politischem Gebiet hergestellt werden. Voigt entwirft einen Zeitplan, nach dem Großbritannien etwa 1966 oder 1967 beitreten und die bis dahin notwendigen Anpassungen einseitig vornehmen würde.
- 78      04.02. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt      S. 258
- Harkort unterbreitet Vorschläge zur Überwindung der Krise der EWG. Er stellt fest, daß die Gemeinschaft nach französischer Auffassung „französisch beherrscht, anti-amerikanisch orientiert und nach innen gewendet“ sein solle, das heißt, ganz anders gestaltet als nach Ansicht der übrigen Mitgliedstaaten. Die Frage, ob Frankreich überhaupt noch „gemeinschaftsreif“ und zu einem Mindestmaß an Rücksicht auf die vitalen Interessen anderer Mitgliedstaaten bereit sei, stelle sich in aller Schärfe. Die britische Mitgliedschaft müsse das primäre Ziel der EWG werden, dem die wirtschaftliche Integration nachzuordnen sei. Falls die französische Regierung länger als zwei

Jahre für eine positive Entscheidung in der Beitrittsfrage brauche, sei die Chance, Europa auf der Basis der Sechsergemeinschaft zu erweitern, verspielt. Als Zwischenlösung hält Harkort eine unwiderrufliche Vereinbarung über die Aufnahme Großbritanniens zu einem naheliegenden Zeitpunkt und eine Zollunion für geeignet.

- 79      05.02.    Botschafter von Etzdorf, London, an Staatssekretär Lahr      S. 264
- Etzdorf gibt Informationen des Lordsiegelbewahrers Heath über britisch-italienische Gespräche in Rom betreffend sicherheitspolitische Fragen sowie den Rahmen künftiger Gespräche zwischen Großbritannien und der EWG nach dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen wieder. Heath hob hervor, die Kontakte primär auf wirtschaftlicher Ebene mit Hilfe bilateraler Ausschüsse fortsetzen zu wollen. Ministerpräsident Fanfani vertrat die Ansicht, die WEU sei das geeignete Forum für die Fortführung der politischen Zusammenarbeit, und regte ein Treffen der Außenminister der WEU-Staaten an.
- 80      05.02.    Staatssekretär Lahr an Botschafter von Etzdorf, London      S. 266
- Lahr nimmt zur Ansicht des spanischen Schriftstellers de Madariaga Stellung, eine Assoziierung Spaniens mit der EWG bedeute eine Stärkung der Position des Staatsoberhauptes Franco, während eine Zurückweisung des Antrags eine „Gegenrevolution“ auslösen könnte. Lahr zeigt sich vielmehr von der „Ausstrahlungskraft des Europa-Gedankens“ für den Liberalisierungsprozeß in Spanien überzeugt. Deshalb habe die Bundesregierung von Anfang an den spanischen Assoziierungsantrag unterstützt.
- 81      05.02.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 267
- Lahr berichtet über eine Unterredung mit dem österreichischen Botschafter. Schöner teilte den Entschluß seiner Regierung mit, ungeachtet des vorläufig gescheiterten Beitritts Großbritanniens zur EWG den Assoziierungsantrag aufrechtzuerhalten. Lahr empfahl, mit einer neuen Initiative noch einen Monat zu warten. Zugleich wies er darauf hin, daß die EFTA Österreich aus seinen Verpflichtungen entlassen und die UdSSR einen solchen „Alleingang“ zulassen müsse.
- 82      05.02.    Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Abteilungsleiter Tyler, amerikanisches Außenministerium, in Washington      S. 269
- Carstens bekräftigt, daß die Bundesregierung nach wie vor gegenüber einer britischen Mitgliedschaft in der EWG positiv eingestellt sei und die NATO als Grundlage ihrer Außenpolitik betrachte. Der Leiter der Europa-Abteilung im amerikani-

schen Außenministerium verweist auf die gravierenden Unterschiede zwischen der Politik Frankreichs und den Zielen der Allianz sowie denen der USA. Tyler macht darauf aufmerksam, daß die amerikanische Politik gegenüber Europa nicht als etwas Selbstverständliches vorausgesetzt werden dürfe, und stellt die Frage, ob Staatspräsident de Gaulle „Alternativen zur Atlantischen Gemeinschaft, zur Europäischen Einheit und zur atlantischen Partnerschaft“ anstrebe. Carstens hält diese Befürchtungen für übertrieben und räumt ein, daß die amerikanische Reaktion auf den deutsch-französischen Vertrag nicht vorausgesehen worden sei.

- 83      06.02.   Staatssekretär Carstens, z.Z. Washington, an Bundesminister Schröder      S. 273

Carstens faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten zusammen. Kennedy äußerte sich beunruhigt über die Politik des französischen Staatspräsidenten, die zu einer Spaltung und Schwächung des Westens geführt habe. Carstens unterstrich die Bedeutung des deutsch-französischen Vertrags gerade in dieser Situation, da de Gaulle nun vor politischen Entscheidungen die Bundesregierung konsultieren müsse. Unter Hinweis auf deutsch-französische Meinungsverschiedenheiten in sicherheits- und europapolitischen Fragen sowie das „ungeheuerere Vertrauenskapital“ der USA in der Bundesrepublik versicherte er, die Bundesregierung werde auch weiterhin eine eigenständige Politik vertreten. Zur Überwindung der Krise in der westlichen Allianz empfahl er, das MLF-Projekt voranzutreiben.

- 84      07.02.   Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt      S. 276

Knapstein berichtet über eine Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe. Der amerikanische Botschafter in Moskau, Kohler, informierte über die sowjetische Initiative zu neuen amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über Berlin. Bei den Beratungen über die von den Westmächten einzunehmende Haltung stellte Staatssekretär Carstens fest, daß aus deutscher Sicht kein Anlaß zur Eile bestehe, grundsätzlich aber die Kommunikationskanäle offengehalten werden sollten.

- 85      07.02.   Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt      S. 280

Blankenhorn berichtet über die Erklärung des französischen Außenministers vor dem Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung zum Abbruch der Verhandlungen über den EWG-Beitritt Großbritanniens. Couve de Murville habe die französische Haltung unter anderem mit der großen Anzahl offener Fragen und der Ungewißheit begründet, ob Großbritannien wirklich europäischer werden wolle. Er habe hervorgehoben, daß sich die EWG zu einer „europäischen Persön-

lichkeit“ entwickeln müsse, gleichzeitig aber eingeräumt, daß über die Struktur dieser Gemeinschaft unterschiedliche Ansichten zwischen Frankreich und seinen EWG-Partnern bestünden.

- 86      07.02.    Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder      S. 282

Groepper berichtet über eine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister. Gromyko charakterisierte den deutsch-französischen Vertrag als eine gegen die Sicherheit anderer Staaten und namentlich der UdSSR gerichtete Absprache. Groepper betonte dagegen, daß die vereinbarte militärische Zusammenarbeit mit Frankreich ausschließlich Verteidigungszwecken diene. Die beste Sicherheit für die Erhaltung des Friedens böte indes die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk. Gromyko erklärte hierauf, „das Leben habe“, wie das Bestehen zweier deutscher Staaten zeige, „bereits ein Wort zur Frage der Selbstbestimmung gesprochen“.

- 87      08.02.    Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit Unterstaatssekretär Roll, britisches Landwirtschaftsministerium      S. 285

Nach dem Scheitern des britischen Beitritts zur EWG kommen beide Seiten überein, daß bis zur Wiederaufnahme von Verhandlungen – Lahr nennt als möglichen neuen Beitrittstermin die Jahre 1966 oder 1967 – die in Brüssel erzielten Ergebnisse bewahrt und Zwischenlösungen gefunden werden müßten, die Großbritannien eine Annäherung an die EWG ermöglichen. Dazu gehörten auf wirtschaftspolitischem Gebiet eine Zollunion unter Ausklammerung der Landwirtschaft; parallel dazu sollten politische Kontakte im Rahmen der WEU stattfinden. Roll weist auf die Problematik der Übergangszeit hin, vor allem auf die Schwierigkeit einer Ausrichtung Großbritanniens auf die Gemeinschaft ohne Mitbestimmungsrecht. Es bestehe jedoch auf britischer Seite keine Absicht, die EFTA zu „revitalisieren“.

- 88      09.02.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S. 289

Carstens faßt die Ergebnisse seiner Gespräche in Washington zusammen. Kritisiert worden sei vor allem die Politik des französischen Staatspräsidenten, die dem westlichen Bündnisystem großen Schaden zugefügt habe und hinter der die Absicht vermutet werde, die USA aus Europa zu verdrängen. Der Abschluß des deutsch-französischen Vertrags habe in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorgerufen, die Bundesrepublik identifiziere sich mit dieser Politik, und habe daher den Amerikanern „einen starken Schock“ versetzt. Er habe die Beweggründe für den Vertragsschluß geschildert und die Entschlossenheit der Bundesregierung bekundet, die amerikanischen Bemühungen hinsichtlich der MLF und einer allgemeinen Zollsenkung zu unterstützen. Der Gedanke an eine baldige Ra-

tifizierung des Vertrags habe bei den meisten Gesprächspartnern „sichtliches Unbehagen“ ausgelöst. Daher schlägt Carstens vor, mit der Ratifizierung eine Entschließung des Bundestages zu verbinden, in der das Zusammenwirken Europas und der USA sowie die Mitwirkung am Ausbau des Nordatlantischen Bündnisses herausgestellt werden.

- 89      12.02. Botschafter Blankenhorn, Paris, an Staatssekretär      S. 294  
Lahr

Blankenhorn gibt eine Unterredung mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium wieder. Wormser äußerte seine Überzeugung, daß mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG in naher Zukunft nicht zu rechnen sei. Zum einen lehne Staatspräsident de Gaulle aus politischen Gründen eine britische Vollmitgliedschaft ab, zum anderen habe Großbritannien an einer Assoziierung kein Interesse. Wormser persönlich befürwortete, Großbritannien künftig stärker auf finanzpolitischem Gebiet zu unterstützen.

- 90      12.02. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in      S. 296  
Washington

Carstens weist darauf hin, daß die Wiederaufnahme der amerikanischen-sowjetischen Sondierungsgespräche über Berlin zum jetzigen Zeitpunkt nicht unbedenklich sei. Die UdSSR werde versuchen, daraus formelle Verhandlungen entstehen zu lassen, während der Westen noch Zeit benötige, um neue Positionen zu erarbeiten. Die Gespräche dürften keinesfalls wieder bei den „draft principles“ von 1962 ansetzen; statt dessen müsse die Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands in Form eines revidierten westlichen Friedensplans erhoben werden.

- 91      13.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken      S. 298

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung“ informiert über Vorgänge von außenpolitischer Bedeutung, in denen der Senat von Berlin ohne vorherige Konsultation mit dem Auswärtigen Amt tätig geworden sei. Hierzu zählen die von dem Senator für Bundesangelegenheiten, Schütz, angedeutete Bereitschaft, unter dem Dach der Treuhandstelle für Interzonenhandel mit Vertretern der DDR über „beide Seiten interessierende Fragen“ zu verhandeln, sowie Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters Brandt zu einem möglichen Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Ost-Berlin. Dadurch erscheine der Senat von Berlin, obwohl er keine politischen Sonderbestrebungen verfolge, als eigenständiger Verhandlungspartner und liefere aus Mangel an Vertrautheit mit staats- und völkerrechtlichen Gegebenheiten einen Beleg für die sowjetische Freistadt-Theorie.

- 92      13.02. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatssekretär Gilpatric, amerikanisches Verteidigungsministerium      S. 302
- Gilpatric betont die Bedeutung der amerikanisch-deutschen Beziehungen für die Verteidigung Europas und äußert sich besorgt über die Verhärtung der sowjetischen Haltung gegenüber dem Westen, die er für eine Reaktion auf die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963 hält. Der Bundeskanzler sieht dagegen die Gründe in der voreiligen amerikanischen Gesprächsbereitschaft über die Deutschland- und Berlin-Problematik sowie in dem Streit zwischen Großbritannien und Frankreich über das Nassau-Abkommen. Adenauer bezeichnet den deutsch-französischen Vertrag als „Schutzwall“ gegen die UdSSR und versichert, daß die Bundesrepublik weiterhin fest zur NATO stehen werde. Daher werde sie sich auch „nach besten Kräften“ an der geplanten multilateralen Streitmacht beteiligen. Abschließend weist Adenauer darauf hin, daß die Verhandlungen in Brüssel auch deshalb gescheitert seien, weil Großbritannien an der Ausarbeitung des Berichts der EWG-Kommission zu den noch offenen Fragen habe teilnehmen wollen.
- 93      15.02. Botschafter von Etzdorf, London, an das Auswärtige Amt      S. 312
- Etzdorf gibt ein Gespräch zwischen Bundesminister Scheel und dem britischen Außenminister wieder. Beide Gesprächspartner stimmten darin überein, daß nach dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen die Kontakte zwischen Großbritannien und der EWG im Rahmen bereits existierender Organisationen, etwa der WEU, aufrechterhalten werden müßten. Eine Zollunion unter Ausschluß landwirtschaftlicher Produkte solle angestrebt werden. Die wichtigste Probe auf den europäischen Zusammenhalt erwartete Lord Home innerhalb der NATO. Eine multilaterale Kontrolle der Atomwaffen erschien ihm im Gegensatz zu gemischt-nationalen Besatzungen auf U-Booten unproblematisch. Hinsichtlich der Politik der Bundesregierung gegenüber den Ostblock-Staaten erläuterte Scheel die Absicht, das „Satellitengefüge aufzulockern“.
- 94      15.02. Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn, Paris      S. 315
- Blankenhorn nennt als Ziel der französischen Außenpolitik ein eigenständiges kontinentaleuropäisches Bündnis- und Verteidigungssystem unter französischer Führung. In diesem Rahmen müßten sowohl der deutsch-französische Vertrag als auch die Intensivierung der Beziehungen zu Spanien gesehen werden. Während Staatspräsident de Gaulle eine politische Organisation Europas nach dem Muster des Gemeinsamen Marktes befürworte, lehne er jegliche nationale Integration ab. Kern der Verteidigungspolitik sei der Aufbau einer unabhängigen Nuklearstreitmacht, da die Bereitschaft der USA, Europa unter allen Umständen atomar zu verteidigen, bezwei-

felt werde. Der Abbruch der Brüsseler Verhandlungen gehe vor allem darauf zurück, daß Großbritannien nach französischer Ansicht strukturell der EWG nicht angepaßt sei und als „Handlanger der USA“ in der Gemeinschaft zu einem „cheval de Troyes“ werden würde.

- 95      15.02. Staatssekretär Carstens an den Abgeordneten Serres      S. 323

Carstens teilt dem Vorsitzenden des Außenhandelsausschusses des Bundestages mit, daß die erbetenen Sondierungen bei NATO-Gremien zugunsten einer Ausnahme-Regelung vom Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 negativ verlaufen seien. Ein formeller Antrag auf Genehmigung von Großrohr-Lieferungen deutscher Firmen in die UdSSR könne nicht gestellt werden, weil er zu einer schweren Verstimmung der amerikanischen Regierung und zu einer Ignorierung des Röhrenembargos durch andere Lieferländer führen könnte.

- 96      16.02. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder      S. 326

Groepper gibt Äußerungen des Leiters der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Botschaft in Moskau wieder. Auf die Bitte des Ministerpräsidenten Chruschtschow, der amerikanische Präsident möge seine Haltung zur Lieferung von Großrohren in die UdSSR „wohlwollend überprüfen“, habe Kennedy mitteilen lassen, daß die USA dem Röhrenexport strategische Bedeutung beimäßen und eine Überprüfung nur im Falle einer Verbesserung der internationalen Lage in Frage käme. Abschließend teilte Funkhouser mit, daß nach amerikanischen Erkenntnissen deutsche Firmen versuchten, das „de-facto-Ausfuhrverbot“ via Schweden und Österreich zu unterlaufen.

- 97      16.02. Vermerk des Ministerialdirektors von Haefthen      S. 327

Der Leiter der Rechtsabteilung rekapituliert die Entscheidungsfindung bezüglich des polnischen Vorschlags, die Bundesregierung und Polen sollten sich die erforderlichen Immunitäten für ihre Handelsvertretungen in Warschau bzw. Frankfurt/Main nur mündlich zusichern. Er selbst habe die praktische und völkerrechtliche Wirksamkeit dieses Verfahrens bezweifelt. Um jedoch den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden, hätten sich die Staatssekretäre Carstens und Lahr mit Billigung von Bundesminister Schröder entschlossen, dem polnischen Wunsch nachzugeben.

- 98      17.02. Botschafter Knapstein, Washington, an Bundesminister Schröder      S. 329

In seinem Bericht über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Washington hebt Knapstein hervor, daß Dobrynin in der Deutschland-Frage zwar den bekannten sowjeti-

schen Standpunkt „in aller Brutalität“ vertreten, jedoch nicht ideologisch, sondern macht- und sicherheitspolitisch argumentiert habe. Die Furcht vor einer atomar bewaffneten Bundesrepublik sei als „Hauptmotiv der sowjetischen Politik“ bestimmendes Thema gewesen. Dobrynin habe angekündigt, im Fall einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht werde die UdSSR ihren Verbündeten ebenfalls Nuklearwaffen zugänglich machen. Zur Wiedervereinigung habe er geäußert, diese sei allenfalls in den ersten Nachkriegsjahren um den Preis einer Neutralität Deutschlands möglich gewesen.

- 99      18.02.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Cording, Bundesministerium für Wirtschaft      S. 332

Meyer-Cording gibt den Inhalt einer europapolitischen Besprechung wieder, an der auch der Präsident der EWG-Kommission und der Bundesminister für Wirtschaft teilnahmen. Hallstein und Erhard schlugen vor, den deutsch-französischen Vertrag durch einen Annex oder Briefwechsel zu ergänzen und darin zum Ausdruck zu bringen, daß die Zusammenarbeit in EWG und NATO nicht beeinträchtigt werden dürfe. Als Gegenvorschlag wurde von CDU-Abgeordneten angeregt, daß der Bundestag bei der Ratifizierung eine einseitige Erklärung als „authentische Interpretation“ des Vertrags abgeben solle, weil eine Ergänzung des Vertrags von französischer Seite abgelehnt würde. Hallstein sprach sich dafür aus, daß Großbritannien vor der angestrebten Vollmitgliedschaft in der EWG zunächst eine „Vor-Assoziation“ durchlaufen solle, gefolgt von einer Assoziation in Form einer Zollunion unter Ausschluß der Landwirtschaft.

- 100      19.02.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf      S. 335

Krapf äußert sich zum amerikanischen Vorschlag einer Deklaration über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Eine Unterzeichnung durch die Bundesrepublik würde, zusätzlich zum 1954 gegenüber der WEU ausgesprochenen Produktionsverzicht, einen generellen Erwerbsverzicht bedeuten. Da eine Gegenleistung des Ostblocks auf dem Gebiet der Atomrüstung unwahrscheinlich sei, müsse geprüft werden, ob die UdSSR auf deutschlandpolitischem Gebiet zu Kompensationen bereit sei.

- 101      19.02.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Gesandten Morris      S. 337

Morris legt dar, daß der Vorschlag zur Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche über Berlin nicht auf eine amerikanische Initiative zurückgehe. Entscheidend für das Zustandekommen von Gesprächen werde zudem die sowjetische Bereitschaft sein, die alliierte Präsenz in Berlin ohne Einschränkungen anzuerkennen. Unter dieser Voraussetzung hält der Bundeskanzler eine Behandlung der Berlin-Frage für richtig,

während Staatssekretär Carstens amerikanisch-sowjetische Gespräche „über Deutschland insgesamt“ anregt. Adenauer rät davon ab, die UdSSR mit der Frage der Wiedervereinigung zu konfrontieren, denn „dann seien die Gespräche gescheitert“.

- 102      22.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer      S. 341

Reinkemeyer hält eine Unterredung des Staatssekretärs Carstens mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin zu möglichen amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen fest. Carstens informierte über die Unterredung des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Gesandten Morris vom 19. Februar 1963 und vertrat die Ansicht, daß die USA in den Sondierungsgesprächen zur Behandlung der Deutschland-Frage übergehen sollten, wenn keine Einigung über Berlin erzielt werden könnte. Brandt wandte ein, daß auch in diesem Fall das Berlin-Problem eine zentrale Rolle spielen würde. Zur Frage, wie sich innerberliner Kontakte zur Klärung technischer Fragen ermöglichen ließen, ohne den Eindruck entstehen zu lassen, Berlin (West) sei eine „selbständige Einheit“, schlug er ein Mandat der drei Westmächte an den Senat von Berlin für die Aufnahme von Verbindungen auf der Ebene von Beamten vor.

- 103      26.02. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder      S. 344

Groepper informiert über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau. Aufgrund von Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko hielt Kohler eine Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche über Berlin für möglich. Da jedoch diese Gespräche auf einem „agreement to disagree“ basierten und lediglich Ausdruck des beiderseitigen Wunsches seien, einen Krieg zu vermeiden, sah er keine Möglichkeit, eine grundsätzliche Lösung der Deutschland-Frage zu erreichen. Kohler schlug vor, die Bundesrepublik solle auf dem Weg der wirtschaftlichen Durchdringung der DDR einer zunehmenden Verfestigung der Teilung entgegenwirken und darüber hinaus das Verhältnis zu Polen und zur Tschechoslowakei verbessern.

- 104      26.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer      S. 344

Reinkemeyer äußert Bedenken gegen den Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters Brandt, Beamte des Senats von Berlin im Rahmen eines Mandats der drei Westmächte Verbindung mit Ost-Berliner Beamten zur Besprechung technischer Fragen aufnehmen zu lassen. Derartige Fragen würden bereits im Rahmen der Interzonenhandelsgespräche behandelt, was auch insofern verhandlungstaktisch vorteilhafter sei, als dort durch die Verschuldung der DDR „ein Druckmittel zur Verfügung“ stehe. Im Falle ihres Scheiterns sollte jedoch auf den Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zurück-

gegriffen werden. Dann müsse jedoch gewährleistet sein, daß das Mandat der drei Westmächte aufgrund ihrer Verantwortlichkeit für Gesamt-Berlin erfolge. Außerdem sollten sich die Kontakte auf rein technische Fragen beschränken und zur „Vermeidung der Politisierung“ durch einen Beamten unterhalb des Ranges eines Senatsdirektors wahrgenommen werden.

- 105      26.02.    Gespräch des Ministerialdirigenten Reinkemeyer mit dem amerikanischen Gesandten Morris      S. 349

Morris berichtet von der jugoslawischen Absicht, eine gegen die Bundesrepublik gerichtete „Vergeltungspolitik“ mit dem Ziel einer Anerkennung der DDR durch blockfreie Staaten zu beginnen, wenn Forderungen wie die nach einer Verlängerung des Handelsabkommens oder nach einer Wiedergutmachung weiterhin unberücksichtigt blieben. Er äußert die Hoffnung, daß eine Verschlechterung der Beziehungen vermieden werden könne, und regt einige Schritte an, mit denen die Bundesregierung einer jugoslawischen Kampagne zuvorkommen könne, ohne die Hallstein-Doktrin zu verletzen. Reinkemeyer schlägt als Angebote an Jugoslawien vor, die deutsch-jugoslawische Kommission zusammentreten zu lassen sowie die Entschädigung für die Opfer von Menschenversuchen in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus zu erhöhen. Er betont jedoch, daß dabei der Eindruck vermieden werden müsse, als handele die Bundesregierung auf Druck Jugoslawiens.

- 106      27.02.    Vermerk des Staatssekretärs Carstens      S. 353

Carstens regt an, das Auswärtige Amt solle in der Bonner Vierergruppe erklären, daß der deutsch-französische Vertrag die alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin nicht beeinträchtige. Nach Bestätigung dieser Verlautbarung von französischer Seite sollten der amerikanische und der britische Vertreter feststellen, daß sie keine Bedenken gegen die vorgesehene Einbeziehung Berlins in den deutsch-französischen Vertrag, jedoch „ohne die Verteidigungsfragen“, hätten.

- 107      27.02.    Staatssekretär Carstens an die Botschaft in London      S. 354

Angesichts wiederholter Äußerungen des britischen Oppositionsführers zu einer de-facto-Anerkennung von DDR und Oder-Neiße-Linie regt Carstens an, Wilson darauf aufmerksam zu machen, daß einzelne Bestandteile der Pariser Verträge von 1954 – wie Wiedervereinigung, Nichtanerkennung der DDR, aber auch Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von ABC-Waffen – nicht preisgegeben werden könnten, ohne das Ganze in Frage zu stellen.

- 108      27.02.    Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder      S. 356
- Groepper informiert über eine Unterredung des amerikanischen Botschafters in Moskau mit dem sowjetischen Außenminister über den Export von Großrohren in die UdSSR. Kohler habe die militärische Bedeutung der Röhren betont und hervorgehoben, daß eine Überprüfung der amerikanischen Haltung zu dieser Frage nur bei nachlassender internationaler Spannung möglich sei. Gromyko habe versichert, daß ein Embargo nur die Bundesrepublik, nicht aber die sowjetische Wirtschaft treffen werde. Gegenüber Groepper machte Kohler deutlich, daß die Beachtung des Röhrenembargos durch die Bundesrepublik von größter Wichtigkeit für die westliche Allianz sei. Sollten deutsche Lieferungen erfolgen, werde sich die amerikanische Öffentlichkeit fragen: „What the hell shall we fight for?“
- 109      27.02.    Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt      S. 359
- Allardt berichtet von einer Unterredung mit dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister. Auf die „sterile Aggressivität“ Polens gegenüber der Bundesrepublik angesprochen, verwies Modrzewski auf die Angst vor einem deutschen Angriffskrieg sowie die Politik der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie. Beides zwinge Polen zu einem engen Schulteranschluß mit der UdSSR. Durch eine Anerkennung der polnischen Westgrenze würde die Bundesrepublik mit Polen einen aufrichtigen Freund unter den Ostblock-Staaten gewinnen. Auf die Frage von Modrzewski, warum die Bundesregierung nicht in direkte Verhandlungen mit der DDR eintrete, erläuterte Allardt, daß der Staatsratsvorsitzende Ulbricht als gebürtiger Deutscher sowjetischer Staatsangehörigkeit und „subalternen Satrap Moskaus“ nicht als Verhandlungspartner akzeptiert werden könne.
- 110      28.02.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer      S. 361
- Reinkemeyer faßt Reaktionen der Vertreter der drei Westmächte in der Bonner Vierergruppe auf den Plan einer Kandidatur Berlins als Austragungsort der Olympischen Spiele 1968 zusammen. Angesichts der vorgetragenen politischen und staatsrechtlichen Bedenken schlägt er vor, diesen Gedanken nicht weiter zu verfolgen und den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Daume, entsprechend zu unterrichten.
- 111      02.03.    Staatssekretär Carstens an Bundestagspräsident Gerstenmaier      S. 363
- Carstens rät davon ab, eine Sitzung des Bundestages in Berlin (West) abzuhalten, um eine in Kürze erwartete Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche über Berlin nicht ungünstig zu beeinflussen.

- 
- 112      02.03.   Staatssekretär Carstens an die Dienststelle Berlin      S. 364
- Carstens nimmt zum rumänischen Wunsch nach Errichtung einer Handels- oder Militärmission in Berlin (West) Stellung. Diesem Anliegen, das nur die kommunistische These einer „Freien Stadt“ Berlin (West) untermauern solle, könne keinesfalls entsprochen werden. Der Staatssekretär sieht wegen der bestehenden Handelsvertretung in Frankfurt/Main keinen Anlaß für die Eröffnung einer eigenen Handelsmission in Berlin und keine rechtliche Grundlage für die Errichtung einer Militärmission.
- 113      04.03.   Bundesminister Schwarz an Bundesminister Schröder      S. 365
- Schwarz umreißt die Aufgaben der künftigen Europapolitik. Er plädiert für eine Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, rechnet aber wegen der niedrigen britischen Getreidepreise mit erheblichen Schwierigkeiten. Bei der gemeinsamen Agrarpolitik hält er eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der deutschen Landwirtschaft für erforderlich. Neue Konzessionen auf diesem Gebiet lehnt er ab, zumal der Integrationsprozeß in dieser Richtung ohnehin weiter vorangetrieben worden sei als etwa auf wirtschafts-, sozial-, verkehrs- oder finanzpolitischem Gebiet. Vordringlich erscheint ihm deshalb eine Angleichung der vernachlässigten Sektoren an das Integrationsniveau der Landwirtschaft.
- 114      06.03.   Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt      S. 369
- Allardt faßt eine Unterredung mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister zusammen. Winiewicz begrüßte das bilaterale Abkommen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr, bedauerte aber, daß es noch nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen gekommen sei. Der Meinungsaustausch zu den Punkten Oder-Neiße-Linie, Friedensvertrag, konventionelle und nukleare Rüstung der Bundesrepublik sowie zur Berlin-Frage erwies sich als „sachlich unfruchtbar“. Winiewicz betonte, daß die Teilnahme der Bundesrepublik an einer multilateralen Atomstreitmacht als „tödliche Bedrohung“ für Polen betrachtet werde.
- 115      09.03.   Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 371
- Lahr berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium. Auf die Frage nach dem künftigen Verhältnis Großbritanniens zur EWG äußerte Wormser Vorbehalte sowohl gegen den ursprünglich französischen Vorschlag einer „Assoziation ohne Landwirtschaft“ als auch gegen regelmäßige Kontakte und Konsultationen. Er betonte, die Integration auf den Gebieten Agrarpolitik und Zolltarife müsse ebenso wie eine Assoziation afrikanischer Staaten Vorrang haben. Außerdem ließ er Zweifel an der „communitären Haltung“ anderer EWG-Mit-

gliedstaaten erkennen. Lahr warnte davor, die zukünftige Entwicklung der EWG von bestimmten „préalables“ abhängig zu machen, und betonte, „der Faden“ zwischen der Gemeinschaft und Großbritannien dürfe nicht abreißen.

- 116      09.03.    Gespräch des Botschafters Groepper mit Ministerpräsident Chruschtschow in Moskau      S. 375

Chruschtschow bezweifelt den von Groepper anlässlich seines Antrittsbesuchs dargelegten Wunsch der Bundesregierung nach Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR. In der Deutschland-Frage empfiehlt er, zunächst die Existenz zweier deutscher Staaten sowie einer „Freien Stadt“ Berlin (West) anzuerkennen und dann mit der DDR in Verhandlungen über eine Wiedervereinigung einzutreten. Weiterhin bietet er einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten an, in dem die Wiedervereinigung als ein Ziel, das allerdings zum augenblicklichen Zeitpunkt nicht erreichbar sei, festgeschrieben werden könne. Groepper betont dagegen das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und legt dar, daß ein Friedensvertrag mit der UdSSR abgeschlossen werden könne, nachdem die Teilung auf friedliche Weise überwunden worden sei. Der sowjetische Ministerpräsident äußert Zweifel an den friedlichen Absichten und verweist auf die in der Bundesrepublik stationierten Atomwaffen und die geplante Teilnahme an einer multilateralen Atomstreitmacht. Hinsichtlich des Röhrenembargos führt er aus, daß sich die deutsche Industrie damit nur selbst schade, da die UdSSR ihren Bedarf an Großrohren in anderen Staaten decken könne, die sich den „amerikanischen Monopolkapitalisten“ nicht beugen würden. Abschließend bemerkt Chruschtschow, daß die Politik des Bundeskanzlers Adenauer weder konstruktiv sei noch zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten beitrage.

- 117      11.03.    Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder      S. 390

Groepper berichtet über ein Gespräch des britischen Botschafters Trevelyan mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten. Chruschtschow habe betont, die Bundesrepublik sei die „alleinige Quelle der gegenwärtigen Kriegsgefahr“, und der deutsch-französische Vertrag diene ihr nur zur Vorbereitung einer auch gegen Großbritannien gerichteten militärischen Revanche. Gelange die Bundesrepublik in den Besitz von Atomwaffen, so werde sie „losschlagen“. Um einen Krieg zu vermeiden, müsse ein Friedensvertrag auf der Basis des Status quo abgeschlossen werden, der auch eine Regelung für Berlin (West) vorsehe. Die Erfolgsaussichten erneuter Sondierungsgespräche halte Chruschtschow für gering, da die USA nur ein innenpolitisch motiviertes „Spiel“ trieben. Dagegen sei die Zeit reif für ein Teststopp-Abkommen, trotz unterschiedlicher Positionen hinsichtlich der gegenseitigen Kontrolle.









gen die schriftliche Fixierung einer von Frankreich und der Bundesrepublik abzugebenden Erklärung zur Berlin-Klausel im deutsch-französischen Vertrag. Dagegen befürwortete Oncken ein Eingehen auf diesen amerikanischen und britischen Wunsch, um Mißverständnisse zu beseitigen und die Einigkeit der Westmächte zu stärken. Dieser Aspekt sei vor allem angesichts der Wiederaufnahme der amerikanisch-sojetischen Sondierungsgespräche über Berlin von Bedeutung.

133      26.03. Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt      S. 431

Anlaß der Besprechung ist die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR, die durch dem israelischen Geheimdienst zugeschriebene Anschläge sowie die Verhaftung eines israelischen Staatsangehörigen in der Schweiz zum Gegenstand der Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit und im israelischen Parlament wurde. Trotz der Feststellung, daß die Mitwirkung Deutscher an der Herstellung von ABC-Waffen ausgeschlossen und deutschen Firmen kein Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz nachgewiesen werden könne, wird eine stärkere staatliche Kontrolle einschlägiger Exporte sowie eine Genehmigungspflicht für die Mitarbeit Deutscher an Rüstungsprojekten im Ausland angeregt. Versuche, die deutschen Fachleute zur Rückkehr zu bewegen, werden unter der Maßgabe befürwortet, daß sie behutsam in die Wege geleitet werden, um keine Verstimmung der arabischen Staaten zu riskieren. Es besteht Einvernehmen, den israelischen Wunsch zu berücksichtigen, zunächst keine weitere öffentliche Erklärung in dieser Angelegenheit abzugeben.

134      28.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 437

Lahr gibt ein Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium wieder. Wormser erklärte, die französische Regierung werde sich für ein „konkretes und ausgewogenes“ Arbeitsprogramm der EWG aussprechen, das eine Intensivierung der Zoll- und Agrarpolitik sowie eine Assoziierung afrikanischer Staaten umfassen solle. Darüber hinaus bestehe die Bereitschaft, die in den Verhandlungen über den EWG-Beitritt Großbritanniens erörterten Zugeständnisse bei den Zöllen zugunsten einiger Commonwealth-Staaten wiederaufzugreifen und eventuell an der Vorbereitung der Kennedy-Runde mitzuarbeiten. Lahr unterstützte den Vorschlag eines Arbeitsprogramms, betonte jedoch, daß bei seiner Durchführung auf „Synchronisierung“ geachtet werden müsse. Wichtig seien weiterhin multilaterale Konsultationen mit beitriffs- und assoziierungswilligen Staaten sowie eine organisatorische Straffung der Gemeinschaft, wie z.B. eine Fusion der Exekutiven.

- 135      28.03. Generalkonsul Böß, Helsinki, an das Auswärtige Amt      S. 442
- Böß berichtet, der Staatssekretär im finnischen Außenministerium habe Bedenken dagegen vorgetragen, daß die für die gegenseitigen Vertretungen der Bundesrepublik und Finnlands vereinbarte Bezeichnung „Handelsvertretung“ nunmehr auch in den Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen Anwendung finden solle. Hallama habe auf die Gefahr hingewiesen, daß in der deutschen Öffentlichkeit die finnische Handelsvertretung mit den Vertretungen von Ostblock-Staaten gleichgesetzt und Finnland damit „zum Satelliten gestempelt“ werden könnte.
- 136      29.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen      S. 443
- Jansen führt aus, der deutsch-französische Vertrag sei initiiert worden, nachdem die Gründung einer europäischen politischen Union im April 1962 an der Frage einer Beteiligung Großbritanniens gescheitert sei. Bedenken wegen einer Gefährdung der Zusammenarbeit in den europäischen Gemeinschaften und der NATO hält er für unbegründet, denn der Vertrag lege keinen der Partner in seiner Politik fest und enthalte das Bekenntnis zur Einigung Europas. Eine Einfügung „besonderer Bestimmungen“ in das Ratifizierungsgesetz, in denen das Verhältnis der Vertragspartner zu den europäischen Gemeinschaften bzw. der NATO definiert werde, sei somit überflüssig. Derartige Bestimmungen würden zudem den Charakter eines Vorbehalts haben und könnten als eine Ablehnung des Vertrags aufgefaßt werden. „Außerstenfalls“ könne eine Präambel im Zustimmungsgesetz akzeptiert werden, in der der Wille der Bundesregierung zur Fortführung ihrer bisherigen Politik zum Ausdruck gebracht werde.
- 137      01.04. Botschafter von Etzdorf, London, an Staatssekretär Carstens      S. 447
- Etzdorf berichtet über eine Unterredung mit Lordsiegelbewahrer Heath, der sich besorgt zeigte, weil aufgrund einer „Art von Veto“ der französischen Regierung ein Treffen der Außenminister der WEU-Staaten nicht zustande gekommen sei. Angesichts des französischen Vorschlags einer Konferenz der sechs Regierungschefs der EWG-Staaten zu europapolitischen Fragen warnte er davor, die Existenz der WEU als Diskussionsforum aufs Spiel zu setzen, und hob hervor, die britische Regierung müsse an Gesprächen über die europäische Einigung von Anfang an beteiligt werden.
- 138      01.04. Botschaftsrat I. Klasse Sahn, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt      S. 450
- Sahn leitet Informationen über ein Gespräch des amerikanischen Außenministers mit dem sowjetischen Botschafter in Washington weiter. Dobrynin habe die Umwandlung von Berlin (West) in eine „freie demilitarisierte Stadt“ gefordert. Die dort stationierten Truppen der drei Westmächte könnten tole-

riert werden, wenn ihre Anwesenheit zeitlich begrenzt sei, wenn sie unter dem Oberbefehl der UNO stünden und wenn sie durch Einheiten „gewisser anderer Mitgliedstaaten“ der UNO ergänzt würden. Auch andere Probleme, wie die Frage der deutschen Grenzen und eines Verbots von Nuklearwaffen für beide deutsche Staaten, könnten nunmehr einer Lösung zugeführt werden. Rusk habe die Bereitschaft zu Gesprächen angedeutet, deren Grundlage aber nicht die bisherigen sowjetischen Vorschläge zu einem Friedensvertrag und zur Berlin-Frage sein könnten, weil die Vier Mächte Berlin als Ganzes in Treuhandschaft für das deutsche Volk verwalteten. Dobrynin habe erklärt, er sei nicht bevollmächtigt, über den Status von Ost-Berlin zu verhandeln.

- 139      03.04. Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville      S. 452

Schröder äußert sich enttäuscht zu der vom EWG-Ministerrat beschlossenen Finanzhilfe an die Türkei. Ein Beitrag von 125 bis 150 Millionen Dollar stehe angesichts der politischen und militärischen Bedeutung dieses Staates in keinem Verhältnis zu den Hilfen für Griechenland und für afrikanische Staaten. Er erinnerte an die besondere Verantwortung der Gemeinschaft für die Türkei als einem hilfsbedürftigen europäischen Bundesgenossen und schlägt eine französisch-deutsche Initiative zur Formulierung eines angemessenen Angebots vor.

- 140      04.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Allardt      S. 454

Allardt informiert über Unterredungen mit dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister, in denen dieser seine Einschätzung der Situation im Ostblock darlegte. Die Volksrepublik China werde sich, so Modrzewski, unabhängig von ideologischen Fragen zu einer „tödlichen Bedrohung“ für die UdSSR entwickeln. Außen- und wirtschaftspolitische Schwierigkeiten hätten die Position des sowjetischen Ministerpräsidenten geschwächt. Die Kuba-Krise sei ein „heilsamer Schock“ für Chruschtschow gewesen; die damals bestehende Chance zur Lösung weiterer Ost-West-Probleme habe Präsident Kennedy jedoch verstreichen lassen. Nicht verstanden werde selbst von überzeugten polnischen Kommunisten das enge Verhältnis zwischen UdSSR und DDR. Überhaupt liege Polen „nichts an der Existenz der DDR“; es würde vielmehr vorziehen, in absehbarer Zeit nur noch mit einem deutschen Nachbarn zu tun zu haben, dem allerdings „die Zähne gezogen“ seien.

- 141      04.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Allardt      S. 457

Allardt berichtet über Gespräche mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister vom 6. und 7. März 1963. Winiewicz brachte das Interesse an einer „definitiven Regelung“ der bilateralen Beziehungen zum Ausdruck und bedauerte, daß es im Laufe der Verhandlungen über das Handelsabkommen nicht





- 146      10.04.    Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer mit Staatspräsident Nasser in Kairo S. 480
- Der ägyptische Staatspräsident berichtet von den Verhandlungen über eine Föderation mit dem Irak und Syrien. Anschließend wendet sich das Gespräch den israelischen Protesten gegen die Tätigkeit deutscher Fachleute in der ägyptischen Rüstungsindustrie zu. Nasser betont, er wolle sich auf diese Weise in der Flugzeugproduktion unabhängig machen und werde im Falle eines Abzugs der Experten gezwungen sein, Flugzeuge aus der UdSSR zu beziehen. Während Schirmer versichert, daß die Bundesregierung nicht an eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel denke, unterstreicht der Präsident, daß er an einer Politik der Nichtanerkennung der DDR festhalten wolle.
- 147      10.04.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 483
- Böker äußert juristische und politische Bedenken gegen die Absicht, vor dem Hintergrund der Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die Mitarbeit an ausländischen Rüstungsprojekten untersagt. Die arabische Welt werde in einem solchen Gesetz eine „diskriminatorische Maßnahme“ sehen, die unter dem Druck Israels zustande gekommen sei. Außerdem gibt er zu bedenken, daß die Bundesregierung die Anwendbarkeit nicht auf einzelne Regionen beschränken könnte und dementsprechend Sondergenehmigungen für die Mitarbeit bei solchen Projekten erteilen müßte, die sie für politisch vertretbar oder erwünscht halte. Damit wäre aber „jede Tätigkeit eines deutschen Rüstungsexperten im Ausland Ausdruck einer politischen Willenskundgebung“. Sollte trotz dieser Bedenken eine Gesetzesvorlage erstellt werden, sollte sie sich auf die Mitarbeit an der Herstellung von ABC-Waffen und Raketen beschränken.
- 148      11.04.    Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 486
- Unter Bezugnahme auf die sowjetische Note vom 6. April 1963 weist Lahr den Vorwurf zurück, daß die Bundesregierung durch die Verordnung vom 18. Dezember 1962 das Abkommen mit der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr gebrochen habe. Das Röhrenembargo betreffe vielmehr Lohnveredelungsgeschäfte, deren Umfang das im Abkommen von 1960 festgelegte Kontingent übersteige und deren Genehmigung daher nicht aus dem Abkommen abgeleitet werden könne. Die Bewilligung der Verträge der deutschen Firmen mit der UdSSR sei somit in das Ermessen der Bundesregierung gestellt gewesen. Smirnow führt dagegen das „offen erklärte“ Ziel der Bundesregierung an, die UdSSR wirtschaftlich zu schwächen; daher müsse das Embargo als „feindseliger Akt“ gelten. Lahr weist dies zurück und macht auf die militärische Bedeutung des sowjetischen Pipelinenetzes aufmerksam. Er versichert, die Bundesregierung betrachte und behandle das

Röhrenembargo als einen Ausnahmefall in den Handelsbeziehungen, der nicht verallgemeinert werden dürfe. Er bedauere deshalb, daß die UdSSR die Angelegenheit mit Vorwürfen und Beschuldigungen „hochgespielt“ habe.

- 149      17.04.   Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, an Staatssekretär Carstens      S. 491
- Im Rahmen der Planungen für eine MLF nimmt Hopf zu ungeklärten Problemen Stellung. In der Frage des Trägers der Polaris-Raketen müsse noch die Überlebensfähigkeit von Überwasserschiffen geprüft werden. Bezüglich des Abstimmungsmodus über die Freigabe eines Einsatzes der Nuklearwaffen solle langfristig ein Mehrheitsverfahren angestrebt werden. Ein Vetorecht könne nur für die Aufbauphase der Streitmacht akzeptiert werden, weil dadurch jeder Teilnehmerstaat das Instrument der MLF lahmlegen und somit die Abschreckungswirkung beeinträchtigen könne. Hinsichtlich der Kosten bittet Hopf Carstens, sich dafür einzusetzen, daß der Bundestag die nötigen Mittel zusätzlich zu den übrigen Verteidigungsausgaben bereitstellt, um den konventionellen Anteil am Aufbau der Bundeswehr sicherzustellen.
- 150      22.04.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs      S. 493
- Sachs beklagt das eigenmächtige Vorgehen des im Bundesministerium der Verteidigung mit der Koordinierung der Ausrüstungshilfe befaßten Brigadegenerals Becker. Dieser habe ohne Beteiligung, Zustimmung oder rechtzeitige Unterrichtung des Auswärtigen Amtes mit Regierungsvertretern des Sudan, Somalias, Guineas und Indiens Verhandlungen über Waffenlieferungen geführt. Außerdem werde das Auswärtige Amt nicht hinreichend über die Rüstungskäufe in Israel informiert. Sachs fordert, „derartige zu beanstandende Aktionen“ unverzüglich zu unterbinden.
- 151      23.04.   Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S. 496
- Carstens berichtet über eine Demarche des griechischen Botschafters wegen eines von der Türkei geplanten Kaufs von U-Booten in der Bundesrepublik. Tsatsos wies auf das gespannte griechisch-türkische Verhältnis und insbesondere darauf hin, daß nach ihm vorliegenden Informationen die fraglichen U-Boote nur in der Ägäis und nicht im Schwarzen Meer eingesetzt werden könnten. Er persönlich empfehle, den Kauf zu verhindern; anderenfalls sollten Griechenland U-Boote unter den gleichen Bedingungen wie der Türkei zur Verfügung gestellt werden.
- 152      23.04.   Vermerk des Staatssekretärs Lahr      S. 497
- Lahr hält fest, er habe am 18. April 1963 in einer deutsch-amerikanischen Besprechung zur Vorbereitung der Kennedy-Runde dargelegt, daß eine Einigung über eine gemeinsame



sowjetische Entspannung sein werde, da der neue Bundeskanzler in den ersten Jahren seiner Amtszeit aus innenpolitischer Rücksichtnahme dieses „heiße Eisen“ wohl nicht werde anfassen können.

- 156      30.04. Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy      S.505

Adenauer übermittelt seinen Dank für die Entsendung einer Expertendelegation in die Bundesrepublik zur Erörterung des MLF-Projekts. Er stimmt den amerikanischen Vorschlägen zu, die eine Stationierung der Polaris-Raketen auf Überwasserschiffen vorsehen und den Einsatz der Streitmacht vom einstimmigen Votum der Hauptteilnehmerstaaten abhängig machen. Der Bundeskanzler hält aber eine spätere Prüfung dieser Entscheidung aufgrund der bis dahin gewonnenen Erfahrungen für nötig und will den Übergang zu anderen Regelungen nicht ausgeschlossen wissen. Er bekundet ferner Interesse, bereits im Juni – während des Besuchs von Kennedy – eine vorläufige Vereinbarung über das Projekt zu unterzeichnen, und erklärt die Bereitschaft der Bundesregierung, einen wesentlichen Anteil an den Kosten zu tragen. Allerdings werde erwartet, daß nunmehr auch andere NATO-Staaten ihre Teilnahme verbindlich zusagten.

- 157      30.04. Präsident Jahn, Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, an Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt      S.507

Nach einem Besuch in nordafrikanischen Staaten – darunter auch in der VAR – schildert Jahn dortige Reaktionen auf geplante gesetzliche Maßnahmen gegen die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in Spannungsgebieten. In einer diesbezüglichen Ankündigung der Bundesregierung, in der allein die arabischen Staaten und namentlich die VAR angesprochen wurden, erblicke man angesichts der Mitwirkung von Deutschen an Rüstungsprojekten anderer Staaten, darunter angeblich auch Israels, eine empörende Ungleichbehandlung. Die wahrscheinliche Folge eines solchen Gesetzes werde der Abbruch der diplomatischen Beziehungen der VAR zur Bundesrepublik und eine Anerkennung der DDR sein. Diesem Schritt würden sich voraussichtlich weitere arabische und nordafrikanische Staaten, aber auch Indien, Birma und Indonesien anschließen. Eine solche „Einheitsfront“ gegen die bisherige Außenpolitik der Bundesrepublik würde den Zusammenbruch der Hallstein-Doktrin bedeuten und damit die Problematik einer Wiedervereinigung „in ein anderes Stadium“ drängen.

- 158      02.05. Aufzeichnung des Referats II 7      S.511

Das Referat „NATO/WEU“ nimmt zu verteidigungspolitischen Fragen Stellung, die der NATO-Generalsekretär auf der Ministerratstagung der NATO vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa behandeln wolle. Sein Vorschlag einer „Gesamtrechnung“ für die zukünftige Verteidigungsplanung der Allianz solle zur Erörterung an den Ständigen NATO-Rat verwiesen werden.



der Brüsseler Verhandlungen der geographischen Ausweitung der Gemeinschaft ein vorläufiges Ende gesetzt habe. Auf den Hinweis von Pinto, Portugal wolle – ähnlich wie Österreich – sein Verhältnis zur EWG nicht von demjenigen Großbritanniens abhängig machen, erläuterte Lahr, daß es angebracht sei, zunächst „den Fall Österreich positiv zu regeln“, weil die Verflechtung mit den EWG-Märkten dort bereits besonders ausgeprägt sei. Abschließend hält der Staatssekretär seine Ansicht fest, daß das „ungeklärte Verhältnis Portugals zu seinen überseeischen Gebieten“ eine Assoziierung schwierig gestalten würde.

- 162      09.05.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg      S.519

Meyer-Lindenberg nimmt zu dem amerikanischen Vorschlag Stellung, die MLF als zwischenstaatliche Organisation mit eigener Völkerrechtssubjektivität sowie eigenem Kriegsführungsrecht zu errichten und ihre Schiffe unter Verzicht auf jedes nationale Kennzeichen durch eine besondere Flagge kenntlich zu machen. Da die USA eine eigene MLF-Flagge als sichtbaren Ausdruck der Internationalisierung der Schiffe und somit als „conditio sine qua non des Gesamtprojekts“ betrachteten, sei eine Entscheidung in dieser Frage „eminent politisch“. Meyer-Lindenberg unterstützt den Vorschlag, macht aber auch auf damit verbundene Risiken aufmerksam. Diese resultierten daraus, daß eine solche Konstruktion bislang im Völkerrecht nicht nachweisbar sei. So sei es ungewiß, ob im Kriegsfall die Genfer Abkommen, insbesondere das Kriegsgefangenen-Abkommen, auf Besatzungen der MLF-Schiffe angewandt würden.

- 163      09.05.    Runderlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer      S.521

Reinkemeyer stellt fest, daß die Temporary-Travel-Document-Sperre, die nach dem Bau der Berliner Mauer eingeführt worden sei und für bestimmte Kategorien von DDR-Bewohnern ein Einreiseverbot in NATO-Staaten darstelle, erfolgreich gewesen sei. Allerdings seien mittlerweile in der NATO Stimmen zugunsten einer Lockerung laut geworden, da durch diese Beschränkung in besonderem Maße die Veranstaltungen internationaler nichtstaatlicher Organisationen betroffen seien. In Zusammenarbeit mit Vertretern der Westmächte sei deshalb ein Vorschlag ausgearbeitet worden, der vorsehe, in den Bereichen Wissenschaft und Sport die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften bzw. Delegationen zu fördern. Die Reaktion der DDR auf dieses Vorhaben werde zeigen, „in welchem Umfang die Zone an einer unpolitischen internationalen Zusammenarbeit“ interessiert sei.

- 164 11.05. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an Bundesminister Schröder S.523
- Harkort berichtet, daß das am 9. Mai 1963 vom Ministerrat beschlossene Arbeitsprogramm der EWG auf britischer Seite Enttäuschung ausgelöst habe, da darin nur noch die Kopplung der Bereiche Kennedy-Runde und Agrarverordnungen erwähnt werde. Nicht mehr einbezogen sei jedoch die Fortführung der Kontakte mit Großbritannien, die im deutschen Entwurf noch fester Bestandteil des Programms gewesen sei. Der britische Geschäftsträger bei der EWG habe mitgeteilt, dies werde in Großbritannien als eine „erneute, von Frankreich gewünschte und von den anderen Mitgliedstaaten nicht verhinderte Demütigung“ betrachtet. Harkort habe daraufhin Galsworthy dargelegt, daß es vorrangig gewesen sei, die Verknüpfung zwischen Kennedy-Runde und Agrarpolitik der EWG festzuschreiben. Die Bundesregierung strebe weiterhin an, in einem zweiten Arbeitsprogramm alle drei Aspekte zu bündeln.
- 165 13.05. Aufzeichnung des Referats II 4 (Entwurf) S.526
- In der Aufzeichnung des Referats „Sowjetunion“ wird die Einführung der revidierten Version des Friedensplans von 1961 in die amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche befürwortet. Da die von der Deutschland-Frage losgelöste Behandlung des Berlin-Problems in den Gesprächen der beiden zurückliegenden Jahre keine Resultate erbracht habe, sei es wünschenswert, den „natürlichen Zusammenhang“ zwischen diesen beiden Komplexen wiederherzustellen. Der revidierte Friedensplan erscheine dazu – auch aus Sicht des amerikanischen Sonderbotschafters Thompson – als ein geeignetes Mittel.
- 166 13./15.05. Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen S.528
- Zweck der Besprechungen ist die gegenseitige Abstimmung von Projekten auf dem Gebiet der Ausrüstungshilfe, die nach amerikanischem Wunsch vor allem vor einer Übernahme neuer Verpflichtungen erfolgen müsse. Grundsätze der Ausrüstungshilfe seien die Stärkung des politischen Vertrauens in den Westen und der inneren Sicherheit der Empfängerstaaten sowie der wirtschaftlichen Entwicklung durch „dual purpose“-Vorhaben. Die deutsche Delegation weist darauf hin, daß über derartige Aktivitäten der Bundesregierung in der Öffentlichkeit nichts bekannt sei und auch der Bundestag damit nicht befaßt werde. Die Bundesregierung beabsichtige auf keinen Fall, ihr politisches Ansehen durch einen Übereifer auf diesem Gebiet zu strapazieren oder in lokale Konflikte einzugreifen. Im Verlauf der Gespräche werden konkrete Ausrüstungshilfen an verschiedene Staaten Afrikas und Asiens, aber auch des Nahen Ostens und Europas diskutiert. Dabei wird von amerikanischer Seite ein erhöhtes Engagement der Bundesrepublik in der Türkei, dem Iran und Afghanistan befürwortet. Abschließend werden die Genehmigungsverfahren für kom-



die mit Polen gefundene Lösung hingewiesen worden sei, habe Szöke die Möglichkeit eingeräumt, daß das Handelsabkommen und der Briefwechsel über die Handelsvertretungen gleichzeitig in Kraft treten könnten. Ob die Einbeziehung von Berlin (West) durch eine Verklammerung dieser beiden Vereinbarungen mittels eines Mantelprotokolls oder durch eine „abstrakte Verweisungsklausel“ in den beiden Vereinbarungen gesichert werden könne, sei noch offengeblieben.

- 170      17.05.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Professor Kissinger, Harvard University      S.546

Adenauer spricht sich für das Projekt einer MLF aus, da es für die Bundesrepublik ausschlaggebend sei, „den Anschluß an die Vereinigten Staaten, an die Entwicklung, nicht zu verpassen“. Er erläutert die Gründe für die französisch-britischen Spannungen. Verursacht worden sei das Scheitern eines EWG-Beitritts Großbritanniens jedoch durch eine „überdimensionale Dummheit“ der britischen und weiterer Delegationen in Verfahrensfragen. Trotz der in erster Linie gegen Premierminister Macmillan und nicht gegen die USA gerichteten Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963 habe er es für richtig erachtet, seinen Besuch bei de Gaulle nicht aufzuschieben. Auf der Basis des Vertrags vom 22. Januar 1963 könnten die Bundesrepublik und Frankreich gemeinsam einen starken „Damm“ gegen die UdSSR schaffen. Dabei wolle de Gaulle die USA nicht aus Europa vertreiben; er befürchte vielmehr, sie könnten sich aus eigenem Entschluß zurückziehen. Während Kissinger die Ansicht vertritt, die USA würden im Fall eines sowjetischen Angriffs mit Sicherheit zu einem Einsatz ihrer Atomwaffen bereit sein, gibt Adenauer zu bedenken, daß es bei der schwierigen Entscheidung, ob ein nuklearer Vergeltungsschlag ausgelöst werden solle, „sehr auf die Psychologie des führenden Mannes“ ankäme.

- 171      17.05.    Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem tanganjikanischen Botschafter Tibandebage      S.554

Der Botschafter berichtet über das wachsende Interesse der früheren britischen Territorien in Afrika an Kontakten mit der EWG und erläutert die Absicht der Regierungen Kenias, Tanganjikas und Ugandas, die zwischen ihren Staaten bestehende Wirtschaftsunion geographisch zu erweitern. Die NATO spiele in Afrika eine große Rolle als Gegengewicht gegen „eine andere große Kraft, die für die Welt gefährlich sein könnte“; auch das Prestige der UNO wachse. Dagegen habe sich der Einfluß der UdSSR verringert, und die Volksrepublik China beginne, politisch an Boden zu gewinnen.

- 
- 172    17.05.    Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee    S.557
- Im Rahmen des Antrittsbesuchs von McGhee werden Einzelheiten des Programms für den Besuch des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik erörtert. Schröder teilt mit, es gebe noch keine Einigung darüber, ob Kennedy in Bonn oder in der Frankfurter Paulskirche vor dem Bundestag sprechen solle. Für die bevorstehende NATO-Ministerratstagung in Ottawa erwartet der Bundesminister eine Regelung in der Angelegenheit der IANF und versichert, die Bundesrepublik stehe auch dem MLF-Projekt positiv gegenüber. Entscheidend sei jedoch, daß Großbritannien das multilaterale Konzept unterstütze.
- 173    18.05.    Ministerialdirektor Jansen an die Botschaft in Kairo    S.562
- Jansen legt dar, daß das Bundeskabinett zu dem Schluß gekommen sei, die an Rüstungsprojekten in der VAR mitarbeitenden Deutschen nicht durch die Vorbereitung gesetzlicher Maßnahmen zur Beendigung ihrer Tätigkeit zu veranlassen. Dessenungeachtet sei von einigen Bundestagsabgeordneten ein Gesetzentwurf erarbeitet worden. Jansen bittet darum, den deutschen Experten in einem informellen Gespräch die außen- und innenpolitischen Implikationen zu erklären, insbesondere die schwere Belastung für das deutsch-israelische Verhältnis, um so einer „persönlichen Verbitterung die Spitze abzubrechen“. Zwar lasse nichts auf die Mitwirkung der Deutschen an einer Produktion von ABC-Waffen schließen, doch könne die militärische Bedeutung des ägyptischen Raketenprogramms nicht übersehen werden.
- 174    20.05.    Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow    S.565
- Carstens weist darauf hin, daß nach Überzeugung der Bundesregierung noch etwa 10000 rückkehrwillige Reichsdeutsche und ehemalige Vertragsumsiedler in der UdSSR zurückgehalten würden. Smirnow entgegnet, daß alle ausreisewilligen Deutschen längst ausgereist seien, und vermutet hinter der erneuten Thematisierung des Rückführungsproblems die Absicht der Bundesregierung, die Beziehungen zur UdSSR zu verschlechtern. Zur Freigabe des Sonderkontos in Moskau, auf das repatriierte Deutsche vor der Ausreise Bargeld eingezahlt hatten, bemerkt Smirnow, dies könne „eines Tages“ im Rahmen der „großen materiellen Forderungen“ an die Bundesrepublik geregelt werden. Auch auf das Ersuchen um Zustimmung zur Begnadigung des ehemaligen Reichsministers Speer reagiert der Botschafter ablehnend. Carstens macht darauf aufmerksam, daß die in der UdSSR wegen Spionage verurteilten deutschen Studenten Naumann und Sonntag trotz gegebener Zusagen noch nicht freigelassen worden seien. Das Gespräch endet mit einer Darlegung der gegenseitigen Standpunkte zum Röhrenembargo.

- 175      20.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem kanadischen Außenminister Martin in Ottawa S.575
- Zum bevorstehenden Abkommen mit den USA über Lagerung und Kontrolle amerikanischer nuklearer Sprengköpfe in Kanada merkt Martin an, noch gelte es, die kanadische Bevölkerung davon zu überzeugen, daß dies „keine Ausweitung des nuklearen Clubs“ bedeute. Schröder pflichtet bei, daß die Verbreitung nationaler nuklearer Waffen unerwünscht sei, und fügt hinzu, deshalb unterstütze die Bundesregierung eine hochintegrierte Streitmacht der NATO. Auf den Einwand, letztlich verbleibe doch auch bei der IANF oder der MLF die Kontrolle über den Einsatz der Atomwaffen bei den USA, weist er auf psychologisch-politische Vorteile durch die Beteiligung der übrigen Partner an der Kontrolle. Entscheidend sei die Sicherung des Zusammenhalts in der Allianz. Dies müsse betont werden, um der nicht nur von französischer Seite ausgehenden Propaganda, „daß man für Waffen zahle, über die Amerika verfüge“, entgegenzutreten. Der kanadische Außenminister bezeichnet die MLF als den Idealzustand einer integrierten Streitmacht und die IANF „als eine Brücke dorthin“. Allerdings tue Kanada im Augenblick nicht sehr viel zur Ermöglichung der multilateralen Streitmacht.
- 176      20.05. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z.Z. Ottawa S.578
- Carstens kommentiert die sowjetische Note vom 17. Mai 1963 zum deutsch-französischen Vertrag. Wegen einer Reihe unhaltbarer Behauptungen – z.B. der Vertrag stelle eine „militaristische Allianz innerhalb der NATO“ dar oder die Bundesrepublik strebe den Besitz von Atomwaffen an – bezeichnet er sie als „eine der schwächsten Leistungen der Sowjets“ in dem jahrelangen Notenaustausch mit der Bundesrepublik.
- 177      21.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Ottawa S.579
- Couve de Murville äußert sich befriedigt darüber, daß die angestrebte Interalliierte Atomstreitmacht zu keiner Veränderung der NATO-internen Befehlsstränge führen werde. Frankreich habe sich der Einrichtung eines gesonderten Befehlsstrangs widersetzt, da dies bedeutet hätte, daß die „gesamte nukleare Macht aus der Schlacht um Europa herausgerissen“ worden wäre. Hinsichtlich der GATT-Verhandlungen unterstreicht er, daß nur die Vorschläge der EWG sowohl dem amerikanischen als auch dem europäischen Handel Erleichterungen bringen würden. Demgegenüber würde das von den USA vorgesehene System in der Praxis lediglich auf eine einseitige Erleichterung des amerikanischen Handels hinauslaufen. Auch würden die Zollverhandlungen von Kennedy hauptsächlich aus innenpolitischen Gründen geführt.

- 178      21.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Ottawa      S.581

Bundesminister Schröder weist darauf hin, daß sich die Bundesregierung im Falle britischer Großrohr-Lieferungen an die UdSSR gezwungen sähe, ihre Unterstützung für das Embargo aufzugeben. Der amerikanische Außenminister macht deutlich, daß die USA es „sehr übel empfinden“ würden, wenn der gesamte Markt für die UdSSR wieder geöffnet würde. Anschließend vertritt er die Ansicht, daß die Interalliierte Nuklearstreitmacht im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung nicht ihrer Bedeutung entsprechend behandelt werde. Zu den Planungen für eine MLF, die bislang auf bilateraler Basis stattfänden und nicht Gegenstand einer Debatte im NATO-Ministerrat werden sollten, stellt er fest, daß für die Zukunft des Projektes die Zusicherung der Teilnahme der europäischen Verbündeten entscheidend sei. Abschließend berichtet Rusk über sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Washington und übergibt Schröder ein Exemplar des sowjetischen Aide-mémoires über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Dobrynin habe zudem eine Nichtangriffsvereinbarung zwischen NATO und Warschauer Pakt als mögliche Form einer Einigung mit dem Westen genannt, die praktisch „nicht viel bedeuten“ würde, aber von außerordentlicher psychologischer Wichtigkeit sein könnte. Schröder befürchtet jedoch, daß auf diese Weise der Status quo in Europa zementiert werden solle.

- 179      21.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home in Ottawa      S.585

Schröder legt dar, daß die Bundesregierung der Gründung einer MLF, abgesehen vom militärischen Wert, vor allem große politisch-psychologische Bedeutung für den Zusammenhalt der Allianz beimesse. Unter Hinweis auf britische Finanzprobleme und die bereits in den Bau von U-Booten investierten Mittel kritisieren Lord Home und der britische Verteidigungsminister, daß von dem in Nassau beschlossenen Konzept abgewichen werden soll. Sie äußern Zweifel, ob Überwasserschiffe wirklich so kostengünstig und unverwundbar seien, wie von amerikanischen Militärs versichert werde. Thorneycroft unterstreicht, daß aufgrund des amerikanischen Vetorechts bei einer Entscheidung über den Einsatz der Atomstreitmacht der Verteidigung des Westens kein neuer Aspekt hinzugefügt werde. Nach einer kurzen Erörterung des Kontakts zwischen der EWG und Großbritannien in Brüssel wendet sich das Gespräch dem Röhrenembargo zu. Schröder schildert eindringlich die „ungeheuren Probleme“, die sich im Falle britischer Lieferungen an die UdSSR nicht nur für die Bundesregierung, sondern überhaupt für die westliche Politik gegenüber dem Osten ergeben würden. Darauf äußert Lord Home die Auffassung, Großbritannien hätte gegen den Beschluß des Ständigen NATO-Rats am 21. November 1962 sein Veto einlegen müssen.

- 180      21.05.    Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken      S.589
- Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung“ regt an, durch das Bundesministerium für Wirtschaft und den Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, prüfen zu lassen, ob der in Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft zum Ausdruck gebrachte Wunsch der DDR, die im innerdeutschen Handel geltende Barzahlungsklausel wegfallen zu lassen und das Handelsvolumen zu erhöhen, nicht dazu benutzt werden könnte, Passierschein-Gespräche in Gang zu bringen.
- 181      27.05.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer      S.591
- Reinkemeyer hält die Ergebnisse einer Unterredung mit Vertretern der rumänischen Regierung über die Aufnahme von Verhandlungen über ein Handelsabkommen und einen Austausch von Handelsvertretungen fest. Es sei der Eindruck entstanden, daß die rumänische Seite möglichst umgehend, eventuell schon vor Beginn von Handelsvertragsverhandlungen, eine Vereinbarung über Handelsvertretungen abschließen wolle. Reinkemeyer regt an, einen diesbezüglichen Briefwechsel zu entwerfen, der sich an das „polnische und ungarische Muster“ anlehnen solle. Zweifelhaft erscheine, ob sich eine für Rumänien akzeptable und gleichzeitig die Bundesrepublik zufriedenstellende Formel für eine Einbeziehung von Berlin (West) werde finden lassen.
- 182      28.05.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar      S.593
- Adenauer und Shinnar stimmen überein, daß die Friedenschancen im Nahen Osten noch „nie so gut wie jetzt“ gewesen seien. Der Bundeskanzler lehnt es jedoch ab, direkt auf die arabischen Staaten im Sinne einer Besserung ihrer Beziehungen zu Israel einzuwirken. Shinnar übergibt ein Schreiben des israelischen Ministerpräsidenten und äußert die Hoffnung, daß noch in der Amtszeit von Adenauer diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten aufgenommen werden könnten. Er könne zusichern, daß Ben Gurion für eine Zustimmung in der Knesseth sorgen werde. Persönlich spricht sich Adenauer für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus, befürchtet aber, daß eine solche Maßnahme „die Araber zu einer neuen Hetze gegen Israel ermuntern werde“. Abschließend äußert er sich zu möglichen weiteren Gerichtsverfahren gegen NS-Verbrecher. Angesichts des umfangreich vorhandenen Materials stünden noch etwa 2000 Prozesse bevor; dies sei für das Ansehen Deutschlands in der Welt „unerträglich“. Er äußert die Überlegung, „diese Angelegenheit“ gleichzeitig mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Israel zu beenden.

- 
- 183      29.05.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg      S.597
- Meyer-Lindenberg nimmt zu der vom Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Schütz, vertretenen Ansicht Stellung, Berlin (West) sei nicht wirksam in die Vereinbarungen mit Polen vom 7. März 1963 einbezogen. Die Einbeziehung der Stadt sei durch eine in einem zusätzlichen Briefwechsel fixierte Verklammerung des Protokolls über den Zahlungsverkehr von 1956, das eine Berlin-Klausel enthalte, mit den Abmachungen vom März 1963 erfolgt. Die Zustimmung Polens zu dieser Vorgehensweise stelle bereits einen „eindeutigen Erfolg“ dar. Meyer-Lindenberg betont, es gebe nur die Alternative, entweder auf jegliche Abkommen mit Ostblock-Staaten zu verzichten oder aber eine „elastischere“ Form der Einbeziehung Berlins zu akzeptieren. Da diese Vorgehensweise von dem von der Alliierten Kommandantur festgelegten Verfahren für die Einbeziehung Berlins formal abweiche, seien die drei Westmächte bereits um ihre Zustimmung gebeten worden.
- 184      29.05.    Ministerialdirektor Jansen an Botschafter Knapstein, Washington      S.599
- Jansen weist Knapstein an, im amerikanischen Außenministerium klarzustellen, daß die Behauptung, es gebe einen geheimen militärischen Zusatz zum deutsch-französischen Vertrag, der unter anderem die Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen auf dem Gebiet der nuklearen Waffen vorsehe, jeglicher Grundlage entbehre.
- 185      29.05.    Gespräch des Botschafters Freiherr von Welck mit Staatspräsident Franco in Madrid      S.600
- Im Rahmen des Abschiedsbesuchs von Welck äußert Franco die Überzeugung, daß die „Satellitenstaaten“ für die UdSSR ein schwieriges Problem darstellten, „denn in keinem dieser Staaten wäre das Volk für das kommunistische Regime gewonnen“. Daher müsse sich der Westen mit allen propagandistischen Mitteln dafür einsetzen, diese Völker in ihrer Hoffnung auf Befreiung zu bestärken. Zur inneren Lage der UdSSR bemerkt er, es sei schwer verständlich, daß es nach 45 Jahren ihres Bestehens noch nicht zu einem durch die Streitkräfte ausgelösten „Regimewechsel“ gekommen sei. Am Schluß der Unterredung berichtet er von Äußerungen des Präsidenten Kennedy, daß die USA gezwungen sein könnten, ihre Politik zu ändern und die militärische Unterstützung Europas abzubauen, wenn es nicht gelinge, das Problem der passiven Zahlungsbilanz zu lösen.

- 186      04.06. Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer S.603
- Adenauer gibt zunächst eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter vom 28. Mai 1963 wieder. Smirnow habe vorgeschlagen, die im Vorjahr unterbrochenen Gespräche über eine Verbesserung der Beziehungen wiederaufzunehmen. Mit dem ehemaligen Botschafter in Moskau, Kroll, kam Adenauer daraufhin am 4. Juni 1963 überein, Smirnow mitzuteilen, daß erst einmal eine Antwort der sowjetischen Regierung auf den „Burgfriedensplan“ vom Juni 1962 erwartet werde.
- 187      05.06. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S.604
- Carstens informiert über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter Roberts. Der Staatssekretär erläuterte, daß einem Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt nicht zugestimmt werden könne. Es sei falsch, der UdSSR Zugeständnisse zu machen, um ihre Position gegenüber der Volksrepublik China zu stärken. Zudem sei eine solche formelle Vereinbarung aufgrund der damit verbundenen Anerkennung der DDR ausgeschlossen. Ebenso bedenklich wären Nichtangriffserklärungen, da sie letztlich eine weitere Konsolidierung des Status quo und somit eine Schwächung der Wiedervereinigungspolitik zur Folge haben würden. Sie könnten nur im Falle bedeutender sowjetischer Gegenleistungen in der Berlin- und Deutschland-Frage in Betracht gezogen werden.
- 188      05.06. Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit Abteilungsleiter Strong, amerikanisches Außenministerium, in Washington S.606
- Böker und Strong beurteilen die Zukunft der am 17. April 1963 um Syrien und den Irak erweiterten VAR angesichts „gewisser unüberbrückbarer Gegensätze“ zwischen den drei beteiligten Staaten skeptisch. Böker erläutert die Kontroverse zwischen der Bundesrepublik und Israel wegen der Mitarbeit deutscher Fachleute in der ägyptischen Rüstungsindustrie. Nach bisherigem Kenntnisstand seien weder deutsche noch andere Wissenschaftler mit der Produktion von ABC-Waffen beschäftigt. Die israelischen Unterlagen über eine Beteiligung von Deutschen an der Rüstung der VAR seien dem Auswärtigen Amt noch nicht zugänglich gemacht worden. Nach Ansicht von Strong bestehen die wichtigsten außenpolitischen Ziele Israels darin, die Kontakte Ägyptens zum Westen zu schwächen und eine amerikanisch-israelische „Sicherheitsverbindung“ herzustellen. Über entsprechende schriftliche Garantien hinaus strebe Israel besonders den „Zugang zu amerikanischen Arsenalen“ an. Weiterhin dürfe angenommen werden, daß Israel versuchen werde, sich – falls „irgendwie möglich“ – zum Westufer des Jordan auszudehnen.

- 189      05.06.    Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt      S.609
- Weber berichtet, daß in der Presse wiedergegebene Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß in Israel – wonach sich die Bundesregierung für Existenz und Sicherheit des Staates Israel verantwortlich fühle und er persönlich sich darum bemühen wolle, die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR zu beenden – in Ägypten große Aufmerksamkeit gefunden hätten. In dieser Verlautbarung werde eine Sicherheitsgarantie für Israel gesehen, wie sie Ministerpräsident Ben Gurion von den beiden Weltmächten gefordert habe. Der Botschafter spricht sich gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus, da dies die innerarabischen Auseinandersetzungen beenden würde, die Israel eine „Atempause“ verschafften. Er macht darauf aufmerksam, daß als weitere Folge die arabischen Staaten nicht nur diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen, sondern auch die Kontakte zur Bundesrepublik abbrechen würden. Der DDR würde somit die in harter Arbeit aufgebaute kulturelle und wirtschaftliche Position der Bundesrepublik im Nahen Osten „in den Schoß fallen“.
- 190      05.06.    Hauserlaß des Ministerialdirektors Krapf      S.613
- Der Erlass informiert über die NATO-Ministerkonferenz vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa. Als wichtigstes Ergebnis wird der Beschluß über die Reorganisation der nuklearen Streitkräfte der Allianz gewertet, durch die SACEUR zusätzliche Einsatzmittel unterstellt und die Nichtnuklearstaaten in stärkerem Maße an der atomaren Planung beteiligt würden. Die nuklearen Gefechtsfeldwaffen blieben von der Reorganisation ausgenommen. Somit habe man eine Formel gefunden, die eine Zustimmung Frankreichs ermöglicht habe. Das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht sei hingegen nur am Rande behandelt worden. Eine solche Streitmacht aus Überwasserschiffen mit Polaris-Raketen, an der sich die Bundesrepublik beteiligen wolle, würde nach deutscher Auffassung eine wesentliche Verstärkung der nuklearen Verteidigung Europas bedeuten und zugleich die politische und militärische Integration des Westens fördern.
- 191      06.06.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen      S.615
- Jansen berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Botschafter. De Margerie teilte aus einer Unterredung mit dem französischen Staatspräsidenten mit, dieser betrachte den für den 4./5. Juli 1963 geplanten Besuch in der Bundesrepublik als „eine Art Test“ für den deutsch-französischen Vertrag. De Gaulle stehe unter dem Eindruck, daß seit der Unterzeichnung keinerlei Fortschritte gemacht worden seien, und wolle sich nun Gewißheit verschaffen, „ob man deutscherseits voll und ganz zu dem Vertrag stehe“. Der Staatspräsident sei der Ansicht, daß ohne eine politische Einigung Europas ein „Direktgespräch“ zwischen den USA und der UdSSR auf

die Dauer kaum zu vermeiden sein werde. Auf die Anregung von de Margerie, Frankreich und die Bundesrepublik sollten gemeinsam die Initiative für eine politische Union ergreifen, habe de Gaulle zurückhaltend reagiert und darauf hingewiesen, daß dann wahrscheinlich erneut die Forderung nach sofortiger Einbeziehung Großbritanniens laut würde.

- 192      11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem      S.617  
französischen Botschafter de Margerie

Mit Blick auf den bevorstehenden Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik teilt de Margerie mit, dieser habe das Gefühl, daß sofort nach Abschluß des deutsch-französischen Vertrags viele deutsche Politiker geglaubt hätten, sich in London und Washington entschuldigen zu müssen, und versucht hätten, „den positiven Wert des Vertrags bis zur Entstellung abzuwerten“. De Gaulle vertrete die Ansicht, daß Europa in der Lage sein müsse, in den Ost-West-Beziehungen „ein starkes Wort“ mitzureden, da sonst die Gefahr bestehe, daß sich die USA und die UdSSR über die Köpfe der Europäer hinweg einigten. Europa brauche auch für die Politik gegenüber den Ostblock-Staaten, deren Assimilierung an das politische System der UdSSR gescheitert sei, „mehr politische Substanz“. Adenauer zeigt sich überzeugt, daß durch den deutsch-französischen Vertrag bereits ein neues Kraftzentrum in Europa entstanden sei, das seinen Einfluß auf das amerikanische und sowjetische Kalkül nicht verfehlen werde. Er bedauert jedoch, daß in der EWG wesentliche Probleme, wie die Angleichung der Sozialgesetzgebung oder der Währungen, noch nicht in Angriff genommen worden seien, und betont, eine wirtschaftliche Harmonisierung sei ohne politisches Zusammengehen nicht möglich. Abschließend erörtern die Gesprächspartner das Problem der Nachfolge des Papstes Johannes XXIII.

- 193      12.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse      S.629  
Pauls

Pauls hält ein vertrauliches Gespräch zur Informationspolitik über die deutsche Ausrüstungshilfe fest, das mit Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD und FDP sowie je einem Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundespresseamtes in Vorbereitung einer Pressekonferenz geführt wurde. Im Fall Afrikas sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, die Namen der Empfängerstaaten zu nennen, nicht jedoch den Umfang der Hilfe. Im Hinblick auf Israel gingen die Meinungen auseinander. Während von seiten der CDU dafür plädiert wurde, lediglich die Ausbildungshilfe zu erwähnen, sprach sich der Vertreter der FDP dafür aus, die gesamte an Israel geleistete Hilfe bekanntzugeben. Pauls stellte klar, daß eine Unterrichtung der Öffentlichkeit nur in Abstimmung mit den Partnerregierungen möglich sei. Zu Israel könne mit

---

Rücksicht auf die Situation im Nahen Osten gar nichts gesagt werden.

- 194      15.06.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S.631
- Carstens gibt eine Mitteilung des französischen Botschafters de Margerie wieder, daß Staatspräsident de Gaulle beabsichtige, die französische Atlantikflotte dem NATO-Oberbefehl zu entziehen. Obwohl er nicht annimmt, daß Frankreich in einem Konfliktfall seine Seestreitkräfte zurückhalten würde, befürchtet der Staatssekretär, daß dieser Schritt in der Öffentlichkeit und auch in der UdSSR als weitere Distanzierung Frankreichs von der NATO und damit zugleich als Schwächung der Allianz verstanden werde.
- 195      15.06.    Aufzeichnung des Referats I B 2 S.633
- Vor dem Hintergrund des amerikanischen Wunsches nach stärkerem europäischen Engagement in Mittel- und Südamerika werden die Grundzüge der Lateinamerika-Politik der Bundesrepublik dargelegt. Schwerpunkte der Entwicklungshilfe stellen die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung der Empfängerstaaten sowie ihre politische Stabilisierung im freiheitlich-westlichen Sinn dar. Angesichts der in Lateinamerika weitverbreiteten anti-amerikanischen Stimmung sollten die deutschen Maßnahmen – so die Ansicht des Referats „Mittel- und Südamerika“ – unabhängig von Projekten der USA durchgeführt werden und notwendige Abstimmungen „diskret“ erfolgen. Als essentiell wird die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten angesehen. Im Gespräch mit lateinamerikanischen Regierungen müßten auch die deutschlandpolitischen Anliegen der Bundesregierung zur Sprache kommen. Dem Bestreben vieler dieser Staaten, eine unabhängige Außenpolitik zu betreiben, solle mit Verständnis begegnet werden. Besondere Förderung verdiene das Deutschland in Lateinamerika. Versuche der DDR, in diesem Bereich Einfluß zu gewinnen, müßten „energisch bekämpft werden“.
- 196      18.06.    Botschafter Knapstein, Washington, an Bundesminister Schröder S.638
- Knapstein analysiert die „Friedensrede“ des amerikanischen Präsidenten vom 10. Juni 1963. Kennedy habe hochrangige Gespräche in Moskau über ein umfassendes Teststopp-Abkommen sowie, als Geste des guten Willens, ein amerikanisches Moratorium für Atomwaffenversuche in der Atmosphäre angekündigt. Auch habe er eine Verbindung zwischen einem Teststopp und dem Problem der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen hergestellt, an dem die UdSSR starkes Interesse habe. Nach amerikanischer Auffassung dürften allerdings Kernwaffen an integrierte Organisationen weitergegeben werden. Aus der Tatsache, daß das angestrebte Abkommen auch die unterirdischen Tests umfassen solle, schließt der Botschafter, daß die USA nicht an einem leicht zu erreichenden Teilerfolg, son-

dern an einer Gesamtlösung interessiert seien, die zumindest als „Nebenerfolg“ längerfristige amerikanisch-sowjetische Kontakte auf höherer Ebene bewirken werde.

- 197      19.06. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens      S.640

Carstens informiert über ein Gespräch mit den Botschaftern der drei Westmächte. Auf die Frage des amerikanischen Botschafters McGhee, ob er dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, einen Höflichkeitsbesuch abstatten solle, habe er die Gefahr einer Reduzierung des Vier-Mächte-Status ausschließlich auf Berlin (West) herausgestellt und darum gebeten, daß die Westalliierten ihre Kompetenzen in bezug auf Ost-Berlin stärker betonen sollten. Inoffiziell und mit Hinweis auf Vertraulichkeit habe er die wachsenden Schwierigkeiten der Bundesregierung dargelegt, die Einberufung von Bundestagsitzungen nach Berlin (West) zu verhindern, ohne dabei auf Argumente prinzipieller Natur zurückgreifen zu müssen.

- 198      20.06. Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt      S.641

Weber weist darauf hin, daß nach den jüngsten Äußerungen des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier sowie des CSU-Vorsitzenden Strauß, in denen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel befürwortet wurde, die anderslautenden Erklärungen der Bundesregierung an Glaubwürdigkeit verloren hätten. Eine Änderung des Status quo in den deutsch-israelischen Beziehungen würde aufgrund der daraufhin erfolgenden Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten „einen Dambruch in die Hallstein-Doktrin“ hervorrufen und der sowjetischen Zweistaaten-Theorie bei den blockfreien Staaten in großem Umfang zur Realität verhelfen. Die Hoffnung auf Wiedervereinigung wäre damit „weitgehend begraben“, und alle Erklärungen zum Gedenken an den 17. Juni 1953 würden als eine „Farce“ erscheinen.

- 199      20.06. Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt      S.643

Weber teilt mit, daß in der VAR Presseberichte über die Ausbildung israelischer Offiziere durch die Bundeswehr Beunruhigung ausgelöst hätten. Als für die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung besonders abträglich habe sich erwiesen, daß diese Meldungen, die vermutlich einen wahren Kern hätten, aufgrund unzureichender Unterrichtung der Botschaft in Kairo zunächst dementiert worden seien. Der Botschafter macht darauf aufmerksam, daß vor dem Hintergrund der Diskussion über Maßnahmen gegen deutsche Rüstungsexperten in der VAR und der jüngsten Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß der Eindruck entstehe, daß sich ein militärisches Bündnis zwischen der Bundesrepublik und Israel entwickle. Dies könne vielleicht eine Annäherung der VAR an die UdSSR zur Folge haben.

- 
- 200      21.06.    Aufzeichnung des Botschafters Kroll      S.644
- Der ehemalige Botschafter in Moskau gibt eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter wieder. Smirnow habe die Antwort des sowjetischen Ministerpräsidenten auf die Vorstellungen übermittelt, die Bundeskanzler Adenauer zur Wiederaufnahme des deutsch-sowjetischen Dialogs über die Verbesserung der bilateralen Beziehungen entwickelt hatte. Danach sei Chruschtschow zu einem streng vertraulichen Gedankenaustausch über alle Fragen von beiderseitigem Interesse bereit, auch über den „Burgfriedensplan“ vom 6. Juni 1962, einen Friedensvertrag und – nach einem positiven Verlauf der Kontakte – sogar zu einer Begegnung in Bonn. Kroll habe herausgestellt, daß die Besprechungen zu einer „fühlbaren Erleichterung“ der Lage in der DDR führen müßten. Smirnow habe auf die staatliche Souveränität der DDR hingewiesen und festgestellt, Vereinbarungen über sie oder zu ihren Lasten werde die UdSSR nicht abschließen.
- 201      21.06.    Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt      S.646
- Groepper hält das Ergebnis einer Unterredung mit dem britischen Botschafter in Moskau über den Besuch des Oppositionsführers Wilson in der UdSSR fest. Trevelyan habe versichert, daß der Vorsitzende der Labour Party während der Gespräche mit Ministerpräsident Chruschtschow hinsichtlich der Deutschland- und Berlin-Frage „nichts weggegeben habe“. In der Frage des Zugangs der Bundesrepublik zu Atomwaffen seien Äußerungen gefallen, die der Form nach vielleicht nicht gerade freundlich gewesen seien, jedoch nicht überbewertet werden sollten. Wilson sei nämlich generell gegen eine Weitergabe von Kernwaffen eingestellt und vertrete zudem die Ansicht, auch Großbritannien solle seine Atomstreitmacht aufgeben. Zu einer deutschen Beteiligung an einer NATO-Atomstreitmacht habe er erklärt, daß er damit einverstanden sei, falls auf diese Weise verhindert werden könne, daß die Bundesrepublik selbst Atommacht werde. Groepper zeigt sich von diesen Argumenten unbeeindruckt, weil Wilson eine Haltung gegenüber der Bundesrepublik bekundet habe, „die man von einem Bündnispartner normalerweise nicht erwarten sollte“.
- 202      21.06.    Ministerialdirektor Jansen an die Botschaft in Kairo      S.649
- Jansen teilt als Sprachregelung mit, daß die Politik der Bundesrepublik gegenüber dem Nahen Osten nach wie vor unverändert sei. Jüngste pro-israelische Äußerungen von Abgeordneten der Koalitionsparteien seien ohne Belang; sie müßten vielmehr im Rahmen der noch nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und somit als ein innenpolitisches Problem gesehen werden. Der Ausbildung israelischer Soldaten durch die Bundeswehr sei keine grundsätzliche politische Bedeutung beizumessen.

- 203      21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen      S.651
- Jansen gibt Äußerungen aus einer Unterredung zwischen Ministerialdirigent Böker und dem amerikanischen Botschaftsrat Kidd wieder. Letzterer habe mitgeteilt, daß in den USA der Eindruck herrsche, die Bundesrepublik verteile Ausrüstungshilfe an Entwicklungsländer ohne vorherige Absprache mit den Verbündeten. Kidd habe um Auskunft über den tatsächlichen Umfang der deutschen Ausrüstungshilfe gebeten und darauf hingewiesen, daß, wenn erst einmal der Verdacht deutscher „Geheimniskrämerei“ bestehe, der Schluß naheliegen könne, die Bundesrepublik habe auch in anderen Bereichen der Rüstungspolitik etwas zu verbergen. Böker habe darauf aufmerksam gemacht, daß das Auswärtige Amt selbst in diesen Fragen teilweise unzureichend vom Bundesministerium der Verteidigung unterrichtet werde. Jansen zieht aufgrund dieses Gesprächs und gleichgerichteter, allerdings zurückhaltender Äußerungen britischer und französischer Diplomaten den Schluß, daß auf der Basis einer vollständigen Zusammenstellung „aller Versprechungen, Projekte und Lieferungen dieser Art in Entwicklungsländer“ ein freimütiges Gespräch mit den Hauptverbündeten geführt werden müsse, um eine ernsthafte Verstimmung zu vermeiden.
- 204      22.06. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens      S.654
- Der Staatssekretär informiert über deutsche und amerikanische Bedenken gegen den beabsichtigten Rückzug der französischen Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung. Der französische Verteidigungsminister Messmer habe gegenüber Bundesminister von Hassel eine Aufhebung dieser Entscheidung nur für den Fall in Aussicht gestellt, daß der an die französische und portugiesische Westküste angrenzende NATO-Kommandobereich trotz der ablehnenden Haltung des Ständigen NATO-Rats einem französischen Admiral unterstellt werde. Gegenüber dem französischen Botschafter habe Carstens einen Flottenrückzug als aus politischen und psychologischen Gründen schädlich bezeichnet. Weiterhin habe er de Margerie darauf hingewiesen, daß vor Entscheidungen von solcher Bedeutung eine Konsultation mit der Bundesregierung notwendig gewesen wäre.
- 205      22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen      S.656
- Jansen zeichnet die Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses nach. Wegen der aus zwingenden psychologischen Gründen erfolgten Ablehnung Israels, im Zusammenhang mit dem Wiedergutmachungsabkommen von 1952 auch diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufzunehmen, sei der als „einheitliche Aktion“ gedachte Prozeß der Normalisierung des „Gesamtverhältnisses“ in zwei Teile zerschlagen worden. Jansen schildert den weiteren Dialog in dieser Frage und geht dabei besonders auf den israelischen Vorschlag von 1956 zur Errichtung einer deutschen Handelsmission in Tel Aviv und

auf den seit 1959 wiederholt vorgetragenen Wunsch nach Aufnahme „voller“ diplomatischer Beziehungen ein. Aufgrund der wachsenden Bedeutung der Deutschland-Frage und der „Eimischung“ der UdSSR im Nahen Osten habe die Bundesregierung diesen Vorschlägen nicht mehr folgen können. Jansen legt dar, daß das Wiedergutmachungsabkommen, das die Grundlage für die völkerrechtliche Anerkennung Israels durch die Bundesrepublik darstelle, noch bis 1966 gültig sei. Daher bestehe augenblicklich kein „technischer Zwang“, eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen.

- 206      24.06. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy      S.661

Der Bundeskanzler legt die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1955 bis zu seinem am 6. Juni 1962 vorgetragenen „Burgfriedensplan“ dar und erläutert das sowjetische Angebot zur Wiederaufnahme des Dialogs über den ehemaligen Botschafter in Moskau, Kroll. Adenauer vertritt die Ansicht, man solle „mit der denkbar größten Vorsicht“ festzustellen versuchen, ob eine Chance auf Fortschritte in der Deutschland-Frage und in noch offenen anderen Fragen zwischen der UdSSR und dem Westen bestehe. Der amerikanische Präsident schätzt jedoch die Erfolgsaussichten als gering ein. Zur Ostpolitik bemerkt Adenauer, daß Polen als „Bollwerk westlicher Kultur“ gestärkt werden müsse. Eine öffentliche Erklärung zur Oder-Neiße-Linie könne er jedoch nicht abgeben, weil diese Frage den Verhandlungen über einen Friedensvertrag vorbehalten bleiben müsse. Kennedy betont dagegen, daß eine Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik die Abhängigkeit Polens von der UdSSR verringern würde, denn gegenwärtig glaubten die Polen, die Oder-Neiße-Linie „nur mit Hilfe und Unterstützung der Russen halten zu können“. Anschließend bekundet er Unverständnis für die französische Entscheidung, die Atlantik-Flotte aus der NATO-Assignierung zurückzuziehen. Während Adenauer die Bedeutung der deutsch-französischen Aussöhnung für die Zukunft Europas schildert, warnt der Präsident vor einer Entwicklung der französischen Politik hin zu einer Art Nationalismus, der sich von Europa und den USA abwende.

- 207      24.06. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens      S.671

Carstens faßt die Ergebnisse einer von Bundesminister Schröder und Außenminister Rusk geleiteten deutsch-amerikanischen Besprechung zusammen. Von amerikanischer Seite wurde betont, wie wichtig die Zustimmung der „hauptsächlichen“ europäischen Partner zu einer multilateralen Atomstreitmacht für die Haltung des Kongresses zu dem Projekt sei; innenpolitische Schwierigkeiten in Italien und Bedenken wegen der Kosten in Großbritannien hätten jedoch zu einer Verzögerung geführt. Schröder betonte die Bedeutung einer MLF für das gesamte Bündnis; es dürfe nicht der Eindruck







Gleichzeitig zeigt er sich beunruhigt über die Zunahme isolationistischer Tendenzen in den USA. Des weiteren berichtet Adenauer von den sowjetischen Versuchen, über den ehemaligen Botschafter in Moskau, Kroll, Gespräche über eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen aufzunehmen. Er weist darauf hin, daß die UdSSR 1962 auf seinen „Burgfriedensplan“ nicht reagiert habe, und beurteilt die Erfolgsaussichten erneuter Gespräche skeptisch. Abschließend erörtern die Gesprächspartner das Verhältnis der USA und Frankreichs zur NATO. Während de Gaulle die französischen Einwände gegen die Organisation des nordatlantischen Bündnisses darlegt und den Entschluß zum Rückzug der französischen Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung erläutert, betont der Bundeskanzler, daß durch diesen Schritt die sowjetische Hoffnung auf einen „Zerfall des Westens“ gestärkt werde.

- 217      04.07.    Gespräch des Bundesministers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle      S.702

Erhard und de Gaulle erörtern die Zukunft der EWG. Der Bundesminister für Wirtschaft unterstreicht, daß es zu einer synchronen Entwicklung von politischer und wirtschaftlicher Integration kommen müsse. Nach den Bestimmungen der Römischen Verträge sei nach Ende einer Übergangszeit für ein „Europa der Vaterländer“ kein Platz mehr. Der französische Staatspräsident betont demgegenüber, daß zunächst die Integration auf dem Agrarsektor vorangetrieben werden müsse. Mit Blick auf das Verhältnis Großbritanniens zur EWG bemerkt Erhard, daß mit einer Fortsetzung der Beitrittsgespräche erst nach den Wahlen zum britischen Unterhaus zu rechnen sei; bis dahin müsse jedoch der Kontakt aufrechterhalten werden.

- 218      04.07.    Deutsch-französische Regierungsbesprechung      S.706

Beide Seiten äußern sich zufrieden über die Vorbereitungen für das Deutsch-Französische Jugendwerk. Der französische Erziehungsminister Fouchet macht jedoch auf die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Empfehlungen der gemeinsamen Kulturkommission zum Sprachenunterricht aufmerksam. Verbesserungsbedürftig ist nach übereinstimmender Auffassung auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion und im militärstrategischen Bereich. Staatspräsident de Gaulle betont die gemeinsame Zugehörigkeit zu einem Verteidigungsbündnis, das die Deutschen sehr, die Franzosen „etwas weniger“ schätzten; allerdings beträfen die Meinungsunterschiede nur die Organisation der NATO. In der Frage der Agrarpolitik bekräftigen die Bundesminister Erhard, Schwarz und Schröder, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer Substanz erhalten bleiben und eine Synchronisierung von wirtschaftlicher und politischer bzw. agrarpolitischer und industrieller Integration erreicht werden müsse. Im Gegensatz





„einen gewissen Ausgleich“ böten. Adenauer hält ein gewisses Interesse für möglich, wenn Frankreich in der Frage der Polaris-Raketen nicht schlechter behandelt würde als Großbritannien. Der Botschafter versichert, daß die amerikanische Regierung über ein Nichtangriffsabkommen nicht ohne vorherige Konsultation mit der Bundesregierung sprechen werde. Aus der Sicht des Bundeskanzlers kommt nicht den angekündigten Verhandlungen in Moskau, sondern den laufenden sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen besondere Bedeutung zu.

- 225      12.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Abgeordneten des Bundestages      S.745

Zunächst gibt Staatssekretär Carstens einen Überblick über die Entwicklung der Beziehungen zu den Staaten Osteuropas seit 1955. Ziel der Ostpolitik sei der Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen. Carstens erläutert dies am Beispiel des Handelsabkommens mit Polen vom 7. März 1963, in das Berlin (West) einbezogen worden sei. Ein Mantelprotokoll verklammere die verschiedenen Teile des Abkommens miteinander und verweise auf einen Briefwechsel zwischen dem deutschen und dem polnischen Delegationsleiter, in dem das Zahlungsprotokoll von 1956, das eine Berlin-Klausel enthalte, als unkündbar bezeichnet werde. Damit sei es der Bundesregierung gelungen, in der Berlin-Frage „faktisch“ ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Bundesminister Schröder bemerkt dazu, daß sich die Einbindung von Berlin (West) in das neu zu verhandelnde Warenabkommen mit der UdSSR noch schwieriger gestalten werde. Es besteht Einigkeit mit den Vertretern der drei Fraktionen, daß auch in den Gesprächen mit Ungarn und Rumänien keinesfalls eine schlechtere Lösung als die mit Polen vereinbarte akzeptiert werden dürfe.

- 226      12.07. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt      S.751

Grewe gibt einen Bericht des belgischen Außenministers vor dem Ständigen NATO-Rat über Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten wieder. Spaak hob hervor, daß Chruschtschow den Abschluß eines partiellen Teststopp-Abkommens für möglich halte. Dagegen habe er „wenig Enthusiasmus“ für ein Nichtangriffsabkommen gezeigt und mit keinem Wort ein Junktim zwischen diesem und einem Teststopp-Abkommen angedeutet. Zur Berlin- und Deutschland-Frage habe sich Chruschtschow widersprüchlich geäußert: Zum einen habe er ihre Lösung als Voraussetzung für entspannungspolitische Verhandlungen bezeichnet, zum anderen ihre Bedeutung seit Errichtung der Berliner Mauer heruntergespielt. Zudem rechne Chruschtschow mit einer zwangsläufig „rallallo-ähnlichen“ Entwicklung der deutschen Politik.





Annäherung“ stehenden Ausführungen habe die Forderung nach Errichtung einer „Behörde für innerdeutsche Beziehungen“ gestanden. Thedieck ist der Auffassung, daß Bahr durch das Angebot staatlicher Kontakte an die DDR nachhaltig den deutschlandpolitischen Positionen der Bundesregierung geschadet habe, und regt eine Ressortbesprechung an, um die gesamtdeutschen und außenpolitischen Initiativen des Bundeslandes Berlin zu begrenzen.

- 234      24.07.    Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy      S.776
- Adenauer begrüßt den bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen über ein Teststopp-Abkommen. Er bittet Präsident Kennedy, dafür Sorge zu tragen, daß die offenbar vorgesehene Beitrittsklausel von vornherein die Gefahr einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR ausschließe. Der Bundeskanzler unterstreicht die Bereitschaft der Bundesregierung, die Frage eines Nichtangriffsabkommens gemeinsam mit den Verbündeten zu diskutieren.
- 235      24.07.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S.778
- Carstens hält die durch den Gesandten Hillenbrand überbrachte Mitteilung des amerikanischen Außenministers Rusk zur Frage eines Beitritts der DDR zum Teststopp-Abkommen fest. Um möglichst alle „Regierungen und Behörden“, vor allem die Volksrepubliken China, Vietnam und Korea sowie die Mongolische Volksrepublik und auch die DDR, zur Teilnahme zu veranlassen, lehne es die amerikanische Regierung ab, besondere Hindernisse für einen Beitritt zu errichten. Sie verweise darauf, daß die Teilnahme an einem multilateralen Abkommen nicht automatisch eine Anerkennung durch diejenigen Unterzeichnerstaaten bedeute, „die einander bisher nicht anerkannt haben“. Carstens machte darauf aufmerksam, daß im Gegensatz zur Volksrepublik China die DDR nicht als Staat angesehen werden könne.
- 236      25.07.    Gesandter Thierfelder, London, an das Auswärtige Amt      S.780
- Thierfelder informiert über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im britischen Außenministerium. Caccia erläuterte die Bestimmungen des Teststopp-Abkommens und hob hervor, daß darüber hinaus lediglich die Verpflichtung eingegangen worden sei, mit den Verbündeten den sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zu erörtern. Eine wichtige Frage sei nun der Beitritt Frankreichs zum Teststopp-Abkommen. Premierminister Macmillan und Präsident Kennedy, die eine öffentliche Ablehnung des Abkommens durch den französischen Staatspräsidenten vermeiden wollten, hätten bereits mit de Gaulle Verbindung aufgenommen. Es werde erwogen, Frankreich den Beitritt zum Teststopp-Abkommen durch das Angebot von atomarem Know-how „schmackhaft zu machen“.

- 237      26.07. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten Nixon      S.782

Adenauer und Nixon äußern sich kritisch zu dem in Moskau paraphierten Teststopp-Abkommen. Nach Meinung von Nixon sind vor allem die Berater des amerikanischen Präsidenten zu nachgiebig gegenüber der UdSSR. Nixon äußert die Ansicht, daß ein „Handel“ zwischen den USA und der UdSSR vorliege und Ministerpräsident Chruschtschow das Teststopp-Abkommen nur unter der Voraussetzung unterzeichnen werde, daß der Westen in Verhandlungen über ein Nichtangriffsabkommen eintrete. Dieses würde jedoch die Beherrschung Osteuropas durch die UdSSR besiegeln. Der Bundeskanzler hält negative Auswirkungen eines Nichtangriffsabkommens auf die Verteidigungsbereitschaft der NATO nicht für ausgeschlossen. Beide Gesprächspartner sind überzeugt, daß gerade angesichts der augenblicklichen sowjetisch-chinesischen Spannungen auf die Vorschläge von Chruschtschow nicht eingegangen werden sollte. Vielmehr solle man, so Nixon, „die beiden kommunistischen Mächte sich gegenseitig die Köpfe einschlagen lassen“.

- 238      26.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S.789

Carstens hält das Ergebnis einer Besprechung zwischen Bundesminister Schröder und dem amerikanischen Gesandten fest. Hillenbrand hob hervor, daß das am 25. Juli 1963 in Moskau paraphierte Teststopp-Abkommen lediglich einen ersten Schritt in Richtung auf ein vollständiges Verbot von Atomtests darstelle. Der sowjetische Vorschlag einer Verknüpfung zwischen dem Teststopp-Abkommen und einem Nichtangriffsabkommen sei abgelehnt worden; lediglich im Kommuniké über die Verhandlungen in Moskau werde erwähnt, daß ein auszuhandelndes Nichtangriffsabkommen „für alle Teilnehmer zufriedenstellend“ sein müsse. Da die Beitrittsklausel den Wünschen der Bundesregierung in der „Anerkennungsfrage“ Rechnung trage, würden die USA eine Erklärung begrüßen, daß die Bundesrepublik die Absicht zur Unterzeichnung des Abkommens habe. Schröder sagte eine Prüfung der Beitrittsklausel zu; dabei werde die Richtlinie der WEU, wie Beitrittsversuchen der DDR zu internationalen Abkommen zu begegnen sei, zugrunde gelegt.

- 239      26.07. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens      S.790

Carstens teilt als Sprachregelung mit, daß die Bundesregierung das am Vortag in Moskau paraphierte Teststopp-Abkommen begrüße, und gibt eine amerikanische Erläuterung der Beitrittsklausel wieder. Er hält fest, daß Artikel 3 zwar die Anerkennung der DDR durch die USA beziehungsweise Großbritannien ausschließe, jedoch nichts darüber aussage, wie eine Anerkennungswirkung im Verhältnis zwischen der DDR und blockfreien Staaten, die ihren Beitritt gegenüber allen drei Signatarmächten erklärten, vermieden werden könne. Da

her neige die Bundesregierung dazu, das Abkommen entgegen amerikanischen Wünschen nicht zu unterzeichnen. Sie prüfe jedoch, ob sie ihm nach Inkrafttreten beitreten und schon jetzt eine diesbezügliche Absichtserklärung abgeben solle.

240      26.07.    Aufzeichnung des Botschafters Grewe, Paris (NATO)      S.793

Grewe sieht die Bedeutung einer multilateralen Atomstreitmacht vor allem in einer stärkeren nuklearen Mitverantwortung der beteiligten Staaten, in einer wenigstens teilweisen Befriedigung speziell europäischer Sicherheitsinteressen und in einer Einbindung der französischen und britischen Nuklearpotentiale. Als der Realisierung hinderlich erscheinen ihm die Bedenken auf militärisch-technischem Gebiet, wie sie vor allem in Großbritannien und Italien geäußert würden, ferner die Problematik des Einstimmigkeitsprinzips im Kontrollgremium, die ungewisse Haltung des amerikanischen Kongresses und die ablehnende Position Frankreichs. Nach Erörterung möglicher Ersatzlösungen – wie einer europäischen Nuklearstreitmacht oder einer deutschen Beteiligung an der Force de frappe – kommt er zu dem Schluß, daß die Bundesrepublik der MLF im Falle ihres „Einschlafens keine Träne nachzuweinen“ brauche; möglicherweise sei dann aber der letzte Zeitpunkt verpaßt, zu dem eine Beteiligung der Bundesrepublik „am Besitz und Gebrauch nuklearer Waffen“ möglich gewesen wäre.

241      27.07    Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder      S.802

Lilienfeld berichtet über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, und dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten über die deutschen Bedenken zum Teststopp-Abkommen. Bundy betonte, daß die USA wegen des Deutschland-Problems auf der Nennung von drei Depositarstaaten bestanden hätten. Lilienfeld unterstrich, daß es über rein völkerrechtliche Kriterien hinaus darauf ankäme, jede Handlung zu vermeiden, die als Anerkennung der DDR verstanden werden könne. Bundy wies auf die Möglichkeit einer offiziellen Interpretation des Abkommens bei der Ratifizierung durch den Senat hin. Lilienfeld zieht den Schluß, daß ein Abseitsstehen oder Zögern der Bundesrepublik in der Beitrittsfrage eine starke Verstimmung in den USA zur Folge haben würden.

242      27.07.    Gesandter Knoke, Paris, an Bundesminister Schröder      S.805

Knoke informiert über den Inhalt eines Schreibens des amerikanischen Präsidenten an den französischen Staatspräsidenten. Kennedy habe nachdrücklich das Interesse an einem Beitritt Frankreichs zum Teststopp-Abkommen herausgestellt. Im Gegenzug seien die USA bereit, über eine Weitergabe von atomarem Know-how mit sich reden zu lassen. Der Gesandte ist überzeugt, daß das französische Außenministerium, welches

über die außenpolitische Isolierung Frankreichs beunruhigt sei, einer entsprechenden Übereinkunft zustimmen würde; die Haltung von de Gaulle sei jedoch fraglich.

- 243      28.07. Abgeordneter von Brentano an Bundeskanzler Adenauer      S.806

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion hält das Teststopp-Abkommen für eine „Irreführung der Öffentlichkeit“, da die Einhaltung nicht überwacht werde und unterirdische Versuche ausgeklammert blieben. In Artikel 3, demzufolge das Abkommen allen Staaten zum Beitritt offenstehe, sieht er einen entscheidenden Schritt zur Anerkennung und Legalisierung der sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie. Ein Nichtangriffsabkommen, wie es von sowjetischer Seite vorgeschlagen worden sei, würde die deutsche Teilung zementieren. Abschließend stellt Brentano die Frage, in welchem Umfang die Bundesregierung vor der Paraphierung über den Inhalt des Abkommens unterrichtet worden sei.

- 244      29.07. Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk      S.809

Schröder spricht das Problem eines möglichen Beitritts der DDR zum Teststopp-Abkommen an. Er regt an, das Abkommen durch ein Interpretationsprotokoll zu ergänzen, in dem das Entstehen von Vertragsbeziehungen zwischen Teilnehmerstaaten, die einander nicht völkerrechtlich anerkennen, ausgeschlossen würde. Außerdem bittet er darum, unverzüglich eine Erklärung dieses Inhalts allen Regierungen, die keine diplomatischen Beziehungen zur DDR unterhalten, zu übermitteln.

- 245      29.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach      S.811

Der Leiter des Planungsstabs erörtert das Für und Wider eines Beitritts der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen. Dagegen spreche die Formulierung der Beitrittsklausel, mit der die UdSSR im Bemühen, die DDR international aufzuwerten, „einen Durchbruch durch die bisherige deutsche und westliche Position“ erzielt habe. Hinzu komme, daß die Bundesrepublik bereits 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet habe. Schließlich drohe in dieser Frage ein Gegensatz zu Frankreich, das sich gerade hinsichtlich der Politik der Nichtanerkennung als „sicherster Verbündeter“ erwiesen habe. Die Rücksichtnahme auf die USA lasse jedoch eine Ablehnung des Beitritts nicht zu. Daher regt Müller-Roschach an, die Unterzeichnung so lange hinauszuzögern, bis Gewißheit bestehe, daß von seiten der Westmächte bei den weiteren Verhandlungen das Ziel eines Friedensvertrags mit Gesamtdeutschland angestrebt und nicht durch Konzessionen vorbelastet werde.

- 
- 246     29.07.    Gesandter Knoke, Paris, an das Auswärtige Amt                    S.816
- Knoke informiert über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium über einen möglichen Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen. Laloy empfahl, nichts zu überstürzen und zunächst nur die Absicht eines späteren Beitritts zu erklären. Dies könne die Bundesregierung vor dem Vorwurf schützen, Vorbehalte gegen das Abkommen zu hegen. Laloy zeigte sich besorgt über die Gefahr eines Vordringens der DDR auf der internationalen Bühne. Die Einigung auf drei Depositarmächte sei eine ernstzunehmende Entwicklung, da dies als Muster für die Beitrittsregelung zu einem Nichtantriffsabkommen dienen könnte.
- 247     29.07.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg                    S.818
- Meyer-Lindenberg resümiert die bisherige Praxis in der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in Verträge mit der UdSSR, Polen, Ungarn und Rumänien sowie in die Vertragsverhandlungen mit Jugoslawien. Während sich die UdSSR in keinem Fall mit der Aufnahme einer entsprechenden Klausel einverstanden erklärt habe, sei dieses Problem in den Vereinbarungen mit den anderen Staaten zwar in unterschiedlicher, jedoch für die Bundesrepublik befriedigender Weise geregelt worden.
- 248     29.07.    Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Vialon, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit                    S.823
- Lahr schlägt für das Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern eine Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor. Während die klassischen Bereiche der Kulturpolitik wie Auslandsschulen, Kulturinstitute, Jugendaustausch, Sport, Film und Fernsehen weiterhin vom Auswärtigen Amt wahrgenommen werden sollten, fiele die Förderung praxisorientierter Ausbildungsstätten wie Gewerbe-, Fach-, Ingenieur- und Landwirtschaftsschulen in den Bereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.
- 249     29.07.    Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt                    S.825
- Scherpenberg berichtet über eine Privataudienz bei Papst Paul VI., der sein Interesse an der Deutschland-Frage hervorhob. Der Botschafter dankte dem Papst, daß er die anlässlich seiner Wahl vom Staatsratsvorsitzenden Ulbricht und dem Ministerpräsidenten der DDR, Grotewohl, ausgesprochenen Glückwunschschaften nur mündlich habe beantwortet las-



kontrollierten Abrüstung handele, würden die Verhandlungen von Moskau „verheerend“ auf die NATO wirken. Der Testfall für den Friedenswillen der UdSSR sei ihr Verhalten in der Berlin-Frage. Adenauer weist darauf hin, daß sich die völkerrechtliche Stellung der DDR durch das Teststopp-Abkommen außerordentlich festigen werde, und zeigt sich besorgt um die „moralische Sicherheit“ der Bevölkerung der DDR und von Berlin (West), wenn die DDR völkerrechtlich als Staat erscheine.

- 253      30.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S.845
- Carstens faßt ein Gespräch mit dem britischen Botschafter über das Teststopp-Abkommen zusammen. Roberts betonte, daß alles vermieden werde, was als Anerkennung der DDR interpretiert werden könnte. Die Richtlinie der WEU, wie einer Beitrittserklärung der DDR zu einem internationalen Abkommen zu begegnen sei, könne jedoch im Fall des Teststopp-Abkommens keine Anwendung finden. Der Botschafter versicherte, daß anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens nur unverbindliche Gespräche geführt werden würden, zumal nach britischer Ansicht viel eher die Nichtverbreitung nuklearer Waffen erörtert werden sollte als ein Nichtangriffsabkommen. Carstens bat um Ergänzung des Abkommens durch ein Interpretationsprotokoll, das ein Entstehen von Vertragsbeziehungen zwischen jenen Teilnehmerstaaten, die einander nicht völkerrechtlich anerkannten, ausschließen würde.
- 254      30.07. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens      S.847
- Carstens informiert, daß er die amerikanische und die britische Regierung gebeten habe, dem Teststopp-Abkommen ein Interpretationsprotokoll hinzuzufügen. Damit solle in erster Linie ein Entstehen von Vertragsbeziehungen zwischen der DDR und dritten, vor allem blockfreien Staaten, die ohne ausdrücklichen Vorbehalt ihren Beitritt in Moskau erklären würden, ausgeschlossen werden. Gegenüber dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, habe er vorgeschlagen, den Standpunkt einzunehmen, daß ein völkerrechtlich wirksamer Beitritt nur durch Unterzeichnen der Urkunden bei allen drei Depositarmächten herbeigeführt werde. Im Gegensatz dazu solle eine Beitrittserklärung gegenüber nur einer Depositarmacht lediglich eine einseitige Bindung des Erklärenden gegenüber diesem Staat bewirken.
- 255      30.07. Gesandter Thierfelder, London, an das Auswärtige Amt      S.849
- Thierfelder informiert über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium. Lord Hood legte dar, daß die Erklärung gegenüber einer der drei Depositarmächte für einen wirksamen Beitritt zum Teststopp-Abkommen ausreiche. Zugleich würde die britische Regierung es begrüßen, wenn die Bundesrepublik dem Abkommen nicht nur beitrete, sondern es unterzeichne. Zum sowjetischen Vor-

schlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt bemerkte der Unterstaatssekretär, daß die Westmächte dagegen keine Einwände erheben würden, falls die Bedingung der Nichtanerkennung der DDR eingehalten werde. Ein größeres Interesse bestünde jedoch an solchen Themen wie Kontrollposten gegen Überraschungsangriffe und Nichtverbreitung nuklearer Waffen.

- 256      30.07.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf      S.851

Krapf analysiert den am 20. Februar 1963 in Genf vorgelegten sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens. Der Abschluß einer solchen Vereinbarung würde die Anerkennung der DDR mit sich bringen, den territorialen Besitzstand der UdSSR und Polens an den Ostgebieten des Deutschen Reiches konsolidieren und die Verteidigungskonzeption der NATO in Frage stellen. Eine Zustimmung der Bundesrepublik wäre nur dann zu vertreten, wenn die UdSSR in der Deutschland- und Berlin-Frage Zugeständnisse machte. Diese könnten darin bestehen, die Lebensfähigkeit von Berlin (West) zu stabilisieren und den Zugang zur Stadt zu verbessern sowie die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung nicht zu verschlechtern.

- 257      31.07.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem      S.853  
amerikanischen Verteidigungsminister McNamara

Der amerikanische Verteidigungsminister legt dar, daß die sowjetische Zustimmung zum Teststopp-Abkommen ein Resultat der gestiegenen Verteidigungsanstrengungen des Westens sei. Das Abkommen trage dazu bei, die Spaltung zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China zu vertiefen. Nun müsse unter Beibehaltung militärischer Stärke das Gespräch mit der UdSSR in Gang gehalten werden. Demgegenüber sieht der Bundeskanzler die Gefahr, daß durch das Abkommen eine faktische Anerkennung der DDR herbeigeführt werde. Gefährlich erscheinen ihm vor allem die Verwendung des Begriffs „Staat“ in der Beitrittsklausel, ferner die Ansicht, daß die Beitrittsklärung gegenüber nur einer Depositarmacht ausreiche, sowie die laut Abkommen mögliche Revisionskonferenz. Eine Zulassung der DDR zu dieser Konferenz, die eine völkerrechtlich relevante Handlung darstellen würde, wäre seiner Ansicht nach kaum zu verhindern. Adenauer hebt zudem hervor, daß die späte Informierung der Bundesregierung über den Inhalt des Abkommens im Stile von „Vogel friß oder stirb“ nicht geeignet sei, die „Vertragsfreudigkeit“ zu erhöhen, zumal es „für Deutschland um eine Frage des Seins oder Nichtseins“ gehe. Abschließend weist McNamara auf die hohen Kosten für die im Ausland stationierten amerikanischen Truppen hin. Diese könnten die USA nur aufbringen, wenn das Zahlungsbilanzdefizit verringert werde.

- 258      31.07.    Bundeskanzler Adenauer an den Abgeordneten von Brentano      S.866
- Der Bundeskanzler teilt mit, daß er die amerikanische Regierung bereits über seine Bedenken hinsichtlich einer „Änderung des völkerrechtlichen Status der Zone“ durch das Teststopp-Abkommen unterrichtet habe. Auch das Bundeskabinett habe sich „gegen Herrn Schröder“ für eine vorsichtige Zurückhaltung in allen Äußerungen ausgesprochen. Adenauer ist überzeugt, daß es sich bei dem Abkommen um einen Versuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow handelt, alle Ost-West-Fragen mit Ausnahme des Deutschland-Problems „möglichst aus der Welt zu schaffen“, um sich dann in der Deutschland- und Berlin-Frage besonders unnachgiebig zu zeigen.
- 259      31.07.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker      S.866
- Zur Unterrichtung des zukünftigen Bundeskanzlers, Bundesminister Erhard, faßt Böker die Haltung gegenüber der UNO zusammen. Obwohl sich die Bundesrepublik nicht um eine Mitgliedschaft bemühe, damit kein Aufnahmeantrag der DDR provoziert werde, unterstütze sie die Ziele der UNO, arbeite in allen Sonderorganisationen mit und leiste erhebliche finanzielle Beiträge zu den Hilfs- und Entwicklungsprogrammen. Eine Befassung der UNO mit der Deutschland- und Berlin-Frage sei bislang wegen der damit verbundenen Risiken vermieden worden. Vielmehr sei es das ständige Bestreben des Auswärtigen Amts, ein Eindringen der DDR „auch in das kleinste UN-Gremium“ zu verhindern.
- 260      01.08.    Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk      S.871
- Schröder wiederholt die Bedenken, daß ein Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen deren Anerkennung als Staat zur Folge haben könnte. Er regt deshalb über bislang gegebene Zusicherungen hinaus eine öffentliche Erklärung aller drei Signatarstaaten, zumindest aber der beiden Westmächte, an, daß nicht allgemein anerkannte „Gebiete“ durch Teilnahme am Abkommen weder in diplomatische Beziehungen noch in Vertragsbeziehungen zu denjenigen Teilnehmerstaaten eintreten würden, die diese „Gebiete“ bisher nicht anerkannten. Eine solche Erklärung sei deshalb von „entscheidender Bedeutung“, da im Text des Abkommens der Begriff „Staaten“ verwendet werde und daher die Annahme einer Existenz von Vertragsbeziehungen zur Schlußfolgerung führen könnte, daß die DDR als Staat anzusehen sei. Wichtig sei zudem, daß die DDR nicht als Vertragspartei im Sinne von Artikel 2 des Abkommens gelte und daher bei der Berechnung des für die Einberufung der Revisionskonferenz erforderlichen Drittels der Mitgliedstaaten unberücksichtigt bleiben müsse.

- 261**      01.08.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident Segni      S.874
- Adenauer vertritt die Ansicht, daß sich die UdSSR angesichts der gespannten Beziehungen zur Volksrepublik China mit dem Westen verständigen müsse, zunächst aber versuchen werde, „von den freien Völkern möglichst viel zu erhalten“. Vor diesem Hintergrund sei das Teststopp-Abkommen zu sehen. Die Gefahr einer völkerrechtlichen Aufwertung der DDR liege darin, daß der Beitritt allen „Staaten“ offenstehe, daß außerdem eine Beitrittserklärung gegenüber nur einer Depositarmacht ausreiche und daß laut Vertragsbestimmung mit den Stimmen eines Drittels der Mitglieder eine Revisionskonferenz einberufen werden könne. Es bestehe die Gefahr, daß dazu allein die Stimmen der Ostblock-Staaten ausreichen und dann auch die DDR auf der Konferenz vertreten wäre. Daher habe man die britische und die amerikanische Regierung um Erklärungen gebeten, daß sie „sich nicht an den gleichen Konferenztisch mit der Sowjetzone setzen“ würden. Zur Politik des französischen Staatspräsidenten bemerkt Adenauer, de Gaulle wolle sicherstellen, daß im Falle einer Entscheidung über einen nuklearen Krieg europäische Interessen gewahrt blieben. Abschließend äußert sich der Bundeskanzler beunruhigt über den Zuspruch der Kommunistischen Partei in Italien.
- 262**      01.08.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf (Entwurf)      S.881
- Krapf wägt die Vor- und Nachteile des Teststopp-Abkommens für die Bundesrepublik ab. Unter der Voraussetzung, daß die Bedenken hinsichtlich einer völkerrechtlichen Aufwertung der DDR ausgeräumt werden könnten, befürwortet er die Teilnahme. Er sieht darin die erneute Bekräftigung der Entscheidung von 1954, auf ein eigenes Kernwaffenprogramm zu verzichten. Erfolge die Teilnahme nicht, wäre eine „durchgreifende Isolierung“ der Bundesrepublik die Folge, da andere Staaten ihr den Wunsch nach eigenen Atomwaffen oder nach Beteiligung an der französischen Force de frappe unterstellen würden. Krapf spricht sich dafür aus, daß die Bundesrepublik nicht nur ihren Beitritt erklären, sondern das Teststopp-Abkommen unterzeichnen sollte.
- 263**      02.08.    Runderlaß des Staatssekretärs Carstens      S.884
- Carstens nimmt zu dem Vorwurf Stellung, die Bundesregierung hätte ihre Bedenken gegen die Beitrittsklausel zum Teststopp-Abkommen früher geltend machen sollen, da ihr der Vertragstext seit einem Jahr bekannt gewesen sei. Er stellt fest, daß der am 27. August 1962 auf der Genfer 18-Mächte-Abüstungskonferenz vorgelegte Entwurf eines Abkommens über erste unfruchtbare Erörterungen nicht hinausgelangt und bei den Verhandlungen in Moskau nicht abzusehen gewesen sei, daß es sich um ein weltweites Abkommen handeln sollte.



- 267      02.08.    Botschaftsrat I. Klasse Sahn, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 890
- Sahn berichtet von einer Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats. Der Vertreter der USA legte dar, daß das Teststopp-Abkommen in drei Originalen ausgefertigt werde, die in Moskau durch die drei ursprünglichen Signatarstaaten unterzeichnet werden würden. Ab dem 8. August 1963 werde je ein Original in Moskau, London und Washington zur Zeichnung durch interessierte Staaten ausliegen. Staaten, die diplomatische Beziehungen zu allen Signatarstaaten unterhielten, sollten die drei Urkunden möglichst gleichzeitig unterzeichnen. Dies stelle, so Finletter, möglicherweise ein völkerrechtliches Novum dar und solle verhindern, daß die UdSSR die Tatsache der ursprünglichen Unterzeichnung in Moskau propagandistisch ausnutzen könne. Die sowjetische Regierung habe bereits einige westliche Staaten gebeten, am 6. oder 7. August den Vertrag in Moskau zu zeichnen. Sahn wies auf die Gefahr hin, daß bei dieser Gelegenheit auch die DDR alle drei Ausfertigungen unterzeichnen könne.
- 268      02.08.    Aufzeichnung der Legationsrätin Rheker S. 893
- Rheker legt dar, daß für die Unterbrechung der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen die unzureichenden und für Jugoslawien wenig interessanten Angebote der Bundesregierung ausschlaggebend gewesen seien. Erfreulich sei dagegen, daß ein Kompromiß bei der Entschädigung jugoslawischer Opfer von Menschenversuchen in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus gefunden worden sei. Dieser Punkt solle nun bis zur Wiederaufnahme der Gespräche abschließend geregelt werden. Ebenso sei zu überlegen, welche konkreten wirtschaftlichen Angebote Jugoslawien vorgelegt werden könnten; hier wäre an Bankkredite und eine „Konsolidierung oder wenigstens Prolongierung“ der jugoslawischen Schulden zu denken. Rheker warnt vor einer zu restriktiven Wirtschaftspolitik. Dadurch könnten sich die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der DDR verstärken. Zudem müsse das jugoslawische Beispiel im Prozeß der „relativen Desintegration des Ostblocks“ unterstützt werden.
- 269      03.08.    Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 896
- Smirnow wertet das Teststopp-Abkommen als Auftakt für die Lösung weiterer internationaler Probleme. Zu diesen gehörten ein Nichtangriffsabkommen, das Einfrieren oder die Reduzierung von Verteidigungsbudgets, die Verringerung ausländischer Truppen auf deutschem Gebiet sowie eine „deutsche Friedensregelung“. Jedem Staat stehe es frei, das Abkommen vor Ratifizierung durch die ursprünglichen Signatarstaaten zu unterzeichnen oder ihm danach beizutreten. Schröder weist darauf hin, daß die mit einer Teilnahme verbundenen Proze-

durfragen erst im Hinblick auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik geprüft werden müßten. Grundsätzlich würden alle Abrüstungsschritte mit weltweitem Charakter begrüßt, während Maßnahmen, die die Bundesrepublik diskriminieren oder die deutsche Teilung vertiefen, zurückgewiesen werden müßten. Smirnow verweist auf die deutsche Zweistaatlichkeit und darauf, daß die Bundesrepublik bereits „gewisse Beziehungen“ zur DDR unterhalte. Außerdem hebt er die wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen der DDR hervor. Dazu habe die Bundesrepublik, die zur Unterstützung anderer Staaten und für ihre eigene Rüstung „gewaltige Summen zum Fenster hinauswerfe“, nichts beigetragen, obwohl es sich um „deutsche Brüder“ handle. Sie sei somit für „gewisse Schwierigkeiten“ in der DDR mitverantwortlich.

- 270      03.08.    Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee      S.905

Schröder beklagt sich über die mangelhafte Unterrichtung während der Teststopp-Verhandlungen, die der Bundesregierung keine Chance gegeben habe, Argumente gegen den Vertragstext vorzubringen. Entscheidend sei zum einen, ob die Teilnahme der DDR am Abkommen deren Anerkennung als Staat bewirke, zum anderen, ob nach einem Beitritt der DDR zwischen ihr und einem sie nicht anerkennenden Vertragspartner Vertragsbeziehungen entstünden; darin sei nämlich eine Anerkennung eingeschlossen, „wie immer die Gutachten lauten mögen“. Es müsse eine Lösung gefunden werden, daß sich die DDR nur gegenüber der UdSSR vertraglich binde. Für McGhee ist das Abkommen so bedeutsam, „daß man kleinere Schwierigkeiten, wie sie die Bundesregierung jetzt habe, in Kauf nehmen müsse“. Die Bundesrepublik dürfe niemandem einen Vorwand liefern zu der Behauptung, sie habe nukleare Ambitionen. Darüber hinaus müsse der Eindruck vermieden werden, sie könne sich aus deutschlandpolitischen Gründen nicht an konstruktiven Bemühungen um Rüstungskontrolle beteiligen. Schröder weist auf die im Deutschland-Vertrag festgelegte Verpflichtung der Alliierten hin, auf die Wiedervereinigung hinzuwirken. McGhee betont abschließend, daß sich ein deutscher Politiker „nur selber schade“, wenn er gegen einen Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen sei.

- 271      03.08.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf      S.909

Krapf äußert sich zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens. Aufgrund des westlichen Interesses hält er es für nicht erreichbar, daß dieses Projekt aufgegeben wird. Er schlägt deshalb eine alternative Formulierung des Abkommens vor, in der die Wiedervereinigung Deutschlands als Ziel festgeschrieben werden soll. Gleichzeitig solle ein Vertrag zwischen den Vier Mächten über Verbesserungen der Lage von Berlin abgeschlossen werden. Ohne diese Gegenleistung

könne sich die Bundesregierung allenfalls mit einer einseitigen Gewaltverzichtserklärung der NATO-Staaten einverstanden erklären.

- 272      03.08.    Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder      S.912

Lilienfeld berichtet über eine Unterredung mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Ball habe mitgeteilt, daß bei der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens am 5. oder 6. August 1963 auf die von der Bundesregierung gewünschte Erklärung zur Frage, welche Auswirkungen ein Beitritt auf den diplomatischen Status eines allgemein nicht anerkannten Staates habe, verzichtet werden müsse. Indes werde Außenminister Rusk am 12. August 1963 eine diesbezügliche Erklärung vor dem Senat abgeben. Ball habe weiter erklärt, auch zu dem Problem, ob durch das Abkommen vertragliche Beziehungen zu nicht anerkannten Staaten entstünden, sei eine definitive Stellungnahme zum augenblicklichen Zeitpunkt nicht angebracht. Lilienfeld schließt daraus, daß die Beantwortung dieser Frage jedem einzelnen Vertragspartner überlassen werden solle. Ball habe abschließend zugesichert, daß die Unterzeichnung des Abkommens in Moskau auf die drei ursprünglichen Signatarstaaten beschränkt bleiben und die DDR daher nicht in der Lage sein werde, bei dieser Gelegenheit die amerikanische oder britische Ausfertigung der Vertragsurkunde zu zeichnen.

- 273      05.08.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara      S.915

Der Bundeskanzler legt seine Haltung zum Teststopp-Abkommen dar. Den Nutzen hält er, da unterirdische Versuche ausgeklammert blieben, für gering. Besorgt zeigt er sich über den in der Rücktrittsklausel verwendeten Begriff „nationale Souveränität“, der auch auf die DDR Anwendung finden werde, sobald sie dem Abkommen beigetreten sei. Er äußert die Vermutung, daß der amerikanische Delegationsleiter Harriman die Tragweite einzelner Bestimmungen nicht erfaßt habe. Adenauer stellt fest, daß in den USA „die wahre Lage und die vom Kommunismus ausgehenden Gefahren nicht hinreichend verstanden werden“. Die Gefahr lasse sich nicht dadurch verringern, daß man der UdSSR auf Kosten der Volksrepublik China entgegenkomme. Zu einem Zeitpunkt, an dem sich in den Ostblock-Staaten Tendenzen zu einer eigenständigeren Politik zeigten, werde durch das Abkommen die Position des Ministerpräsidenten Chruschtschow gefestigt. McNamara hebt hervor, daß die USA trotz Haushaltsdefizit in den zurückliegenden Jahren ihre militärische Stärke erhöht hätten und sie weiter erhöhen würden. Dies übe wirtschaftlichen und außenpolitischen Druck auf die UdSSR aus. Das Teststopp-Abkommen sei vor allem ein Instrument zur Vertiefung der sowjetisch-chinesischen Spannungen.

- 274 05.08. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts S.923
- Schröder äußert seine Besorgnis hinsichtlich der Auswirkungen des Teststopp-Abkommens auf die internationale Stellung der DDR nach deren zu erwartendem Beitritt. Die USA hätten nun die Position eingenommen, daß die DDR sich dann zwar vertraglich binde, damit aber nicht ihre Anerkennung als Staat einhergehe. Unklar sei, mit welcher rechtlichen Konstruktion das erreicht werden könne; die Anerkennung eines Staates sei eine „Sache des Willens“, wäre aber möglicherweise bei Herstellung vertraglicher Beziehungen auch ohne diesen Willen impliziert. Der Bundesminister weist darauf hin, daß die amerikanische Regierung um eine öffentliche Erklärung zur Nichtanerkennung der DDR gebeten worden sei, und regt eine analoge britische Verlautbarung an. Gleichzeitig bittet er um umfassende Unterrichtung über die in Moskau wiederaufgenommenen Verhandlungen. Roberts stellt klar, daß die britische Regierung an einem Nichtangriffsabkommen nicht besonders interessiert sei und es für besser hielte, über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu verhandeln.
- 275 05.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften S.928
- Haeften nimmt zu dem Vorschlag des Planungsstabs Stellung, die Bundesrepublik solle dem Teststopp-Abkommen nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt beitreten, daß sie allein berechtigt sei, in internationalen Angelegenheiten „als Vertreter des deutschen Volkes“ zu sprechen. Er bezweifelt die Wirkung eines derartigen Vorbehalts bei vielen blockfreien Staaten, die zwar der Bundesrepublik nicht widersprechen, aber die DDR nach deren Beitritt als Vertragspartner ansehen würden. In einem solchen Falle wäre die Bundesrepublik gezwungen, Konsequenzen zu ziehen. Der Leiter der Rechtsabteilung kommt zu dem Schluß, daß das Abkommen nicht der richtige Rahmen sei, um beitriftswillige blockfreie Staaten zu einer Stellungnahme in der Deutschland-Frage zu zwingen. Überhaupt sei eine Vorbehaltsäußerung der Bundesrepublik nur möglich, wenn die Depositarmächte USA und Großbritannien diese akzeptierten. Ferner müßte die Bundesregierung den Vorbehalt als vertragskonform bezeichnen. Sie würde sich dann gegenüber denjenigen Teilnehmerstaaten vertraglich gebunden fühlen, die gegen dieses Vorgehen keinen Widerspruch erheben und die die DDR weiterhin nicht anerkennt. Den Ostblock-Staaten und Jugoslawien bliebe dann jedoch die Entscheidung überlassen, ob die Bundesrepublik ihnen gegenüber durch das Teststopp-Abkommen gebunden sei oder nicht.
- 276 05.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S.932
- Carstens gibt den Inhalt einer von Bundesminister von Hassel und dem amerikanischen Verteidigungsminister geleiteten deutsch-amerikanischen Besprechung über sicherheits- und militärpolitische Fragen wieder. McNamara würdigte das Test-



bedeute nämlich auch in amerikanischer und britischer Sicht weder „eine Anerkennung des dortigen Regimes als Regierung noch der SBZ als Staat“.

- 280      06.08.   Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Paris      S.939
- Carstens nimmt zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 29. Juli 1963 Stellung. Er bedauert, daß de Gaulle ohne vorherige Konsultation mit der Bundesregierung sowohl den Beitritt Frankreichs zu einem Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt ausgeschlossen als auch seinerseits Abrüstungsvorschläge vorgetragen habe. Gegen ein Nichtangriffsabkommen bestünden zwar auf französischer wie auf deutscher Seite große Bedenken; jedoch liege in einem „kategorischen Nein“ die Gefahr, daß sich die USA lediglich dazu veranlaßt sähen, von sich aus eine Nichtangriffserklärung abzugeben. Da eine Nichtangriffsvereinbarung vermutlich nicht verhindert werden könne, müsse die Bundesregierung mit „Zähigkeit“ versuchen, durch ein gewisses Eingehen auf die amerikanischen Vorstellungen möglichst viel im Interesse einer Lösung der Deutschland-Frage bzw. einer Verbesserung des Status von Berlin zu erreichen.
- 281      06.08.   Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S.941
- Lahr nimmt zu den Gedanken des Botschafters van Scherpenberg über die künftige deutsche Europapolitik Stellung. Er legt dar, daß der britische Beitritt zur EWG nicht am Verhalten Großbritanniens, sondern vor allem an den französischen Vorstellungen von der zukünftigen Struktur der Gemeinschaft gescheitert sei. Im Gegensatz zu den übrigen EWG-Staaten wünsche Frankreich ein „hegemonial geleitetes Europa“, in dem kein Mitglied ihm die Führung streitig machen dürfe. Es handele sich folglich um ein politisches Problem, das durch handelspolitische Maßnahmen, wie sie Scherpenberg vorsehe, nicht gelöst werden könne. Die vorgeschlagene Dachorganisation von EWG und EFTA erscheint Lahr lediglich für den Fall erwägenswert, daß sich die französische Haltung auf absehbare Zeit nicht ändere, Großbritannien auch nach den 1964 stattfindenden Wahlen zum Unterhaus an einem Beitritt interessiert sei und die Kennedy-Runde keine nennenswerten Ergebnisse zeige.
- 282      07.08.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf      S.944
- Krapf faßt eine Unterrichtung durch den amerikanischen Gesandten Hillenbrand über die anläßlich der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens in Moskau geführten Gespräche des amerikanischen Außenministers Rusk und des britischen Außenministers Lord Home zusammen. An eine Unterredung mit Ministerpräsident Chruschtschow habe sich ein Gedankenaustausch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko über Maßnahmen gegen Überraschungsangriffe, über ein Nichtangriffsabkommen, über eine Reduzierung der Militär-

ausgaben und über die Nichtverbreitung von Atomwaffen abgeschlossen. Von westlicher Seite sei der Zusammenhang zwischen Nichtangriffsabkommen und Deutschland-Problem betont worden. Die Nichtverbreitung von Kernwaffen habe Rusk als eine der Grundlagen der amerikanischen Politik bezeichnet, die auch für die Erörterungen in der NATO über die Frage einer multilateralen Atomstreitmacht Gültigkeit hätten. Die USA würden an keiner Regelung mitwirken, bei der „eine Nichtatommacht“ atomare Informationen oder sogar die Kontrolle über Kernwaffen bzw. deren Einsatz erhalten würde.

- 283      07.08.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S.947

Carstens faßt ein Gespräch mit dem Botschafter in Moskau zusammen. Groepper plädierte dafür, dem Teststopp-Abkommen nicht beizutreten, um so die sowjetische Furcht vor einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik – „die einzige zur Zeit sichtbare Basis für einen deutsch-sowjetischen Ausgleich mit dem Ziel der Wiedervereinigung“ – zu erhalten. Im Gegensatz dazu äußerte Carstens die Befürchtung, daß im Falle eines Nichtbeitritts mit einer Isolierungspolitik der UdSSR gegen die Bundesrepublik gerechnet werden müsse. Eine Entwicklung eigener Atomwaffen „in irgendeinem dritten Land“, die einem Verzicht auf Teilnahme am Abkommen erst Gewicht verleihen würde, schloß der Staatssekretär ebenso aus wie eine gemeinsame Atompolitik mit Frankreich; dieses sei nämlich nicht gewillt, der Bundesrepublik eine Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichbehandlung in atomaren Dingen anzubieten. Carstens sprach sich daher für ein atomares Zusammengehen mit den USA aus.

- 284      07.08.    Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck      S.949

Schenck hält die Ergebnisse einer Unterredung mit dem Justiziar der amerikanischen Botschaft fest. Von Elbe deutete an, daß für einen Beitritt zum Teststopp-Abkommen die Unterzeichnung bei nur einer Depositarmacht ausreichend sei. Er versicherte, daß eine Unterzeichnung des Abkommens durch die DDR mittels Vollmacht eines in Washington akkreditierten Ostblock-Botschafters nicht zugelassen werde „mangels Staatlichkeit der Zone“. Eine Mitteilung der UdSSR über einen in Moskau vollzogenen Beitritt der DDR würde von der amerikanischen Regierung mit einer Gegenerklärung beantwortet werden. Der Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge“ wies darauf hin, daß es auch Handlungen gebe, die eine völkerrechtliche Anerkennung selbst dann implizierten, wenn diese nicht gewollt sei. Zur Vermeidung von Mißverständnissen komme es folglich darauf an auszuschließen, daß die DDR im Rahmen des Abkommens als vollberechtigter Vertragspartner behandelt werde.

- 285      07.08.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf      S.951
- Krapf nimmt zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt Stellung, der am 20. Februar 1963 in Genf und – mit geringfügigen Änderungen – erneut während der Teststopp-Verhandlungen in Moskau vorgelegt wurde. Er führt aus, daß darin als „Anwendungsbereich“ lediglich die beiden Militärbündnisse genannt und damit sowohl die DDR als auch Polen „einschließlich der Oder-Neiße-Gebiete“ Vertragspartner würden. Krapf bekräftigt die ablehnende Haltung der Bundesrepublik gegenüber jeder Form einer Nichtangriffsvereinbarung, da die deutsche Teilung sowie der polnische und der sowjetische Besitzstand in den Ostgebieten des Deutschen Reiches konsolidiert würden. Die Bundesregierung sei allenfalls bereit, frühere Erklärungen über einen Gewaltverzicht zu wiederholen, wenn im Gegenzug das Selbstbestimmungsrecht für Deutschland anerkannt und als Ziel westlicher Politik herausgestellt würde. Zudem müßte die UdSSR einer Berlin-Regelung zustimmen, mit der die Freiheit und Lebensfähigkeit der Stadt stabilisiert und der Zugang verbessert sowie der Weg zu einer späteren Wiedervereinigung offengehalten würden.
- 286      08.08.    Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken      S.953
- Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung“ legt dar, daß gegen eine westliche Initiative in der Deutschland-Frage derzeit erhebliche Bedenken bestünden, da jede Friedensregelung, die die Bundesrepublik und die DDR gleichermaßen einbeziehe, die sowjetische These von der Existenz zweier deutscher Staaten stärke. Da jedoch der UdSSR nicht die Initiative überlassen werden könne, tritt Oncken dafür ein, eine Anregung des amerikanischen Außenministers Rusk aufzugreifen und den bislang unveröffentlichten revidierten Friedensplan von 1961 in überarbeiteter Form in die Diskussion einzuführen. Dies würde nicht nur die Entschlossenheit des Westens in der Deutschland- und Berlin-Frage deutlich machen, sondern auch eine Basis für deutschlandpolitische Forderungen darstellen, mit denen einer sowjetischen Offensive in der Frage eines Nichtangriffsabkommens begegnet werden könnte.
- 287      08.08.    Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schmidt-Pauli      S.957
- Der Leiter des „Büro Staatssekretär“ weist darauf hin, daß die UdSSR bei einer Beteiligung der Bundesrepublik an einer MLF oder „einem anderen multilateralen Projekt“ unter Berufung auf Artikel 4 des Teststopp-Abkommens mit Kündigung drohen und damit die Bundesrepublik unter Druck setzen könne. Er regt daher an, die USA sollten in den in Moskau laufenden Gesprächen die sowjetische Seite darauf festlegen, daß Projekte wie die MLF keinen Kündigungsgrund darstellten.



- 290      09.08.    Botschafter Knapstein, Washington, an Staatssekretär Carstens      S.965

Knapstein berichtet über eine Demarche im amerikanischen Außenministerium. Er habe darum gebeten, die öffentliche Ankündigung eines Abzugs von amerikanischen Truppenteilen aus Berlin wegen der zeitlichen Nähe zum Abschluß des Teststopp-Abkommens zu verschieben. Von amerikanischer Seite sei daraufhin betont worden, daß es sich nicht einfach um einen Abzug von Mannschaften, sondern um eine weltweite Reorganisation der amerikanischen Streitkräfte handle, die die Kampfkraft und Einsatzschnelligkeit erhöhe. Die Truppenstärke sei in Berlin selbst nach der beabsichtigten Verringerung immer noch um 700 Soldaten höher als vor dem Bau der Mauer. Unter Hinweis auf eine zuvor erfolgte Konsultation des Auswärtigen Amtes habe sich der Leiter der Europa-Abteilung, Tyler, nicht imstande gesehen, dem von Knapstein vorgebrachten Wunsch zu entsprechen.

- 291      10.08.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk      S.968

Nach einer Erörterung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen wenden sich die Gesprächspartner dem Teststopp-Abkommen zu. Rusk macht darauf aufmerksam, daß die amerikanische Regierung darin keineswegs den Beginn einer allgemeinen Entspannung sehe, zumal weder ein Nichtangriffsabkommen noch eine Lösung der Berlin- und Deutschland-Frage in Sicht seien. Adenauer bittet daraufhin den amerikanischen Außenminister, die geplante Verringerung des amerikanischen Truppenkontingents in Berlin (West) um 600 Soldaten zu verschieben. Unter Hinweis auf den starken symbolischen Wert der amerikanischen militärischen Präsenz in Berlin spricht der Bundeskanzler von einem „ernsten politischen Fehler“, der den Erfolg des Besuchs des Präsidenten Kennedy zerstören und durch seine zeitliche Nähe zum Teststopp-Abkommen wie ein „Kompliment“ an Ministerpräsident Chruschtschow wirken würde. Rusk betont dagegen den rein organisatorischen Charakter der Maßnahme, die zudem die Einsatzbereitschaft der amerikanischen Garnison erhöhen werde. Abschließend trägt der ebenfalls anwesende Bundesminister Schröder den im Bundeskabinett noch nicht behandelten Vorschlag des Auswärtigen Amtes zur Lösung des Deutschland-Problems vor. Eine Veröffentlichung zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei trotz amerikanischer Bedenken angebracht, um nicht der UdSSR die Initiative in der Deutschland-Frage zu überlassen.

- 292      10.08.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk      S.976
- Adenauer betont, daß das Teststopp-Abkommen wegen seiner möglichen deutschlandpolitischen Folgen große Bedeutung für die Bundesrepublik habe. Es sei daher noch nicht entschieden, ob die Bundesregierung es unterzeichnen werde. Im Gegensatz zum amerikanischen Vorschlag vom August 1962 seien in der jetzigen Fassung drei Depositarmächte vorgesehen, und die für den Inhalt des Abkommens überflüssigen Worte „in Ausübung ihrer nationalen Souveränität“ seien in die Rücktrittsklausel eingefügt worden. Damit werde der DDR als Unterzeichnerin des Abkommens nationale Souveränität bescheinigt. Rusk erläutert, daß man mit dem Abkommen vor allem die Volksrepublik China binden wolle. Dies habe einen „gewissen Einfluß“ auf die Einbeziehung der DDR gehabt. Abschließend wird die amerikanische Rechtsauffassung zur Teilnahme der DDR am Abkommen dargelegt. Die diplomatisch nicht anerkannten „ostdeutschen Behörden“ würden nicht in Vertragsbeziehungen mit den USA eintreten, sondern nur die einseitige Verpflichtung übernehmen, das Abkommen zu befolgen. Die amerikanische Regierung werde dies in einer Note herausstellen, falls die UdSSR versuchen sollte, die Unterschriftsleistung der DDR offiziell anzuzeigen.
- 293      10.08.    Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt      S.985
- Blankenhorn berichtet von der Übergabe des Vorschlags des Auswärtigen Amtes zur Lösung des Deutschland-Problems an den Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium. Lucet warf die Frage auf, ob der Plan der sowjetischen Regierung gesondert oder im Rahmen der laufenden Besprechungen über ein Nichtangriffsabkommen unterbreitet werden solle. Mit Blick auf Artikel 16 des Vorschlags bat Lucet um Mitteilung, ob die dort vorgesehene Prüfungsbefugnis der Viermächte-Kommission bedeute, daß die Entscheidung über die Zugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands zu einem militärischen Bündnis bei den Vier Mächten verbleiben solle.
- 294      12.08.    Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt      S.987
- Staatssekretär Carstens gibt einen Überblick über die Entstehungsgeschichte des Vorschlags des Auswärtigen Amtes zur Lösung des Deutschland-Problems. Gegenüber dem Herter-Plan von 1959 sei neu, daß drei gemischte Fachkommissionen vorgesehen seien. Diese seien nach dem Vorbild der Leopold-Behrendt-Gespräche konzipiert und hätten keinen quasi-parlamentarischen Charakter wie der seinerzeit geplante Gemischte Deutsche Ausschuß. Gegen den Vorschlag wird vom Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Hopf, eingewendet, daß er weitgehende Vorleistungen gegenüber „dem Osten“ enthalte. Hinsichtlich der Präsentation besteht

zwischen den Teilnehmern Übereinstimmung, daß es zweckmäßig sei, eine gleichzeitige „Wohllollenserklärung“ der Verbündeten herbeizuführen. Abschließend kommt man überein, die Formulierungen des Vorschlags, die die Fortdauer der Rechte der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Gesamt-Berlin bis zu einem Friedensvertrag betreffen, auf ihre Übereinstimmung mit der aktuellen Rechtslage hin zu prüfen.

- 295      12.08.    Vermerk des Staatssekretärs Carstens S.989
- Aus Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Rusk über mögliche Auswirkungen der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die DDR hält Carstens folgende Punkte fest: Nach amerikanischer Auffassung entstünden keine Vertragsbeziehungen zwischen den USA und der DDR; eine Notifizierung seitens der UdSSR über die Unterschriftsleistung werde nicht entgegengenommen. Alle die DDR nicht anerkennenden Regierungen würden entsprechend unterrichtet werden.
- 296      13.08.    Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des S.990  
Deutschland-Problems
- In der von Bundesminister Schröder an den Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, übermittelten Kabinettsache werden die Unterschiede zwischen der neuen Initiative und dem Herter-Plan von 1959 herausgestellt, die vor allem in einer stärkeren Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse der UdSSR und der osteuropäischen Staaten sowie in der Bildung von drei gemischten Kommissionen mit „von der Bundesregierung und von den Behörden der sog. DDR“ zu benennenden Beamten lägen. Als Anlage ist die deutsche Fassung eines von den Westmächten an die UdSSR zu richtenden „Vorschlags zur Lösung wesentlicher Deutschland und die europäische Sicherheit betreffender Fragen“ beigefügt, in der die Komplexe Viermächte-Kommission, Berlin, gesamtdeutsche Angelegenheiten und europäische Sicherheit behandelt werden.
- 297      13.08.    Vermerk des Staatssekretärs Carstens S.997
- Carstens faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen und dem britischen Botschafter sowie dem französischen Gesandten zusammen. Der Staatssekretär sprach mit McGhee, Roberts und de Courson de la Villeneuve über den Ausbau eines sich in sowjetischem Besitz befindlichen Gebäudes in der Lietzenburgerstraße in Berlin (West), über Kontakte zwischen dem Senat von Berlin und den Stellvertretern der drei westlichen Stadtkommandanten sowie über den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems. Als Antwort auf amerikanische und britische Einwände gegen diese Initiative betonte Carstens die Notwendigkeit, der deutschen Öffentlichkeit das Interesse der Bundesregierung an einer Überwindung der Teilung zu demonstrieren.



desregierung, durch die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den Ostblock-Staaten deren Bindungen an die UdSSR zu lockern und gewissermaßen „eine Entspannungspolitik hinter dem Rücken der SBZ“ zu betreiben. Er weist auf die Befürchtung hin, daß die Entspannungspolitik zu einem Nachlassen der Verteidigungsbereitschaft führen könnte. Macmillan hebt hervor, daß es sich beim Teststopp-Abkommen um einen bedeutenden Schritt in Richtung auf eine Beendigung des Wettrüstens handele.

- 301      14.08. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem      S.1020  
 britischen Außenminister Lord Home in London

Lord Home erläutert die britischen Bedenken gegen das Projekt einer MLF und verweist auf große finanzielle Belastungen sowie auf Schwierigkeiten bei der Einführung gemischter Besetzungen. Überhaupt verspreche er sich von einer MLF „keine integrierende, sondern eher eine spaltende Wirkung“, da die Kontrolle über den Einsatz der Streitmacht bei den USA verbliebe. Schröder läßt keinen Zweifel daran, daß er der MLF entscheidende politische und psychologische Bedeutung beimißt. Um den britischen Bedenken Rechnung zu tragen, schlägt er zum einen eine Kombination von U-Booten und Überwasserschiffen, zum anderen eine Verbindung von multilateraler und eigener „Abschreckungsmacht“ vor, so daß „ein gemeinsamer Besitz geschaffen würde, das Eigentum an einem Teil desselben aber doch erhalten bliebe“. Der Bundesminister macht auf die Gefahr aufmerksam, daß Staatspräsident de Gaulle die Unterstützung der Bundesrepublik für eigene militärische Pläne zu gewinnen suche. Es könnte dann zu einer Gruppierung Frankreich/Bundesrepublik und USA/Großbritannien mit negativen Auswirkungen auf Europa und auf die atlantische Politik kommen.

- 302      14.08. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder      S.1024

Carstens teilt mit, daß nach Ansicht des Chefs des Bundeskanzleramtes die vom Bundeskabinett festgelegten Voraussetzungen für einen Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen gegeben seien. Der Gedanke, die Bundesrepublik solle nur in Washington und London unterzeichnen, in Moskau dagegen nur nach Inkrafttreten des Abkommens beitreten, um zu verhindern, daß die Unterschrift der Bundesrepublik „neben der Unterschrift der SBZ auf demselben Papier“ erscheine, sei im Auswärtigen Amt verworfen worden. Carstens hält es in Übereinstimmung mit Globke für sinnvoll, eine für den 16. August 1963 vorgesehene Erörterung des Vorschlags zur Lösung des Deutschland-Problems durch das Kabinett zurückzustellen. Gegenüber den vom Vorsitzenden der CSU, Strauß, für diesen Tag zusammengerufenen CDU/CSU-Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages



jedem Fall ein Interesse an der Einbindung der DDR bestehe. Dazu gehöre die Frage der gegenseitigen militärischen Inspektionen. Hier müsse verhindert werden, daß die auf Viermächte-Vereinbarungen beruhenden Militärmissionen in Deutschland auf eine andere Rechtsbasis gestellt würden. Letzteres würde der DDR erlauben, „aus eigenem Recht“ Inspektionen zu gewähren und so einen weiteren Schritt zu ihrer Aufwertung zu tun. Abschließend betont Barzel, der Westen müsse zu diesen Fragen eine „Gesamtplanung“ sowie eigene Initiativen entwickeln.

- 306      16.08.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S.1034

Zur Vorbereitung eines Gesprächs mit dem zukünftigen Bundeskanzler, Bundesminister Erhard, legt Carstens einen Fragenkatalog zu den Komplexen Ost-West-Beziehungen und Deutschlandpolitik vor. Neben der Bewertung der amerikanischen Politik gegenüber der UdSSR und sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Außenpolitik der Bundesrepublik steht das Problem im Mittelpunkt, ob an der bisherigen Politik der Nichtanerkennung gegenüber der DDR trotz gewisser Rückschläge festgehalten werden solle bzw. welche Initiativen in den Fragen der Wiedervereinigung und der Oder-Neiße-Linie ergriffen werden könnten.

- 307      17.08.    Bundeskanzler Adenauer an Bundesminister Schröder      S.1038

Adenauer berichtet über eine Unterredung mit dem Leiter der Israel-Mission. Er habe Botschafter Shinnar erklärt, daß er für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel eintrete und diese noch während seiner Amtszeit herzustellen wünsche. Voraussetzung sei, daß ein entsprechender Schritt in Israel nicht auf Schwierigkeiten stoße.

- 308      17.08.    Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk      S.1039

Schröder teilt mit, daß das Bundeskabinett am 16. August 1963 einstimmig beschlossen habe, das Teststopp-Abkommen in Washington, London und Moskau zu unterzeichnen. Er zeigt sich überzeugt, daß auch Bundestag und Bundesrat mit großer Mehrheit zustimmen werden. In Anbetracht der nicht befriedigenden Information der Bundesregierung während der Verhandlungen zum Teststopp-Abkommen bittet er nun um eine frühzeitige Unterrichtung über die bevorstehenden Sondierungsgespräche zu den Ost-West-Beziehungen. Auch über die Abrüstungsverhandlungen in Genf sei die Bundesregierung nicht gut informiert. Abschließend weist Schröder auf die deutschen Bedenken gegen ein Nichtangriffsabkommen sowie gegen die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten hin.

- 309**     17.08. Bundesminister Schröder an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris     S.1041
- Schröder informiert über die erheblichen Bedenken des Bundeskabinetts gegen ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt; es bestehe die Gefahr, daß die Bereitschaft der Bevölkerung der NATO-Staaten, im Interesse der Verteidigung „große finanzielle und sonstige Opfer auf sich zu nehmen“, nachlassen würde. Bei der bevorstehenden Erörterung eines solchen Übereinkommens im Ständigen NATO-Rat solle daher zunächst auf die Behandlung der grundsätzlichen Probleme gedrängt werden.
- 310**     17.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens     S.1042
- Carstens gibt eine Mitteilung des Chefs des Bundeskanzleramtes über die Absicht des Bundeskanzlers Adenauer wieder, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Carstens machte Globke auf die Bedenken des Auswärtigen Amtes aufmerksam und betonte die Notwendigkeit einer Rücksprache mit Bundesminister Schröder.
- 311**     19.08. Bundeskanzler Adenauer an den amerikanischen Außenminister Rusk     S.1044
- Angesichts der bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche über die Ost-West-Beziehungen, bei denen für die Bundesrepublik entscheidende Fragen besprochen würden, bittet Adenauer den amerikanischen Außenminister um so rechtzeitige und umfassende Konsultation, daß die Ansichten der Bundesregierung noch in die Besprechungen einfließen könnten.
- 312**     19.08. Runderlaß des Ministerialdirigenten Keller     S.1045
- Die Vertretungen in Afrika werden über neuere Empfehlungen der UNO für wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika und Portugal unterrichtet. Kritik aufgrund der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen beiden Staaten sei mit dem Hinweis zurückzuweisen, daß die Einschränkung individueller Freiheit der Staatsbürger und „eine für verderblich gehaltene Politik“ bei dem jeweiligen Handelspartner kein Anlaß seien, Handelsbeziehungen abzubrechen. Im Falle Südafrikas seien deutsche Rüstungslieferungen weder erfolgt noch vorgesehen; für Portugal gelte die Endverbleibsklausel, die einen Einsatz der Rüstungsgüter ausschließlich im Mutterland zulasse.
- 313**     21.08. Staatssekretär Lahr an die Botschaft in Washington     S.1047
- Lahr nimmt zu der in Washington aufgeworfenen Frage Stellung, ob eine Veröffentlichung des Vorschlags des Auswärtigen Amtes zur Lösung des Deutschland-Problems angestrebt werde. Eine Publizierung empfehle sich selbst dann, wenn

keine Ost-West-Verhandlungen über den Plan zustande kämen, weil nämlich sowohl gegenüber der UdSSR als auch gegenüber der eigenen und der westlichen Öffentlichkeit der Wille zur Wiedervereinigung nachdrücklich herausgestellt werden solle. Da es sich um eine deutsche Initiative handele, sei es nicht erforderlich, daß sich die drei Westmächte mit jeder Einzelheit identifizierten. Allerdings sollten sie den Vorschlag, der im übrigen keinen Passus von politischer Bedeutung enthalte, dem die drei Westmächte nicht bereits zu irgendeinem früheren Zeitpunkt zugestimmt hätten, öffentlich begrüßen. Wenn in der Washingtoner Botschaftergruppe keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten über Inhalt und Verwendung des Vorschlags bestünden, solle dieser dem Ständigen NATO-Rat vorgelegt werden.

- 314      21.08.    Gesandter Scholl, Moskau, an das Auswärtige Amt      S.1050

Scholl berichtet von der Übermittlung der Erklärung der Bundesregierung anlässlich ihrer Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens am 19. August 1963. Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kusnezow lehnte die Entgegennahme des Aide-mémoires wegen des darin zum Ausdruck gebrachten Alleinvertretungsanspruchs ab und hob hervor, die Existenz zweier deutscher Staaten sowie des westlichen Teils von Berlin als selbständige politische Einheiten könne nicht widerlegt werden. Scholl betonte demgegenüber, daß die britische und die amerikanische Regierung nach Unterzeichnung des Abkommens die gleiche Rechtsauffassung wie die Bundesregierung eindeutig zum Ausdruck gebracht hätten.

- 315      23.08.    Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt      S.1053

Auf der Besprechung zwischen Vertretern des Auswärtigen Amtes und weiterer Ministerien werden der sowjetische Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens und die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten diskutiert. Ein Nichtangriffsabkommen wird als sowjetisches Mittel betrachtet, „den Westen aufzuweichen“. Eine annehmbare Gegenleistung für eine Zustimmung des Westens, etwa durch „handfeste“ Garantien für Berlin, sei ohnehin nicht zu erwarten. Aus taktischen Gesichtspunkten solle die Zurückweisung des Vorschlags allerdings nicht mit deutschlandpolitischen, sondern mit „allgemein gültigen“ Argumenten begründet werden. Gegen Beobachtungsposten sprechen sich die Vertreter der Ressorts wegen militärischer Bedenken und wegen der möglichen Gefährdung der inneren Sicherheit in den NATO-Staaten durch „subversive Tätigkeiten“ der als Beobachtungsposten verwendeten Offiziere des Warschauer Pakts aus. Auf keinen Fall dürften „SBZ-Offiziere“ im Westen eingesetzt werden.

- 316      26.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haefthen      S.1057
- Vor dem Hintergrund offensichtlicher amerikanischer und britischer Bemühungen um eine möglichst weltweite Beteiligung an entspannungspolitischen Übereinkommen setzt sich Haefthen mit der Frage auseinander, wie die DDR in künftige multilaterale Abkommen einbezogen werden könnte, ohne daß damit ihre Anerkennung als Staat und Völkerrechtssubjekt impliziert würde. Für international nicht durchsetzbar hält er den Abschluß von Abrüstungsvereinbarungen in Form eines amerikanisch-sowjetischen „Dachvertrages“, dem sich dann bilaterale Verträge zwischen einer der beiden „Führungsmächte“ und einzelnen Staaten ihrer jeweiligen „Einflußsphäre“ anschließen sollten. Der Leiter der Rechtsabteilung schlägt vielmehr eine Klausel vor, nach der ein Beitritt zu einem Abkommen „governments including non-recognized authorities“ offenstände. Er hält es aber für schwierig, eine solche Formulierung gegenüber der UdSSR durchzusetzen, nachdem die USA und Großbritannien im Teststopp-Abkommen bereits eine Allstaatenklausel akzeptiert hätten.
- 317      26.08. Staatssekretär Lahr an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris      S.1060
- Lahr weist die Vertretung an, im Ständigen NATO-Rat die Haltung der Bundesregierung gegen den sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt darzulegen, und übermittelt Argumente zur Untermauerung des deutschen Standpunktes. Unter Hinweis auf die zwischen 1926 und 1932 von sowjetischer Seite gebrochenen Nichtangriffsverträge stellt er die Gefahren eines Nachlassens der westlichen Verteidigungsbereitschaft und eines Anwachsens neutralistischer Tendenzen heraus. Er befürchtet, daß sich die UdSSR aufgrund eigener, im Gegensatz zu westlichen Definitionen stehender Auslegungen von Begriffen wie „Angriff“ oder „Kriegspropaganda“ nun mit Hilfe eines Nichtangriffsabkommens Interventionsmöglichkeiten in die inneren Angelegenheiten der NATO-Staaten schaffen könnte. Ein Nichtangriffsabkommen sei aber nur im Kontext einer politischen Regelung und nicht in dem beschränkten Rahmen regionaler militärischer Maßnahmen möglich.
- 318      27.08. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Adenauer, z.Z. Cadenabbia      S.1063
- Schröder nimmt zur Absicht des Bundeskanzlers Adenauer Stellung, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Er weist darauf hin, daß die Bundesregierung ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen würde, da sie noch im April 1963 offiziell erklärt habe, ihre Haltung zu Israel werde sich nicht ändern. Weiterhin warnt er davor, daß ein solcher Schritt von den arabischen Staaten mit der diplomatischen Anerkennung der DDR beantwortet werden würde. Dann aber wäre die Hall-

stein-Doktrin nicht mehr zu halten, weil zusätzlich mit „Kettenreaktionen mindestens in der neutralen Welt“ gerechnet werden müsse.

- 319      27.08.    Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das                      S.1065  
                    Auswärtige Amt

Lilienfeld berichtet über Reaktionen im amerikanischen Außenministerium auf den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems. Die USA würden einer Veröffentlichung des vollen Wortlauts vermutlich nicht zustimmen, da die UdSSR gegenwärtig kein Interesse an einer umfassenden Erörterung der Deutschland-Frage zeige. Eine Publizierung zum augenblicklichen Zeitpunkt würde ein „gutes Verhandlungspapier“ zu mehr oder weniger propagandistischen Zwecken preisgeben, das anschließend als Grundlage für Verhandlungen nicht mehr brauchbar wäre. Es scheine daher erfolgversprechender, Einzelmaßnahmen wie die Forderung nach „Bewegungsfreiheit“ innerhalb Deutschlands oder die Errichtung der im Vorschlag genannten gemischten deutsch-deutschen Kommissionen als mögliche „openings“ für Gespräche hervorzuheben. Zudem habe die amerikanische Regierung nichts gegen eine Veröffentlichung grundsätzlicher deutschlandpolitischer Forderungen und Vorschläge der Bundesregierung in Form einzelner Thesen oder in einer Rede einzuwenden. Abschließend rät Lilienfeld von einem selbständigen Vorgehen auf der Grundlage eines nicht voll mit Großbritannien und den USA abgestimmten Vorschlags ab.

- 320      27.08.    Botschafter Dittmann, Tokio, an das Auswärtige Amt                      S.1069

Der Botschafter analysiert den japanischen Entschluß zur Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens, der auf „sanften Druck“ der USA sowie auf Drängen der öffentlichen Meinung zustande gekommen sei. Die japanischen Vorbehalte gegen das Abkommen gründeten sich zum einen auf die Tatsache, daß unterirdische Versuche ausgeklammert seien, zum anderen auf die Überzeugung, daß auf diese Weise die „Atomgroßmächte“ lediglich ihr Kernwaffenmonopol zu sichern suchten, ohne die Gefahr nuklearer Auseinandersetzungen zu mindern. Besonders der UdSSR gehe es nach japanischer Auffassung darum, sich durch diesen außenpolitischen Erfolg eine Atempause für innenpolitische Konsolidierungen zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund habe die japanische Regierung den Überlegungen der Bundesregierung zu einer Unterzeichnung des Abkommens großes Verständnis entgegengebracht.

- 321      28.08.    Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, an                      S.1074  
                    Bundesminister Schröder

Adenauer weist den am 13. August 1963 als Kabinettsache vorgelegten Vorschlag zur Lösung des Deutschland-Problems zurück; er empfiehlt außerdem, die Beratung in der Washingtoner Botschaftergruppe bis nach den amerikanischen Präsi-

dentschaftswahlen im November 1964 zu stoppen. Der Vorschlag des Auswärtigen Amts erkenne Sicherheitsinteressen der Ostblock-Staaten an, und seine Verwirklichung käme aufgrund der Möglichkeit, daß die Souveränität einer gesamtdeutschen Regierung punktuell eingeschränkt bleiben könnte, einer Diskriminierung gleich; als Folge würde Deutschland „auf unabsehbare Zeit eine Macht zweiten Ranges“ bleiben.

- 322      30.08.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer      S. 1075

Reinkemeyer nimmt zur Empfehlung des Bundeskanzlers Adenauer vom 28. August 1963 Stellung, die Beratung des Vorschlags zur Lösung des Deutschland-Problems in der Washingtoner Botschaftergruppe zu stoppen. Schon aufgrund der erheblichen Bedenken, die von amerikanischer und britischer Seite gegen eine Veröffentlichung des Vorschlags vorgebracht worden seien, werde es zu einem Ende der Erörterungen kommen. Reinkemeyer regt an, durch eine Rede des Bundesministers Schröder der Öffentlichkeit den Willen zur Wiedervereinigung zu demonstrieren und dabei den Inhalt des Plans in großen Zügen darzustellen. Auf die von Bundeskanzler Adenauer besonders beanstandete Passage könnte ohne weiteres verzichtet werden.

- 323      30.08.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer      S. 1077

Reinkemeyer äußert sich zur beabsichtigten Einbeziehung Berlins in das Teststopp-Abkommen. Obwohl das Abkommen die alliierten Vorbehaltsrechte berühre und die bestehenden Rechtsvorschriften gegen eine Einbeziehung zu sprechen schienen, wolle die Bundesregierung dennoch nicht auf eine entsprechende Prüfung verzichten. Darüber habe er die Vertreter der drei Westmächte unterrichtet. Wegen der zurückhaltenden Reaktionen plädiert er dafür, den Senat von Berlin über die grundsätzlich positive Einstellung des Auswärtigen Amts hinsichtlich einer Einbeziehung von Berlin zu informieren, im übrigen aber die Stellungnahme der drei westlichen Stadtkommandanten abzuwarten.

- 324      01.09.    Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, an Bundesminister Schröder      S. 1079

Adenauer stellt klar, daß er gegenüber dem Leiter der Israel-Mission nicht erklärt habe, er wolle „nunmehr“ diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen. Er habe lediglich seine positive Haltung gegenüber einem solchen Schritt zum Ausdruck gebracht und Shinnar eine Überprüfung dieser Frage zugesichert.

- 325      02.09.    Gespräch des Abgeordneten Dehler mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau      S. 1080

Der FDP-Abgeordnete und Bundestagsvizepräsident plädiert für eine Überwindung der deutschen Teilung im Rahmen einer

umfassenden Befriedung Mitteleuropas. Zur Ausarbeitung eines Vertrags, der alle „schwebenden Fragen“ der Region lösen sollte, schlägt er eine Konferenz der Vier Mächte unter Beteiligung der Bundesrepublik und der DDR vor. Sowohl der legitime Anspruch der UdSSR auf Berücksichtigung ihrer Sicherheitsinteressen – z.B. durch Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa – als auch der deutsche Wunsch nach Wiedervereinigung müßten dabei zugrunde gelegt werden. Während Dehler die Auffassung vertritt, daß ein Friedensvertrag nur mit einem wiedervereinigten Deutschland geschlossen werden könne, erklärt Gromyko, die sowjetische Haltung zur deutschen Zweistaatlichkeit sei „hart wie Granit“. Ein auch von ihm befürworteter Friedensvertrag müsse die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen juristisch fixieren, d.h. sowohl die Souveränität der DDR bestätigen, als auch den Status von Berlin (West) als den einer freien demilitarisierten Stadt festlegen. Über eine Wiedervereinigung müßten die beiden deutschen Staaten miteinander verhandeln. Unter dem Aspekt der Friedenssicherung bezeichnet er die Teilung Deutschlands als einen „Segen“.

326      03.09.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haefthen      S. 1092

Haefthen äußert sich zu den seit dem Bau der Mauer gegen die Einwohner der DDR verhängten Reisebeschränkungen. Er weist auf die zweiseitige, die Spaltung Deutschlands vertiefende Wirkung der Temporary-Travel-Document-Sperre hin. Die von westlicher Seite erzwungene Abkapselung werde von den Künstlern und Intellektuellen der DDR „bitter empfunden“ und treibe diese mehr und mehr in die Arme der UdSSR. Als seine persönliche Ansicht empfiehlt Haefthen, die TTD-Sperre aufzuheben, soweit es sich um Reisen zu sportlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Zwecken handle und solange sichergestellt sei, daß die Einreisenden aus Mitteldeutschland weder als offizielle Delegation aufträten noch die „Spalterflagge“ zeigten noch Propaganda trieben.

327      03.09.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs      S. 1094

Sachs befaßt sich mit den Handelsbeziehungen zur Volksrepublik China. Er führt aus, daß der Westen an einer Aufrechterhaltung des „schwebenden Konflikts“ zwischen der UdSSR und China interessiert sei. Der Handel der Bundesrepublik mit China bedeute keine einseitige Parteinahme, weil dieser beträchtlich niedriger als der mit der UdSSR sei. Auch von amerikanischer Seite bestünden keine Einwände gegen einen Handel mit Waren außerhalb der COCOM-Liste, solange dabei keine langfristigen Zahlungsziele eingeräumt würden und die Abschlüsse nicht den Charakter von Entwicklungsdarlehen annähmen.



men mit NATO-Partnern, die Auswirkungen auf Frankreich haben könnten, im Sinne des deutsch-französischen Vertrags Konsultationen durchzuführen.

- 332 12.09. Botschafter Freiherr von Mirbach, z. Z. Budapest, an das Auswärtige Amt S. 1106

Mirbach informiert über ein Gespräch mit dem Leiter der ungarischen Verhandlungsdelegation. Er betonte gegenüber Beck, daß die Bundesregierung hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) in eine deutsch-ungarische Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen sowie in ein langfristiges Handelsabkommen nicht hinter die in den Abkommen mit Polen festgelegte Formel zurückgehen könne. Beck erwiderte, daß die „polnische Variante“ nicht in Frage komme, weil kein deutsch-ungarisches Zahlungsabkommen mit Berlin-Klausel bestünde. Er könne jedoch als „ungarische Variante“ die Aufnahme eines Passus in das Handelsabkommen zur Diskussion stellen, in dem durch die Erwähnung von Währungsformeln oder -gebieten der Geltungsbereich festgelegt würde. Weiterhin deutete Beck an, es werde sich auch hinsichtlich der Verklammerung der beiden Abkommen „noch ein Weg zeigen“.

- 333 13.09. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1109

Carstens hält fest, daß der Untersuchungsrichter beim Bundesgerichtshof die alliierten Oberbefehlshaber der in der Bundesrepublik stationierten Truppen um Stellungnahme zu der Frage gebeten habe, ob durch die Artikel des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vom 13. Juni und 10. Oktober 1962 die militärische Sicherheit gefährdet worden sei. Laut Auskunft des amerikanischen Hauptquartiers enthielten die Artikel keine militärischen Geheimnisse.

- 334 13.09. Aufzeichnung der Staatssekretäre Carstens und Lahr S. 1110

Zur Vorbereitung einer Besprechung des Bundesministers Schröder mit dem zukünftigen Bundeskanzler, Bundesminister Erhard, legen Carstens und Lahr einen Katalog von Fragen zu den Themen Europapolitik, Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, NATO sowie Entwicklungspolitik vor. Differenzen mit Frankreich hinsichtlich der Rolle der NATO, des Verhältnisses zu den USA sowie des europäischen Zusammenschlusses werden analysiert. Zukunft und Reformfähigkeit der NATO werden ebenso angesprochen wie grundsätzliche Alternativen zu diesem Bündnis. Die Staatssekretäre fragen ferner nach dem Nutzen eigener Auslandsstellen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Durchführung von Entwicklungshilfeforhaben sowie nach der Opportunität militärischer Ausrüstungshilfe.





- 342 17.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Papst Paul VI. in Rom S. 1133

Adenauer bittet den Papst, öffentlich klar gegen den Kommunismus Stellung zu beziehen. Vor allem der UdSSR, die eines Tages den Westen um wirtschaftliche Hilfe werde bitten müssen, dürfe man weder materielle noch geistige „Vorschubhilfen“ geben. Paul VI. bekräftigt die ablehnende Haltung der Kirche gegenüber dem Kommunismus, doch dürften sich bietende Möglichkeiten, die Lage der Christen in den osteuropäischen Staaten zu erleichtern, nicht zurückgewiesen werden. Er versichert, in der Oder-Neiße-Frage an der bisherigen Linie festhalten zu wollen. Der Bundeskanzler bittet, sich für eine positive Haltung Italiens zu Europa und zur NATO einzusetzen. Paul VI. bemerkt, die europäische Integration dürfe nicht durch eine übertrieben akzentuierte deutsch-französische Freundschaft belastet werden. Das „gegenwärtig so schwache“ Italien könnte sonst veranlaßt werden, sich nach anderen Partnern umzuschauen.

- 343 17.09. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder S. 1136

Lilienfeld berichtet über eine Unterredung mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten. Bundy hielt es für schwierig, dem deutschen Wunsch zu entsprechen und die Frage der Wiedervereinigung in die bevorstehende Rede von Kennedy vor der UNO einzubeziehen. Lilienfeld seinerseits mahnte mit Blick auf die amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche über Ost-West-Fragen und hinsichtlich möglicher weiterer Entspannungsmaßnahmen eine „volle und eingehende vorherige Konsultation“ an. So kurz nach dem Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß Druck hinsichtlich der Zustimmung zu weiteren Schritten ausgeübt werde. Bundy sicherte zu, die USA würden substantielle Gespräche mit der UdSSR – so über die Form eines etwaigen Nichtangriffsabkommens und über die Frage der Bodenbeobachtungsposten – erst nach ausführlichen Diskussionen im Rahmen der NATO und auf bilateraler Ebene mit der Bundesrepublik einleiten.

- 344 18.09. Runderlaß des Staatssekretärs Lahr S. 1139

Lahr informiert über die Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister am 17. September 1963 in Paris. Couve de Murville erläuterte die ablehnende Haltung Frankreichs zum Teststopp-Abkommen. Es stelle keine Maßnahme zur Abrüstung dar, sondern sei ein „politischer Vertrag“ und ein „Symbol der Entspannung“. Damit werde der UdSSR erlaubt, weitere Entspannungsmaßnahmen in die öffentliche Diskussion einzubringen und eine Änderung des Status quo zum Nachteil des Westens zu bewirken. Deshalb lehne die französische Regierung auch ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt sowie

eine Errichtung von Bodenbeobachtungsposten ab. Der Bundesminister legte demgegenüber dar, daß lediglich ein Nichtangriffsabkommen ohne „gewisse“ Fortschritte in der Deutschland- und Berlin-Frage nicht akzeptabel sei. Überhaupt dürfe die deutsche Politik „nicht im Immobilismus“ verharren. Hinsichtlich des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung der Deutschland-Frage stellte Couve de Murville fest, daß die französische Regierung einer deutschen Erklärung zur Wiedervereinigung anlässlich der bevorstehenden Regierungsbildung positiv gegenüberstehe. Abschließend betonte Schröder das Interesse an einer MLF, während Couve de Murville darauf hinwies, daß Frankreich alle Mittel für den Aufbau einer eigenen nuklearen Macht einsetze.

- 345**    18.09.    Runderlaß des Staatssekretärs Lahr S. 1142

Lahr gibt aus den Besprechungen des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister am 17. September 1963 in Paris den Gesprächspunkt „europäische Gemeinschaften“ wieder. Während Couve de Murville das Interesse an einer grundsätzlichen Festlegung der gemeinsamen Agrarpolitik bis Jahresende betonte, wies Schröder darauf hin, daß im Arbeitsprogramm der EWG vom 9. Mai 1963 als ebenso wichtiges Ziel die Einigung über die in der Kennedy-Runde zu behandelnden Fragen festgelegt sei. Couve de Murville befürwortete die Fusion der Hohen Behörde der EGKS sowie der EWG- und der EAG-Kommission unter der Voraussetzung, daß der Fusionsprozeß zügig vonstatten gehe und bis zu einer Vereinigung der drei Gemeinschaften fortgesetzt werde.

- 346**    19.09.    Staatssekretär Lahr an Bundesminister Schröder, S. 1144  
z. Z. Washington

Lahr empfiehlt Schröder, gegenüber dem amerikanischen Außenminister den „Hähnchenkrieg“ anzusprechen. Rusk sei darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung – trotz Bedenken seitens der deutschen Landwirtschaft – bereit sei, den Vorschlag der EWG-Kommission zur Senkung der Einfuhrbelastung um 11 Pfennig zu unterstützen. Eine Ablehnung dieses Angebots durch die amerikanische Regierung und die Verhängung von Retorsionsmaßnahmen gegen die EWG wären „verhängnisvolle Fehler“, die einen Handelskrieg zur Folge haben könnten und die Aussichten für die Kennedy-Runde verschlechtern würden. Nach Ansicht des Staatssekretärs könnten sich die USA jedoch vorbehalten, die Gespräche wieder aufzunehmen, falls sich das Angebot der EWG-Kommission in der Praxis nicht bewähren sollte.

- 347**    19.09.    Aufzeichnung der Politischen Abteilung I S. 1146

Die Politische Abteilung I weist den in einem Privatschreiben der in Ghana ansässigen Pilotin Hanna Reitsch erhobenen Vorwurf, die Eröffnung einer ghanaischen Handelsvertretung in Ost-Berlin sei eine Folge der „Ungeschicklichkeit“ des Bot-

schafters in Accra, in den wesentlichen Punkten zurück. Wahrscheinlichere Ursachen seien die pro-östliche Einstellung des Präsidenten Nkrumah und dessen Streben nach „Ungebundenheit“. Die von ghanaischer Seite vorgebrachte Behauptung, Reichhold habe sein Einverständnis mit der Errichtung der Handelsvertretung erklärt, erscheine unglaubwürdig. Da jedoch von einer Abkühlung in den Beziehungen zwischen Ghana und der Bundesrepublik auszugehen sei, solle ein Angehöriger der Zentrale nach Accra fahren, um vor Ort nach Möglichkeiten für eine Verbesserung der Beziehungen zu suchen.

- 348      20.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Bundy in Washington      S. 1150

Im Hinblick auf künftige Ost-West-Verhandlungen warnt Schröder vor Abmachungen, „welche die deutsche Frage in den Eisschrank legen, an ihr vorbeigehen oder den Status quo zementieren“. Der Bundesminister macht darauf aufmerksam, daß der Westen weiterhin Freiheit und Selbstbestimmung für die Deutschen und für die Bevölkerung der Ostblock-Staaten fordern müsse, „sonst trage er nur zur Beerdigung dieser Völker und eines Tages zu seiner eigenen Beerdigung bei“. Bundy zeigt sich überzeugt, daß die amerikanische Regierung nicht in eine Euphorie verfallen sei und die begrenzte Bedeutung des Teststopp-Abkommens mit Blick auf weitere Vereinbarungen mit der UdSSR realistisch einschätze. Schröder betont die Bedeutung eines engen Kontaktes zwischen dem zukünftigen Bundeskanzler und der amerikanischen Regierung. Kräften innerhalb der Bundesregierung, die Erhard raten könnten, mit den USA „nicht zu intim“ zu werden, müsse entgegengewirkt werden. In diesem Zusammenhang spricht der Bundesminister die Umorganisation der amerikanischen Streitkräfte an. Er selbst neige dazu, die Dinge „mit den Augen von Herrn McNamara“ zu sehen. Schröder bestätigt dem amerikanischen Sicherheitsberater, daß die deutsche Öffentlichkeit anders reagieren würde, wenn statt Kampftruppen nur Versorgungseinheiten und statt Truppenteilen aus der Bundesrepublik bevorzugt solche aus Großbritannien und Frankreich abgezogen würden.

- 349      20.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington      S. 1158

Schröder äußert sich zur Entspannungspolitik. Seiner Ansicht nach verfolgt die UdSSR die Taktik, die Bundesrepublik und die Republik China (Taiwan) zu „Störenfrieden“ abzustempeln, die die Lösung strittiger Ost-West-Fragen verhinderten. Eine deutsche Beteiligung an Entspannungsmaßnahmen setze voraus, daß diese keine Verhärtung, sondern eine Verbesserung des Status quo zum Ziel hätten; daher müsse eine intensive und auch für die Öffentlichkeit sichtbare Konsultation mit der Bundesrepublik stattfinden. Anders als die französi-

sche Regierung befürworte er eine „Politik der Bewegung“, die nach neuen politischen Wegen suche, ohne jedoch die „eigentlichen Ziele“ aus den Augen zu verlieren. Im Gegensatz zum amerikanischen Außenminister, der eine Verbesserung des Status quo nur bei einem Nachlassen der Ost-West-Spannung für möglich hält, betont Schröder, daß die angespannte internationale Lage die Frage einer Wiedervereinigung zumindest offenhalte, während eine Entspannung dazu führen könnte, daß sie „verschwinde“. Anschließend legt der Bundesminister den italienischen Gedanken einer möglichen späteren Europäisierung von Teilen der MLF dar, wobei allerdings nicht an eine von den USA unabhängige Streitmacht gedacht sei. Rusk seinerseits äußert Skepsis gegenüber der Vorstellung, die UdSSR könne durch wirtschaftlichen Druck zu politischen Zugeständnissen bewegt werden, beurteilt jedoch die Politik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten positiv. Schröder erläutert die Absicht, zwischen die DDR und die UdSSR einen „Gürtel“ von Staaten mit Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik zu legen, um so eine Lockerung des „stalinistischen Systems“ der DDR zu bewirken.

350      20.09.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 1173

Lahr faßt ein Gespräch mit dem Leiter der jugoslawischen Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen zusammen. Der Staatssekretär hob hervor, daß die Möglichkeiten für eine Fortsetzung der unterbrochenen Verhandlungen geprüft werden sollten. Die Bundesregierung habe zum einen den Wunsch, über eine Verbesserung von Wirtschaftsbeziehungen zu einer Auflockerung der politischen Verhältnisse in Ost- und Südosteuropa zu gelangen, zum anderen sei ihr Spielraum dadurch eingeschränkt, daß Jugoslawien diplomatische Beziehungen zur DDR unterhalte. Dies behindere auch die geforderte Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus. Die Wiedergutmachungspolitik, deren humanitärem Aspekt man sich nicht verschließen wolle, beruhe darauf, daß sich die Bundesrepublik als Nachfolgerin des Deutschen Reiches betrachte; diese Auffassung habe Jugoslawien jedoch 1957 mit der Anerkennung der DDR zurückgewiesen. Lahr kommt zu dem Schluß, daß Drndić in beschränktem Rahmen weiterverhandeln werde; jedoch müsse geprüft werden, ob das nicht sehr verlockende wirtschaftliche Angebot vom Juli 1963 an Jugoslawien verbessert werden könne.

351      20.09.    Generalkonsul Böx, Helsinki, an das Auswärtige Amt      S. 1177

Der Leiter der Handelsvertretung in Helsinki teilt mit, die finnische Regierung habe den Vorschlag, ihre Handelsvertretung in der Bundesrepublik umzubenennen, aufgegeben. Finnland nehme es folglich in Kauf, daß seine Vertretung künftig mit der Polens gleichgesetzt werden könne. Möglicherweise werde damit die Hoffnung verbunden, daß Finnland die Beziehungen zur Bundesrepublik unverändert beibehalten könne, selbst wenn es einmal unter sowjetischem Druck die DDR werde an-



rung“ der beiden Staaten auf militärischem Gebiet getan werden könne. Er betont, die Situation Frankreichs und der Bundesrepublik in der NATO sei unnormal, weil sie nicht als eigenständige Mächte handeln könnten. Da sie nunmehr – anders als bei der Gründung des Atlantischen Bündnisses – über eine gewisse militärische Macht verfügten, sei eine Stärkung ihrer Stellung innerhalb der Allianz erforderlich. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung werde automatisch an Bedeutung gewinnen, je mehr „Frankreich seine Mittel und Streitkräfte in die Hand bekomme“ und je mehr sich die USA „in Wirklichkeit etwas“ aus Europa zurückzögen. Der Bundeskanzler will prüfen, ob sich im Bundesministerium der Verteidigung eine Stelle zur Förderung der deutsch-französischen militärischen Kooperation einrichten lasse.

- 355      21.09. Ausführungen des Bundeskanzlers Adenauer in Rambouillet      S. 1187

Adenauer analysiert die wirtschaftliche Lage der UdSSR und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten westlicher Außenpolitik. Seiner Meinung nach hat sich die UdSSR mit der Aufrüstung gegen den Westen sowie gegen die Volksrepublik China und mit der Entwicklung ihrer Wirtschaft, vor allem der industriellen Erschließung Ostsibiriens, Aufgaben gestellt, die sie ohne fremde Hilfe nicht bewältigen kann. Dies gelte in besonderem Maße für den geplanten Aufbau der chemischen Industrie, für den im westlichen Ausland bereits Fabrikanlagen bestellt worden seien. Der Westen dürfe bei der Überwindung dieser „Kalamitäten“ erst dann helfen, wenn die sowjetische Regierung greifbare Beweise für eine Änderung ihrer Politik gegenüber Westeuropa und den USA vorlege. Daher sei nun die NATO aufgefordert, die Lieferungen an die UdSSR zu kontrollieren und eventuell zu stoppen. Da sich jetzt die Chance biete, die Beziehungen zur UdSSR in einer „für alle tragbaren Weise“ zu regeln, wäre jedes andere Verhalten des Westens „geradezu Selbstmord“.

- 356      21.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet      S. 1192

Der französische Staatspräsident zeigt sich beeindruckt von der Überlegung des Bundeskanzlers, der UdSSR weitere Wirtschaftshilfe nur gegen politische Konzessionen zu gewähren. Adenauer schlägt eine diesbezügliche deutsch-französische Initiative in der NATO vor. Dabei gehe es nicht darum, den gesamten Handel mit der UdSSR zum Erliegen zu bringen, sondern die Lieferung von Industrieanlagen sowie die Gewährung langfristiger Kredite zu verhindern. Das Ziel sei, auf diese Weise eine „echte“ Abrüstung, eine Öffnung der UdSSR für westliche Besucher sowie die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen. De Gaulle macht deutlich, daß eine Fortsetzung der amerikanisch-britisch-sowjetischen Verhandlungen zu Resultaten führen könnte, die für Deutschland und da-

mit auch für Europa schädlich seien. Es drohe zunächst die Neutralisierung der Bundesrepublik, anschließend die weitere westeuropäischer Staaten. Dann wäre es auch um Lateinamerika und Afrika „geschehen“, und das Endergebnis wäre „die Niederlage und mehr noch, der Tod“. Im weiteren äußert sich Adenauer skeptisch zur Zukunft des Gemeinsamen Marktes. Die Englandfrage werde sich nach den nächsten Wahlen in Großbritannien von selbst regeln; in der britischen Regierung werde zudem mit dem Europagedanken nur „gespielt“. Bezüglich des Teststopp-Abkommens, das „weder Sinn noch Zweck“ habe, hebt er die Bedeutung der offiziellen amerikanischen Erklärungen zur Nichtanerkennung der DDR hervor, die den Schaden zu „sechzig bis siebenzig Prozent“ wiedergutmacht hätten.

- 357      22.09.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet      S. 1202

Adenauer sichert zu, daß Bundesminister Erhard hinsichtlich der deutsch-französischen Zusammenarbeit „hundertprozentig“ mit ihm selbst übereinstimme und diese Politik als Bundeskanzler fortführen werde. Angesichts der zu erwartenden Entwicklung in Großbritannien nimmt der Bundeskanzler an, daß Bundesminister Schröder – sollte er im Amt bleiben – von seinen pro-britischen Ansichten „geheilt“ werde. De Gaulle hebt die Notwendigkeit einer gemeinsamen deutsch-französischen Sicherheitspolitik hervor und betont, er verfüge über Beweise, daß die USA entschlossen seien, bei einer Verteidigung Europas nicht unmittelbar nukleare Waffen einzusetzen. Im Interesse Frankreichs und der Bundesrepublik liege jedoch – allein aus Gründen der Abschreckung – eine Strategie, die den sofortigen Einsatz der stärksten Waffen vorsehe. Das MLF-Projekt diene lediglich dazu, so de Gaulle, der Bundesrepublik den Anschein zu vermitteln, als verfüge sie über nukleare Waffen. Adenauer legt dar, daß er der MLF nur aus politischen Gründen zugestimmt habe, d. h. um die USA „festzunageln“. Da er von der Notwendigkeit einer Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa überzeugt sei, hoffe er, daß Frankreich mit der Entwicklung der Force de frappe vorankomme. Hinsichtlich des Vorschlags, die UdSSR durch die Zurückhaltung wirtschaftlicher Hilfe zu politischen Zugeständnissen zu veranlassen, kommen Adenauer und de Gaulle überein, den amerikanischen Präsidenten „mit in die Front“ einzu beziehen und eventuell sogar Kennedy als Initiator des Plans auftreten zu lassen.

- 358      22.09.    Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium, in Middleburg, Texas      S. 1210

Schröder und Ball erörtern die geplante Lieferung deutscher Flugzeuge an Pakistan. Ball erhebt keine Einwände, da derzeit keine Gefahr einer pakistanischen Aggression gegen Indien

bestehe. Dagegen zeigt er sich besorgt wegen der Überlassung von deutschen Hubschraubern an Israel. Ball teilt die von Schröder dargelegte Annahme, daß das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel nach einer Herstellung diplomatischer Beziehungen „freier und unabhängiger“ werden würde.

- 359      23.09.    Vermerk des Legationsrats I. Klasse Oncken      S. 1212

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung“ äußert sich zu möglichen Reaktionen der drei Westmächte auf eine Inkorporierung von Ost-Berlin in die DDR. In einem solchen Fall sollten unverzüglich „Warngespräche“ der Westmächte mit der UdSSR stattfinden. Der sowjetischen Regierung müsse deutlich gemacht werden, daß ein derartiger Schritt zu Gegenmaßnahmen zwingt; hierzu gehöre auch ein weiterer Ausbau der Bindungen von Berlin (West) zur Bundesrepublik.

- 360      23.09.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf      S. 1213

Krapf gibt einen Bericht des Generalbevollmächtigten der Firma Krupp über einen Aufenthalt in Bulgarien wieder. Beitz teilte mit, Ministerpräsident Schiwkow habe ihm gegenüber Interesse bekundet, mit der Bundesrepublik einen Handelsvertrag abzuschließen und Handelsvertretungen auszutauschen sowie langfristige Kredite zu erhalten. Beitz glaubt bei seinen bulgarischen Gesprächspartnern eine ablehnende Einstellung gegenüber dem „Ulbricht-Regime“ festgestellt zu haben, die durch intensivere Kontakte mit der Bundesrepublik verstärkt werden könnte; dies gelte ebenso für andere Ostblock-Staaten.

- 361      24.09.    Gespräch des Bundesministers Schröder mit Präsident Kennedy in Washington      S. 1214

Kennedy sieht im Rahmen von Gesprächen mit der UdSSR keine nennenswerten Aussichten auf substantielle Fortschritte in der Berlin-, Deutschland- und Kuba-Frage. Schröder betont, daß in eventuelle Übereinkommen die zentralen Ost-West-Probleme einbezogen werden müßten; zumindest aber dürfe der Westen keinen Zweifel am unveränderten Fortbestand seiner politischen Ziele aufkommen lassen. Nur mit Hilfe dieses Gegengewichts sei eine deutsche Zustimmung zur Lösung peripherer Fragen zu erlangen. Der Bundesminister erläutert anschließend die negativen innenpolitischen Auswirkungen der sowjetischen Taktik, allein die Bundesrepublik als „Störenfried“ der Entspannungspolitik darzustellen. Anschließend geht Kennedy auf das MLF-Projekt ein. Er befürwortet die Einrichtung eines „Demonstrationsschiffs“ mit deutscher und italienischer Besatzung. Dies werde auf Großbritannien ermutigend wirken, da dann etwas Sichtbares vorgewiesen werden könne. Zu dem am Vortag veröffentlichten französischen Vorschlag, eine europäische nukleare Streitmacht aufzubauen, äußert Schröder die Vermutung, daß es sich nicht

um ein konkretes Angebot handele. Allerdings stelle die französische „Versuchung für die Zukunft“ einen Grund mehr dar, die MLF schnell zu verwirklichen.

- 362      24.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten, Sorensen, in Washington S. 1223

Schröder erläutert die unzureichende Unterrichtung der Bundesregierung über die Teststopp-Verhandlungen. So habe er den Text des Abkommens am 26. Juli 1963 der Zeitung entnommen. Das Abkommen berge die Gefahr, daß „Pankow auf dieselbe Ebene angehoben werde wie die Bundesrepublik“ und von einer Deutschen Frage nicht mehr gesprochen werden könne. Dies habe in der Bundesrepublik unter anderem zum Entstehen von zwei Gedankenrichtungen geführt: eine, die die Vorteile des Kalten Krieges – keine Änderung des Status quo – hervorhebe, und eine andere, die überzeugt sei, daß eine unveränderte Fortdauer des Status quo lediglich der „anderen Seite“ diene. Er selbst sei der Ansicht, daß man in den Ost-West-Beziehungen durchaus versuchen solle, zunächst die peripheren Fragen zu lösen. Dabei dürften allerdings die eigentlichen Ziele des Westens nicht in Vergessenheit geraten, sonst werde die Deutschland-Frage „unter der Entspannung begraben“. Die hauptsächliche Sorge des Bundeskanzlers Adenauer liege darin, daß der Westen „auseinanderfallen oder einschlagen“ könne. Sorensen erwidert darauf, die Gefahr der Uneinigkeit könne sich daraus ergeben, „daß einer zu weit gehe oder mit den anderen nicht zusammenarbeiten wolle“.

- 363      25.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1228

Carstens hält aus einer Sitzung des Bundeskabinetts den Bericht des Bundeskanzlers über dessen Besuche in Rom und Paris fest. Adenauer zeigte sich von den Treffen im Vatikan beeindruckt, regte aber eine Erhöhung der geringen Zahl deutscher Kardinäle in der Kurie an. Den Zustand der italienischen christdemokratischen Partei charakterisierte er als unentschlossen. Abschließend berichtete der Bundeskanzler über Beschwerden des Staatspräsidenten de Gaulle wegen mangelnder Konsultationen vor Abschluß des deutsch-amerikanischen logistischen Abkommens vom 1. August 1963 sowie vor Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die Bundesregierung. Zu letzterem führte Carstens aus, daß Frankreich vor dem Beitritt der Bundesrepublik zweimal ausführlich konsultiert worden sei; dies werde er gegenüber dem französischen Botschafter de Margerie bei nächster Gelegenheit herausstellen.

- 364      25.09. Abgeordneter Majonica an Staatssekretär Carstens S. 1229

Der CDU-Abgeordnete weist darauf hin, daß die Volksrepublik China der UdSSR in der Berlin- und Deutschland-Frage

eine zu weiche Haltung vorgeworfen habe. Unter diesem Gesichtspunkt regt Majonica eine Überprüfung der Entscheidung an, in der Republik China (Taiwan) keine Handelsmission der Bundesrepublik zu eröffnen. Die Errichtung einer Handelsmission wäre nämlich „eine gute Antwort auf die intransigente Haltung der Rotchinesen“.

- 365      25.09. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse      S. 1230  
Scheske

Der Leiter des Referats „NATO/WEU“ äußert sich zu den Bemühungen der spanischen Rüstungsindustrie um deutsche Aufträge. Im Gegensatz zum Bundesministerium der Verteidigung, das aus logistischen Überlegungen eine Verlagerung von Aufträgen nach Spanien befürwortet, vertritt Scheske die Ansicht, daß engere rüstungswirtschaftliche Verbindungen mit Spanien zu einer „verhängnisvollen Mißdeutung“ der politischen Ziele der Bundesrepublik führen und die Beziehungen zu den NATO-Partnern gefährden könnten. Weiterhin macht er darauf aufmerksam, daß die USA an einer Bewahrung ihrer „Monopolstellung“ in den verteidigungspolitischen Verbindungen der NATO-Staaten zu Spanien interessiert seien. Scheske spricht sich für Aufträge an wirtschaftlich schwache NATO-Staaten wie Portugal, Griechenland oder die Türkei aus, falls sie zu gleichen Konditionen wie Spanien liefern könnten.

- 366      26.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit General-      S. 1232  
sekretär U Thant, UNO, in New York

U Thant bittet Schröder um weitere Unterstützung der zivilen Operationen der UNO im Kongo (Léopoldville). Der Bundesminister macht auf „psychologische Schwierigkeiten“ aufmerksam, die dazu notwendige Zustimmung des Bundestages zu erhalten, da die Bundesrepublik selbst nicht Mitglied der UNO sei. Er kündigt aber finanzielle Unterstützung durch Zeichnung weiterer von der UNO ausgegebener Anteilscheine an. Mit Blick auf die Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 19. September 1963 bedauert Schröder, daß die Bundesrepublik keine Möglichkeit habe, selbst derartigen Angriffen vor der UNO entgegenzutreten, sondern stets befreundete Staaten um eine Erwidern bitten müsse. Er stimmt jedoch mit dem Generalsekretär überein, daß die Deutschland-Frage nicht in die Zuständigkeit der UNO falle und es somit für die Bundesrepublik auch nicht möglich sei, zu deutschlandpolitischen Fragen gehört zu werden. Abschließend äußert sich U Thant zur Erweiterung der UNO durch afrikanische und asiatische Staaten; die dadurch ausgelöste „Vertrauenskrise“, vor allem bei westlichen Staaten, sei inzwischen überwunden.

- 367      27.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem britischen Außenminister Lord Home in New York S. 1236

Rusk und Lord Home sind der Auffassung, daß die Ost-West-Beziehungen noch nicht in eine Periode der Entspannung eingetreten seien; der amerikanische Außenminister hält jedoch einzelne bilaterale Übereinkommen, wie z.B. ein amerikanisch-sowjetisches Luftverkehrsabkommen, für möglich. Hinsichtlich eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt hebt Schröder hervor, daß zunächst die Berlin-Frage gelöst und „gewisse Fortschritte“ in der Deutschland-Frage erzielt werden müßten. Lord Home hält einen Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen für erwägenswert und befürwortet die Errichtung eines Systems von Bodenbeobachtungsposten. Schröder führt dazu aus, daß ein Beobachtungssystem „universale Anwendung“ haben, d.h. sowohl das Staatsgebiet der USA als auch das der UdSSR einbeziehen müsse und gegenüber Europa oder der Bundesrepublik keinesfalls diskriminierend wirken dürfe. Mögliche Schwierigkeiten sieht er in einer Nichtteilnahme Frankreichs sowie in einer Einbeziehung der DDR. Der britische und der amerikanische Außenminister weisen darauf hin, daß die Politik der vergangenen 15 Jahre zwar „richtig und unvermeidlich“ gewesen sei, jedoch in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands keinen Fortschritt gebracht habe. Rusk macht darauf aufmerksam, daß eine Wiedervereinigung nur bei Verzicht auf die Ostgebiete des Deutschen Reiches unterstützt werden könne. Schröder warnt vor einer vorzeitigen Preisgabe von Positionen, die von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag unter den dann bestehenden Bedingungen verhandelt werden müßten. Zur Zeit könne zu diesem Thema nur gesagt werden, daß das Recht auf Selbstbestimmung zur Anwendung kommen sollte.

- 368      30.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Gouverneur des Staates New York, Rockefeller S. 1253

Rockefeller sieht es als wichtig an, daß das Verhältnis der amerikanischen Regierung zum französischen Staatspräsidenten verbessert werde; das Hauptproblem dabei sei die nukleare Frage. Adenauer schlägt vor, mit einem erfolgreichen Besuch von de Gaulle in den USA einen Wandel in den bilateralen Beziehungen einzuleiten. Der Gouverneur zeigt sich besorgt über die Haltung der amerikanischen Regierung, die „die anderen freien Länder aus dem nuklearen Besitz hinausdrängen wolle“. Adenauer pflichtet bei, daß die Ungleichheiten in der Machtverteilung nicht zu groß werden dürften. Rockefeller führt aus, ein vereinigtes Europa müsse über eine eigene nukleare Streitmacht verfügen. Dagegen bringe die MLF lediglich große Geldausgaben mit sich, trage aber nicht zu einem partnerschaftlichen Verhältnis im Bündnis bei. Rockefeller äußert sich besorgt über die drohende Wendung der amerika-





- 375 04.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 1276

Krapf nimmt zu einem Schreiben des Stellvertretenden Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR an den Regierenden Bürgermeister von Berlin Stellung. Die durch König angeregten Gespräche von bevollmächtigten Juristen beider Seiten bewertet Krapf als weiteren Versuch, die These vom „besonderen Territorium West-Berlin“ zu stärken. Brandt wolle den Brief unbeantwortet lassen, jedoch den zuständigen Stellen in der DDR über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mitteilen, daß der Senat nur zu technischen Kontakten auf Magistratsebene bereit sei, bei denen über menschliche Erleichterungen gesprochen werden könne. Krapf schlägt dagegen vor, der „sowjetzonalen Seite“ diese Information über den „Kanal Leopold-Behrendt“ zukommen zu lassen.

- 376 05.10. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1278

Carstens informiert über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter McGhee, dem französischen Botschafter de Margerie sowie dem britischen Geschäftsträger Tomkins. Übereinstimmung zeichnete sich hinsichtlich der Aufnahme einer Berlin-Klausel in das Zustimmungsgesetz zum Teststopp-Abkommen sowie in der Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) in Abkommen der Bundesrepublik ab. Die Westmächte seien bereit, durch eine „interpretative Erklärung“ zum Kleinen Berliner Besatzungsstatut von 1952 klarzustellen, daß Handelsabkommen mit den Ostblock-Staaten auch dann in Berlin (West) Gültigkeit erlangen könnten, wenn „aus den bekannten Gründen eine klassische Berlinklausel“ fehle. Weiterhin wurde über Gegenmaßnahmen für den Fall einer vollständigen Eingliederung Ost-Berlins in die DDR gesprochen.

- 377 05.10. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 1280

Carstens nimmt zu der zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR erzielten grundsätzlichen Übereinstimmung über ein Verbot der Stationierung von Atomwaffen im Welt-raum Stellung. Er vertritt die Ansicht, daß die Teilnahme an einer solchen Vereinbarung nur für diejenigen Staaten in Frage komme, die über die entsprechende Waffentechnik verfügten, und daß daher die Aufnahme einer offenen Beitrittsklausel nicht erforderlich sei. Sollte jedoch eine Beitrittsklausel nicht verhindert werden können, so müßte der Text der Übereinkunft um Bestimmungen erweitert werden, nach denen eine Teilnahme nicht allgemein anerkannter Staaten – wie der DDR – keine Anerkennungswirkung habe und Vertragsbeziehungen nur zwischen solchen Staaten entstünden, die einander völkerrechtlich anerkannten.

- 378 05.10. Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen S. 1283  
in Washington

In der Besprechung über Fragen der Zusammenarbeit bei der Ausrüstungshilfe weist die amerikanische Delegation wegen zu erwartender Budgetkürzungen auf eine mögliche Einschränkung der eigenen Hilfe hin und regt an, die Bundesregierung möge als Ausgleich ihre Leistungen – vor allem an Griechenland und die Türkei – erhöhen. Auf diese Weise trage sie dazu bei, daß die Unterstützung für die Staaten „an der Grenze des Ostblocks“ in vollem Umfang fortgesetzt werden könne. Unter Hinweis auf die ebenfalls schwierige Haushaltslage der Bundesrepublik sowie die eingeschränkte Akzeptanz der Ausrüstungshilfe in der Öffentlichkeit bezweifelt der Leiter der deutschen Delegation, Ministerialdirektor Sachs, die Möglichkeit einer solchen Erhöhung der Verteidigungshilfe. Es besteht Übereinstimmung, daß Ausrüstungshilfe an Entwicklungsländer nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung geleistet werden dürfe und daß die konstruktivste Form der Militärhilfe diejenige sei, die auf eine Verbesserung der Infrastruktur und der inneren Sicherheit in den Empfängerstaaten abziele. In diesem Zusammenhang wird die deutsche Ausrüstungshilfe an Guinea positiv gewürdigt.

- 379 05.10. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1293

Carstens weist auf Anzeichen hin, daß die Volksrepublik China verstärkt Kontakt zu Japan und zu den europäischen Industriestaaten suche. Gleichzeitig seien im Verhältnis zur DDR Spannungen zu verzeichnen, während die Angriffe gegen die Bundesrepublik nachließen. Der Staatssekretär macht die Auslandsvertretungen darauf aufmerksam, daß keine Bedenken gegen die „behutsame Pflege“ gesellschaftlicher und persönlicher Kontakte zu „rotchinesischen Persönlichkeiten“ bestünden.

- 380 07.10. Aufzeichnung der Legationsräte Rheker und Freiherr S. 1294  
von Marschall

Rheker und Marschall fassen den Stand der Verhandlungen mit Rumänien über einen Austausch von Handelsvertretungen zusammen. Unstimmigkeiten bestünden noch darüber, ob der freie Zugang zu den Vertretungen im Text der Vereinbarung fixiert werden müsse, sowie hinsichtlich der Gewährung diplomatischer Immunität für das jeweilige Personal. Keine Übereinkunft habe über eine Ausstattung der Handelsvertretungen mit Paß- und Sichtvermerksbefugnissen erzielt werden können. In der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) bestehe die Chance, durch eine Bezugnahme auf die Währungsgebiete der DM und des Leu zu einer – über die Regelung mit Polen wesentlich hinausgehenden – Lösung zu kommen. Rheker und Marschall kommen zu dem Schluß, daß die anscheinend innerhalb der Ostblock-Staaten existierende „Berlin-Direktive“ von

Rumänien großzügig ausgelegt werde. Sie schlagen vor, möglichst bald eine Vereinbarung gemäß dieser dem Wunsch der Bundesrepublik weitgehend entsprechenden Interpretation abzuschließen, um so die Verhandlungen mit anderen osteuropäischen Staaten zu präjudizieren.

- 381 07.10. Gesandter Scholl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1298

Scholl berichtet über die von Ministerpräsident Chruschtschow auch öffentlich eingestandene Versorgungskrise. Aufgrund der schlechten Getreideernte sehe sich die UdSSR zu größeren Weizenimporten aus dem Westen genötigt. Diese Einfuhren – wie auch den Ankauf ebenfalls benötigter Maschinen und industrieller Anlagen – dürfte sie in erster Linie durch hohe und langfristige Kredite zu finanzieren suchen. Scholl gibt zu bedenken, daß Liefergeschäfte mit der UdSSR nur dann für den Westen politisch vorteilhaft wären, wenn auf die Vergabe von Krediten über den bisherigen Rahmen hinaus verzichtet werde. Nur so könne die sowjetische Regierung gezwungen werden, ihre für die Rüstungsindustrie vorgesehenen Mittel anderweitig zu verwenden.

- 382 08.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1302

Lahr faßt zwei Besprechungen mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, zusammen. Über die Modalitäten der bis Jahresende 1963 sowie ab 1964 zu leistenden Zahlungen im Rahmen der Aktion „Geschäftsfreund“ habe keine Einigung erzielt werden können. Lahr hält die Rechtslage für unklar, ist aber der Auffassung, daß sich auch der künftige Bundeskanzler aus politischen Erwägungen einer vom bisherigen Regierungschef eingegangenen Zusage zu finanzieller Hilfe nicht werde entziehen können. Er schlägt deshalb vor, den sich anbahnenden Kompromiß – Verminderung der Zahlungen für 1963, Verlängerung der Gesamtlaufzeit von zehn auf dreizehn Jahre – anzunehmen.

- 383 08.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem südvietnamesischen Geschäftsträger Phan Van Thinh S. 1305

Schröder spricht den Vorschlag des Staatspräsidenten de Gaulle an, die beiden Teile Vietnams in einem neutralen Staat zu vereinen. Phan Van Thinh bemerkt hierzu, daß die Republik Vietnam von Nachbarn umgeben sei, die eine starke Neigung zum Kommunismus besäßen. Eine Neutralisierung könne daher nur dann eine Lösung sein, wenn sich auch die kommunistischen Staaten der Region sowie ihre „Satelliten“ neutral verhielten. Schröder erwähnt, daß der sowjetisch-chinesische Gegensatz für die Deutschland-Frage positive Aspekte mit sich bringen könne. Demgegenüber hält der Geschäftsträger vorteilhafte Auswirkungen dieses ideologischen Konflikts auf die Lage in Südostasien für unwahrscheinlich, weil die „Kampfdoktrin“ noch immer den „Weltkommunismus“ zum Ziel habe.

- 384      09.10. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 1307
- Smirnow behauptet, die Firma Siemens habe mit dem französischen Atomkommissariat eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit beim Bau großer Kernreaktoren getroffen. Er macht auf das Entstehen von Plutonium beim Reaktorbetrieb sowie auf die angebliche militärische „Geheimklausel“ zum deutsch-französischen Vertrag aufmerksam und beschuldigt die Bundesregierung, Zugang zu Atomwaffen anzustreben. Carstens weist die Vorwürfe zurück und betont, die Bundesrepublik stelle keine militärische Bedrohung für die UdSSR dar, sondern habe vielmehr selbst Veranlassung, sich bedroht zu fühlen. Abschließend drängt Carstens auf die Entlassung der deutschen Studenten Naumann und Sonntag aus sowjetischer Haft, da die Bundesregierung die gewünschte Gegenleistung bereits erbracht habe. Smirnow führt daraufhin das ungünstige Klima in den deutsch-sowjetischen Beziehungen an, die durch das Röhrenembargo, durch die anfängliche deutsche Haltung zum Teststopp-Abkommen sowie durch die „unerfreuliche“ Einstellung der Bundesregierung zu den geplanten sowjetischen Weizenkäufen gelitten hätten.
- 385      09.10. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder S. 1313
- Lilienfeld informiert über Hintergründe der Weizenlieferungen an die UdSSR. Die amerikanische Regierung sei erst tätig geworden, nachdem sie von Kontakten auf privatwirtschaftlicher Ebene erfahren habe. Ausschlaggebend sei die Bereitschaft der UdSSR gewesen, den Weizen zu normalen Zahlungsbedingungen zu kaufen; zudem habe sie sich verpflichtet, das Getreide nur im eigenen Land sowie zur Erfüllung bestehender Lieferverpflichtungen gegenüber osteuropäischen Staaten zu verwenden. Trotzdem werde in Washington von einzelnen Experten auch die Auffassung vertreten, daß die Lieferungen über den unmittelbaren Bedarf hinausgingen und die UdSSR in die Lage versetzten, Vorräte anzulegen.
- 386      10.10. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer S. 1314
- Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika“ hält Überlegungen zu einem Antwortschreiben des Bundeskanzlers an den israelischen Ministerpräsidenten fest. Da Eshkol eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht erwähnt habe, solle auch Adenauer diese Frage nicht anschnitten. Die Bedeutung guter deutsch-arabischer Beziehungen für eine friedliche Regelung der Probleme im Nahen Osten sollte herausgestellt werden.

- 387 13.10. Bundeskanzler Adenauer an Bundesminister Schröder S. 1315

Adenauer spricht sich dafür aus, mit einer Streckung der Zahlungen an Israel im Rahmen der Aktion „Geschäftsfreund“ erst 1964 zu beginnen. Wie er erfahren habe, seien die notwendigen Mittel zur Zahlung der vollen zweiten Tranche für 1963 vorhanden.

- 388 14.10. Legationsrat I. Klasse Jestaedt, z. Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 1316

Jestaedt faßt den Stand der Verhandlungen mit Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen zusammen. Hinsichtlich des Aufgabenbereichs der Vertretungen sowie der Gewährung diplomatischer Immunitäten habe Übereinstimmung erzielt werden können. Die Klausel, in der auf die Währungsgebiete von DM und Leu Bezug genommen werde und über die Berlin (West) in das Abkommen eingebunden werden solle, werde in einen gesonderten Briefwechsel aufgenommen. Eine Bestimmung über den freien Zugang zu den Handelsvertretungen stoße dagegen auf entschiedene Ablehnung. Abschließend legt Jestaedt dar, daß sich Rumänien immer mehr als unabhängiger kommunistischer Staat betrachte, der zwar in der Deutschland-Frage den sowjetischen Standpunkt teile, jedoch Freiheit in zwischenstaatlichen Fragen beanspruche. So werde ein Austausch von Handelsvertretungen als erster Schritt zu einer Normalisierung der Beziehungen betrachtet.

- 389 16.10. Gespräch des amtierenden Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 1319

McCloy kritisiert die Vorstellung des französischen Staatspräsidenten, Europa durch „ein System von Bündnissen und Achsen mit Hilfe der Deutschen“ kontrollieren und beherrschen zu können. Adenauer betont dagegen, de Gaulle teile mit ihm die Überzeugung, daß eine Verteidigung Europas ohne die USA nicht möglich sei. McCloy vertritt die Meinung, weder das Teststopp-Abkommen noch das Weizengeschäft mit der UdSSR hätten Hoffnungen in den USA geweckt, daß das „große Zeitalter der Verständigung“ angebrochen sei. Hinsichtlich der Teststopp-Verhandlungen macht er darauf aufmerksam, daß der amerikanische Unterhändler Harriman „sehr genaue und begrenzte Instruktionen“ gehabt habe; dies könne zu einer Vernachlässigung der möglichen deutschlandpolitischen Implikationen des Abkommens geführt haben. Betreffend den Zeitpunkt der Unterrichtung der Bundesregierung über den Text des Abkommens gibt McCloy zu bedenken, daß die amerikanische Regierung auch nicht den letzten Entwurf des deutsch-französischen Vertrages gesehen habe, der immerhin Formulierungen enthalte, die auf das „Herz der NATO“ zielten. Zu den sowjetischen Weizenkäufen bemerkt Adenauer, daß er es gerne gesehen hätte, wenn bei dieser Gele-

genheit auch über die Berliner Mauer gesprochen worden wäre.

- 390      16.10. Vermerk des Staatssekretärs Carstens      S. 1327

Carstens hält die Anregung des Bundesministers Schröder fest, in einem kleineren Kreis von Kabinettsmitgliedern über die Finanz- und Ausrüstungshilfe für Israel zu sprechen. Ziel müsse es sein, die israelische Regierung unter Hinweis auf die deutschen Leistungen dazu zu bewegen, in der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen keinen Druck mehr auszuüben. Des weiteren sei zu erörtern, auf welche Weise die USA über Form und Umfang der Ausrüstungshilfe an Israel informiert werden sollten.

- 391      16.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg      S. 1329

Meyer-Lindenberg nimmt zur geplanten Registrierung des Teststopp-Abkommens bei der UNO Stellung. Da sich eine Erwähnung der DDR in der UNO-Vertragssammlung nicht vermeiden lassen, müsse die Form der Registrierung deutlich machen, daß die DDR nur von kommunistischen Staaten anerkannt werde. Am ehesten entspreche dieser Forderung der amerikanische Vorschlag, daß jede Depositarmacht eine Liste mit den Namen derjenigen Staaten einreiche, die ihr gegenüber den Beitritt zum Abkommen erklärt hätten. Die drei Listen sollten getrennt voneinander im Anhang der Vertragssammlung veröffentlicht werden. Wenn jedoch das UNO-Generalsekretariat auf einer „fusionierten Liste“ bestünde, so könnte der „abnorme Status der SBZ“ durch entsprechende Fußnoten oder Randbemerkungen deutlich gemacht werden.

- 392      18.10. Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson      S. 1332

Adenauer nimmt Staatspräsident de Gaulle gegen den Vorwurf in Schutz, daß er sich gegen die europäische Integration wende und durch die Aufstellung einer „nationalistischen“ nuklearen Streitmacht das Atlantische Bündnis gefährde. Adenauer ist der Ansicht, daß die USA die sowjetische Politik falsch einschätzten. Acheson führt dazu aus, daß das amerikanische Bemühen, ständig mit der UdSSR in Kontakt zu bleiben, schädlich sei. Er zeigt sich davon überzeugt, daß Präsident Kennedy aufgrund innenpolitischen Drucks von dieser „Kontakt-Politik“ werde abrücken müssen. Er habe Kennedy erklärt, nicht die Beziehungen zur UdSSR seien für die USA ausschlaggebend, sondern diejenigen zur Bundesrepublik. Mit Blick auf die Krise in der sowjetischen Wirtschaft vertritt Adenauer die Auffassung, daß die NATO die Frage untersuchen solle, ob die UdSSR durch Nichtgewährung von Unterstützung zu einer anderen Politik gezwungen werde könne.

- 393 19.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson S. 1336

Erhard führt aus, daß der französische Staatspräsident zu dem „kritischen Zustand“, in dem sich Europa befinde, entscheidend beigetragen habe. Das „Wegstoßen Englands“ von der EWG bezeichnet der Bundeskanzler als „tragisches Ereignis“, das de Gaulle bewußt herbeigeführt habe. Beide Gesprächspartner befürworten die Einrichtung einer multilateralen Atomstreitmacht innerhalb der NATO und messen dem Verhalten Großbritanniens für eine Realisierung des Projektes eine Schlüsselrolle zu. Nach Auffassung von Acheson würde eine Beibehaltung der nationalen britischen Nuklearwaffe die NATO zerstören. Acheson betont die Notwendigkeit möglichst enger deutsch-amerikanischer Beziehungen. Sollte die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu der Auffassung gelangen, daß die USA an eine Entspannung glaubten und „heimlich“ mit der UdSSR verhandelten, so würde dies nur die deutschen „Gaullisten“ stärken, die ihrerseits Direktgespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR befürworteten. Abschließend erwähnt Erhard, daß er vor seiner Amerika-Reise zunächst de Gaulle einen Besuch abstatten werde, „um die Politik Adenauers nicht in aller Öffentlichkeit zu desavouieren“. Das eigentlich bedeutsame Gespräch werde erst danach mit Präsident Kennedy stattfinden.

- 394 19.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson S. 1341

Eingangs äußert sich Acheson positiv zum Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik, weil die „gleiche Politik“ nun mit jüngeren Personen weitergeführt werden könne. Den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Erhard hält er für „erstklassig“. Die Situation in Europa sei dagegen „ziemlich entmutigend“. Vor allem Großbritannien sei es nach dem Verlust des Empire noch nicht gelungen, sich der neuen Lage anzupassen. Acheson hebt die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit, besonders in den Bereichen MLF, Zahlungsbilanz und Kennedy-Runde, hervor. Schröder erläutert, wie durch die Politik des Staatspräsidenten de Gaulle das Ideal der europäischen Integration auf lange Sicht unerreichbar geworden sei. Es komme darauf an, Großbritannien so nahe wie möglich „an Europa zu halten“ und durch eine losere politische Union nachteilige Wirkungen einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit zu vermeiden. Der Bundesminister betont, daß die USA nicht nur der stärkste, sondern der einzige Bündnispartner seien, mit dem das Problem der Wiedervereinigung gelöst werden könne.

- 395 21.10. Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn, Paris S. 1345

In seiner Analyse hebt Blankenhorn die Übereinstimmung der französischen Außenpolitik mit den „defensiven“ Zielen der deutschen Außenpolitik – Verteidigung der Bundesrepublik

und von Berlin (West), Nichtanerkennung der DDR sowie „Nichtvertiefung“ der deutschen Spaltung – hervor, weist aber auf unterschiedliche Einstellungen bei „offensiven“ Interessen hin: Eine Wiedervereinigung werde unterstützt, wenn sie sich unter Bindung an den Westen und unter Einordnung in den europäischen Rahmen vollziehe, die Forderung nach Rückkehr der Ostgebiete des Deutschen Reiches hingegen gar nicht. Verhandlungen mit der UdSSR über Ost-West-Fragen stehe Frankreich ablehnend gegenüber, da es den Zeitpunkt, an dem substantielle Konzessionen erreicht werden könnten, für noch nicht gekommen halte. Im militärischen Bereich werde eine rein nationale Verteidigung angestrebt und die Integration von Streitkräften abgelehnt. Insgeheim betreibe der französische Staatspräsident den Ausbau eines unter französischer Vorherrschaft stehenden „politischen Sechser-Europas mit der Force de frappe als Hauptwaffe“. Es gebe jedoch Anzeichen für die Bereitschaft, diese später in eine europäische Atomstreitmacht einzubringen. Im Bereich der Europapolitik wolle de Gaulle erst nach der Lösung offener agrarpolitischer Fragen eine Fortentwicklung der Integration zulassen. Abschließend unterstreicht Blankenhorn, daß in Frankreich der deutsch-französische Vertrag als ein wichtiges außenpolitisches Instrument betrachtet werde; lediglich über den Grad der militärischen Zusammenarbeit herrsche Enttäuschung.

- 396      22.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem      S. 1359  
amerikanischen Botschafter McGhee

Erhard erläutert die Themen, die er bei seinem Besuch in den USA erörtern will. Er erwägt, in den Ost-West-Beziehungen möglicherweise mit einem „großen Wurf“ weiterzukommen. So denke er an materielle Opfer, durch die die Wiedervereinigung erleichtert oder herbeigeführt werde. Der Bundeskanzler zeigt sich besorgt über die mögliche Vernachlässigung der Deutschland-Frage bei neuen Entspannungsmaßnahmen auf „zweit-rangigen Gebieten“. McGhee führt aus, daß in jüngster Zeit mit der UdSSR nur zwei „unbedeutendere“ Abmachungen getroffen worden seien und daß die USA keine einseitigen Konzessionen beabsichtigten. Von einer wirklichen Entspannung könne noch nicht die Rede sein. Der Botschafter informiert über die Liberalisierung des amerikanischen Osthandels. Er stimmt mit Erhard darin überein, daß nur kurzfristige Kredite an die UdSSR vergeben werden sollten, um Ministerpräsident Chruschtschow „immer unter Kontrolle“ zu haben. Als weitere Gesprächsthemen nennt der Bundeskanzler die bevorstehende Kennedy-Runde sowie Währungs- und Finanzfragen. Abschließend sichert McGhee zu, die USA dächten nicht an eine Verringerung ihrer Streitkräfte in der Bundesrepublik. Bei dem jüngst erfolgten Abzug von weiteren 900 Soldaten aus Berlin (West) handele es sich lediglich um eine „vorübergehende Lücke“.

- 397      22.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee      S. 1367
- Schröder und McGhee erörtern das Programm für den geplanten Besuch des Bundeskanzlers Erhard in den USA. Der Bundesminister zeigt sich besorgt über die psychologischen Wirkungen von Äußerungen amerikanischer Politiker, daß das Manöver „Big Lift“ gewissermaßen eine Verminderung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik vorbereite. McGhee sichert zu, daß an keine weitere Reduzierung der Streitkräfte gedacht sei. Auf die Frage des Botschafters nach europapolitischen Initiativen legt Schröder dar, daß möglicherweise die Bemühungen um die Schaffung einer europäischen politischen Union im kommenden Jahr wiederaufgenommen werden könnten. Zuvor müßten allerdings mit Frankreich noch „viele ärgerliche Dinge“ besprochen werden. Abschließend stellt der Botschafter fest, der vom „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ der UNO unterbreitete deutschlandpolitische Vorschlag sei flexibler als derjenige des Auswärtigen Amtes und daher von Außenminister Rusk positiv aufgenommen worden.
- 398      23.10. Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt      S. 1371
- Knapstein berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Der Botschafter zeigte sich befriedigt über die deutsch-amerikanische Konsultation bezüglich der UNO-Resolution über die Nichtstationierung von Atomwaffen im Weltraum. Durch die frühzeitige Unterrichtung sei „jede Aufregung und jedes Mißverständnis“ vermieden worden. Ein weiteres Thema bildeten die Zwischenfälle auf der Autobahn Helmstedt-Berlin. Beide Seiten stimmten überein, daß in diesem Zusammenhang keine Vereinbarungen getroffen werden dürften, durch die „originäre“ Rechte der westlichen Alliierten begrenzt oder aufgelockert werden könnten. Zu einem möglichen Abzug amerikanischer Truppenteile aus Europa bemerkte Rusk, daß man sich in der Bundesrepublik bei der geringsten Umorganisation seitens der USA sehr aufrege, jedoch Truppenreduzierungen anderer Staaten – wie z. B. Frankreichs – unbesorgt hinnehme. Diesen „doppelten Standard“ könnten die USA auf Dauer nicht akzeptieren.
- 399      23.10. Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen      S. 1374
- Nach einem Bericht des Leiters der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium über den Besuch des Außenministers Couve de Murville in den USA wenden sich die Gesprächsteilnehmer den Zwischenfällen auf der Autobahn Helmstedt-Berlin zu. Lucet und Ministerialdirigent Reinke-meyer stimmen überein, daß Verhandlungen mit der UdSSR über den Zugang der westlichen Alliierten nach Berlin (West) vermieden werden müßten, da die bestehenden Regelungen „nicht sehr klar“ seien. Der westliche Standpunkt sollte der so-

wjetischen Seite nur mündlich und auf möglichst niedriger Ebene mitgeteilt werden; denkbar sei die Notifizierung über einen sowjetischen Kontrolloffizier am Checkpoint Charlie in Berlin. Gegenmaßnahmen im Bereich des Interzonenhandels kämen nicht in Frage, da diese – so Reinkemeyer – für den Fall einer Behinderung des zivilen Transitverkehrs reserviert bleiben müßten. Zur Frage des Handels mit der UdSSR und den osteuropäischen Staaten berichtet Reinkemeyer über den positiven Abschluß der Verhandlungen mit Rumänien. Er äußert die Hoffnung, die dabei ausgehandelte Berlin-Klausel könne eine Präcedenzwirkung auf die laufenden Gespräche mit Ungarn haben; der „kommunistische Block“ sei offenbar weniger monolithisch als angenommen.

- 400      23.10. Bundesminister Schröder an den Abgeordneten von      S. 1380  
                 Brentano

Schröder bestätigt, daß sich das Bundeskabinett mit einem Vorschlag des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ zur Lösung der Deutschland-Frage befaßt und Bundesminister Barzel an einigen Formulierungen der Denkschrift Kritik geübt habe. Der Bundesminister bezeichnet den an die Menschenrechtskommission der UNO gerichteten Vorschlag als nützlich, empfiehlt allerdings für die Zukunft einen verbesserten Informationsaustausch zwischen dem Präsidium des Kuratoriums und dem Vorstand der CDU/CSU-Fraktion. Jedoch müsse in Kauf genommen werden, daß sich die Auffassungen dieser nicht-amtlichen Vereinigung nicht in allen Einzelheiten mit der offiziellen Politik deckten.

- 401      24.10. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an      S. 1382  
                 das Auswärtige Amt

Braun berichtet von einem Gespräch mit dem portugiesischen Außenminister. Nogueira bedauerte den wachsenden Einfluß afrikanischer Staaten in der UNO; viele wüßten aufgrund ihrer Unerfahrenheit die internationale Lage nicht richtig einzuschätzen und glaubten beispielsweise, daß das Teststopp-Abkommen der Beginn einer wirklichen Entspannung sei. Weiterhin äußerte er sich kritisch zur amerikanischen Politik, „unterirdische Freiheitsbewegungen“ in Afrika zu unterstützen, bei denen abzusehen sei, daß sie eines Tages „dem Kommunismus in die Arme fallen“ würden. Insbesondere übersähen die USA die strategische Bedeutung Afrikas für die Verteidigung Europas.

- 402      25.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem      S. 1384  
                 amerikanischen Außenminister Rusk

Im Hinblick auf eine mögliche Reduzierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik erläutert Erhard die Befürchtung der deutschen Öffentlichkeit, ohne ausreichenden Schutz zu sein; dabei spiele die unmittelbare Nachbarschaft zum Ostblock eine irrationale Rolle. Der Bundeskanzler stellt heraus,

daß eine europäische Atomstreitmacht – wie von französischer Seite vorgeschlagen – für ihn keine Alternative darstelle. Rusk verweist auf das in der Bundesrepublik konzentrierte Atompotential und betont, daß die USA als einziger NATO-Staat ihren Verpflichtungen „beispiellos“ nachkämen. Zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis führt Rusk aus, daß von einer Entspannung keine Rede sein könne. Weder ein Nichtangriffsabkommen noch eine Vereinbarung über Bodenbeobachtungsposten noch ein Abkommen über die Nichtweitergabe militärischer Atomheimnisse kämen aufgrund der jeweiligen sowjetischen Haltung in Frage. Allenfalls könnten minimale Fortschritte in bilateralen Fragen erreicht werden, so durch die Einrichtung eines zivilen Flugdienstes zwischen New York und Moskau oder durch eine Steigerung des Handels mit der UdSSR.

- 403      26.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk      S. 1388

Schröder legt dar, daß die Befürchtungen der deutschen Öffentlichkeit hinsichtlich einer Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte durch jüngste Äußerungen amerikanischer Politiker in Verbindung mit dem Manöver „Big Lift“ ausgelöst worden seien. Rusk weist derartige Spekulationen zurück und hebt die weltweite Verantwortung der USA hervor, die wegen ihrer 42 Verbündeten in „größeren Räumen“ denken müßten. Was die Reaktion in der Bundesrepublik angehe, so könne man nicht „wie Buddha immer nur den eigenen Nabel als Mittelpunkt der Welt“ betrachten. Anschließend berichtet der Bundesminister von der Sitzung des WEU-Ministerrats am 25./26. Oktober 1963; sowohl der britisch-französische Gegensatz in der Politik gegenüber der UdSSR als auch die pro-europäische Haltung des neuen britischen Außenministers Butler seien deutlich geworden. Wenig befriedigt zeigt sich Rusk über den Besuch des französischen Außenministers in den USA. Couve de Murville habe von einer Konkurrenz zwischen Frankreich und den USA um die Gunst der Bundesrepublik gesprochen und erkennen lassen, daß die französische Regierung über die Beziehungen in dem „Dreieck“ Paris – Bonn – Washington „etwas nervös“ sei. Abschließend erwähnt der amerikanische Außenminister die Behinderungen amerikanischer und britischer Konvois auf der Autobahn Helmstedt–Berlin, deren Ursprung auf lokaler Ebene zu suchen sei. Diese Angelegenheit sei dem sowjetischen Außenminister Gromyko „sehr unangenehm“ gewesen.

- 404      28.10. Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt      S. 1397

Blankenhorn berichtet über seine Abschiedsaudienz beim französischen Staatspräsidenten. De Gaulle führte aus, es bestünden kaum Chancen, die Pläne für eine europäische politische Union wiederzubeleben. Frankreich habe auch nicht die

Absicht, die Initiative zu ergreifen, weil zunächst das Problem der militärischen Kooperation gelöst werden müsse; dazu gebe es auch seitens der Bundesrepublik keinerlei Ansätze. Gegenwärtig beschränke sich vielmehr die Auseinandersetzung auf die amerikanischen strategischen Absichten, denen nach wie vor die „notwendige Klarheit“ fehle.

- 405      30.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Monnet, Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa      S. 1399

Monnet legt dar, daß die EWG zwei grundsätzliche Fragen lösen müsse: zum einen die schrittweise Demokratisierung der europäischen Institutionen, zum anderen die Vorbereitungen zur Kennedy-Runde. Dabei stelle die Haltung des französischen Staatspräsidenten ein Problem dar, denn „Gaullismus sei gleich Nationalismus“. Hinsichtlich der Kennedy-Runde verursache die amerikanische Absicht, aus taktischen Gründen die Verhandlungen über landwirtschaftliche und industrielle Güter miteinander zu verknüpfen, besondere Schwierigkeiten. Ein solches Vorgehen sei unmöglich, da bei Industriegütern nur über den Zollsatz entschieden werden müsse, bei Agrarerzeugnissen jedoch noch zusätzlich über Preisregelungen und Subventionen. Um ein Scheitern der Kennedy-Runde zu vermeiden, schlägt Monnet vor, während einer Übergangszeit Einfuhrgarantien für Agrarprodukte aus den USA zu erteilen und gleichzeitig über die Senkung der Zölle für Industriegüter zu verhandeln. Erhard stimmt zu und hebt hervor, er habe immer darauf hingewiesen, daß Europa trotz einer gemeinsamen Landwirtschaft nicht einer Autarkie zustreben dürfe, zumal dies auch im Widerspruch zu den Römischen Verträgen stünde.

- 406      31.10. Besprechung mit Generalsekretär Stikker, NATO      S. 1403

Stikker fordert verstärkte Anstrengungen der europäischen Partner bei den Verteidigungsausgaben. Die Gesprächsteilnehmer zeigen sich besorgt über die Haltung Frankreichs zur NATO. Sowohl die „Stikker exercise“ als auch die Strategiediskussion drohten an französischer „Obstruktion“ zu scheitern. Hinsichtlich des angestrebten revidierten Verteidigungskonzeptes weist Generalinspekteur Foertsch darauf hin, daß Frankreich auch bei einem begrenzten Angriff des Warschauer Pakts bereits den Einsatz taktischer Atomwaffen fordere. Während das Fehlen präziser französischer Vorstellungen für eine Reform der NATO bemängelt wird, hält Bundesminister von Hassel die französische Kritik an der Personalpolitik der Allianz für berechtigt. Er plädiert auch für eine Aufstockung der Zahl deutscher Vertreter in hohen Kommandoposten. Erörtert werden weiter die Verteidigungshilfe für Griechenland und die Türkei sowie die mögliche Aufstellung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen in Europa. Stikker berichtet, daß bereits mehrere europäische Staaten



nicht als erster vollziehen, da dies ihre Verantwortlichkeit für den Umsturz in Südvietnam herausstellen würde. Auch Großbritannien halte es für besser, der Bundesrepublik als einem in Ostasien weniger engagierten Staat den Vortritt zu lassen; Frankreich dagegen erachte einen formellen Akt als nicht notwendig. Böker spricht sich für eine Anerkennung aus, da das neue Regime offensichtlich die Sympathie und Unterstützung der USA genieße und im Krieg gegen die Volksrepublik Vietnam (Nordvietnam) die Unterstützung des Westens brauche.

- 410    7./8.11.    Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem japanischen Außenminister Ohira in Tokio    S. 1418

Schröder führt aus, daß sich seit dem Amtsantritt des Staatspräsidenten de Gaulle die supranationale Integration Europas verzögert habe. Ohira gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich die Bundesrepublik weiterhin für eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen und somit für eine „weltoffene“ Politik der EWG einsetzen werde. Die Ziele der „Politik der Bewegung“ gegenüber Osteuropa erläutert Schröder dahingehend, daß sich eine Veränderung des Status quo zwischen Ost und West nur in einem evolutionären Prozeß ergeben werde. Daher müßten das „Festungsdenken“ abgebaut und polyzentrische Tendenzen in den Ostblock-Staaten gefördert werden. In einer weiteren Unterredung mit dem Bundesminister hebt Ohira die Rolle der Volksrepublik China in Asien hervor, die eine „elastischere“ Politik gegenüber Japan verfolge als in der Vergangenheit. Auch die UdSSR verhalte sich in jüngster Zeit konzipianter. Zum Handelsaustausch mit China bemerkt der japanische Außenminister, daß privatwirtschaftliche Geschäfte nicht behindert, jedoch keine Kredite von staatlicher Seite gewährt würden. Auf Fragen von Schröder nach der Bedeutung der Volksrepublik China äußert Ohira die Ansicht, daß das „Problem China“ in der westlichen Welt überschätzt und überhaupt zu häufig erörtert werde. Dadurch werde das Prestige der Volksrepublik „ungebührlich“ gesteigert. Statt dessen müsse dafür gesorgt werden, daß Asien Vertrauen zu Japan und zum westlichen System bekomme.

- 411    11.11.    Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium    S. 1429

Eingangs werden Fragen der Verteidigungspolitik erörtert. Während Ball die von italienischer Seite vorgeschlagene MLF-Europäisierungsklausel im Prinzip akzeptiert, lehnt er – wie auch Carstens – die gelegentlich geäußerte französische Forderung nach einem Dreier-Direktorium zur Führung der NATO ab. Der ebenfalls anwesende Sonderbotschafter Thompson erklärt, daß im Falle erneuter Behinderungen alliierter Konvois auf dem Weg nach Berlin (West) Gegenmaßnahmen ergriffen würden. Denkbar sei eine Einstellung der Visa-Erteilung an Bürger der UdSSR, wobei es auf ein „paralleles Vorgehen“ der NATO-Staaten ankommen würde. Als Ziel der Han-

delsgespräche mit den Ostblock-Staaten erwähnt Carstens, daß das dort gegenüber der Bundesrepublik herrschende Mißtrauen etwas abgebaut werden solle. Angesichts der großen inneren Schwierigkeiten in der UdSSR wendet sich Ball dagegen, der sowjetischen Regierung langfristige Kredite zu gewähren und sie dadurch vom Zwang zu Einsparungen auf militärischem Gebiet zu befreien. Er äußert die Bitte, die Bundesregierung möge sich dafür verwenden, daß die NATO-Verbündeten – vor allem Frankreich – sich einer Beschränkung des Kreditvolumens und der Kreditfristen anschließen.

- 412 12.11. Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium S. 1434

Erhard äußert die Ansicht, daß amerikanisch-sowjetische Gespräche über „zweitrangige Fragen“ fortgesetzt werden sollten, auch wenn es keine Aussichten auf ein Übereinkommen in den zentralen Ost-West-Problemen gebe. Wichtig sei die Aufrechterhaltung eines direkten Kontaktes. Er hebt ferner die Übereinstimmung zwischen der deutschen und der amerikanischen Position hervor, langfristige Kredite an Ostblock-Staaten abzulehnen. Hinsichtlich der EWG versichert Erhard, daß die Bundesregierung keine Autarkie auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet anstrebe. Er spricht sich für mengenmäßige Regelungen im internationalen Getreidehandel aus, da die Entwicklung nicht allein über den Preis gesteuert werden könne. Weiterhin erklärt der Bundeskanzler, Kürzungen im deutschen Verteidigungshaushalt seien nicht geplant. Abschließend bringt er seine Überzeugung zum Ausdruck, daß ein Wiederaufleben nationalistischer Tendenzen und „eine Art Gaullismus“ in der Bundesrepublik unwahrscheinlich seien.

- 413 14.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1437

Carstens gibt eine Unterredung mit dem Bundestagspräsidenten wieder, der den Bundestag nach Berlin (West) einberufen möchte. Gerstenmaier habe der Auffassung des Staatssekretärs beigepflichtet, zunächst den drei Westmächten Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Carstens schlägt vor, der Bundeskanzler solle den Bundestagspräsidenten in einem Schreiben darauf hinweisen, daß die vorherige Fühlungnahme mit den drei Westmächten nötig sei, da diese die Verantwortung für Berlin trügen.

- 414 15.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 1439

Krapf informiert über den Stand der MLF-Verhandlungen. Die in Paris tagende Arbeitsgruppe habe sich über Ziel und Zweck der Streitmacht geeinigt und in Washington eine Untergruppe für die Beratung militärischer Probleme eingesetzt. Diese befasse sich insbesondere mit der Erarbeitung eines Konzepts für den operativen Einsatz der MLF und mit Vorarbeiten für die Einrichtung eines „Demonstrationsschiffs“ mit gemischten Besatzungen. Eine weitere Untergruppe in Paris

behandele rechtliche Fragen. Krapf erläutert den italienischen Vorschlag für eine Europäisierungsklausel, der jedoch in der MLF-Arbeitsgruppe noch nicht vorgelegt worden sei. Mit einer solchen Klausel dürfe jedoch nicht ein späteres Ausscheiden der USA aus der Streitmacht anvisiert werden; es komme lediglich darauf an, für die Zukunft die Möglichkeit offenzuhalten, daß eine Entscheidung über den Einsatz der Waffen mehrheitlich gefällt und damit europäisiert werde. Der Vertreter Großbritanniens vermeide es, sich auf eine klare Haltung zur MLF „auch nur andeutungsweise festzulegen“, und nehme eher eine Beobachterfunktion ein. Krapf weist darauf hin, daß eine zu große Rücksichtnahme auf die innenpolitische Situation einzelner Staaten eine Gefährdung des gesamten Projektes heraufbeschwören könne.

- 415      15.11. Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Lahr      S. 1444

Klaiber berichtet, der französische Außenminister teile den deutschen Standpunkt, daß es nicht im Interesse der NATO-Staaten liege, der UdSSR ohne Gegenleistung aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Couve de Murville habe in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß die französische Skepsis gegenüber dem angeblichen sowjetischen Entspannungswillen gerechtfertigt gewesen sei.

- 416      15.11. Ministerialdirektor Krapf an das Generalkonsulat in Hongkong      S. 1445

Krapf stellt klar, daß zwischen dem Auswärtigen Amt und Vertretern der Volksrepublik China keine wirtschaftspolitischen Gespräche geführt würden. Er bestätigt aber entsprechende Absichten des Vorsitzenden des „Ostausschusses der deutschen Wirtschaft“, Wolff von Amerongen.

- 417      18.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S. 1446

Carstens gibt eine Demarche des portugiesischen Botschafters wegen der vom Auswärtigen Amt geforderten Erklärung über den Endverbleib zugesagter Flugzeuge und wegen der sich verzögernden Auslieferung an Portugal wieder. De Bivar Brandeiro verwies darauf, daß die gewünschten Garantien gegeben worden seien. Außerdem handele es sich nicht um militärische Hilfe, sondern um einen Vertrag auf Gegenseitigkeit. Portugal stelle der Bundesrepublik „gewisse Anlagen“ zur Verfügung und erhalte dafür „gewisse Waffen und Einrichtungen“.

- 418      18.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Botschafter Roberts      S. 1447

Erhard hält es für ausgeschlossen, ein Abkommen über die MLF allein zwischen den USA und der Bundesrepublik abzuschließen. Roberts hebt die wachsende Zustimmung zu dem Projekt in Großbritannien hervor, da nun deutlicher die politischen Aspekte gesehen würden; eine Entscheidung vor den

Unterhauswahlen von 1964 sei jedoch nicht zu erwarten. Der Bundeskanzler beurteilt die Möglichkeit skeptisch, einen Krieg lokal begrenzen zu können. Die Gewißheit, daß ein nuklearer Schlag einen nuklearen Gegenschlag auslöse, sei die beste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens. Der Botschafter berichtet, daß seine Regierung zur Fortsetzung der Gespräche über die Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten bereit sei. Ministerpräsident Chruschtschow schein e allerdings aufgrund außen- und wirtschaftspolitischer Schwierigkeiten daran nicht interessiert zu sein. Über die sowjetische „Lieblingsidee“ eines Nichtangriffsabkommens könne dagegen nur gesprochen werden, wenn dadurch die DDR nicht aufgewertet und darüber hinaus „Zusicherungen“ für Berlin (West) gegeben würden. Erhard spricht sich gegen eine Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR aus, die lediglich einer Verstärkung ihres Militärpotentials zugute kämen.

- 419      19.11.    Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt      S. 1452

Knapstein bilanziert den Stand der amerikanisch-französischen Beziehungen. In der Frage der atomaren Zusammenarbeit sei keine Annäherung festzustellen, zumal sich das in einem Schreiben des amerikanischen Präsidenten vom 25. Juli 1963 an den französischen Staatspräsidenten enthaltene Angebot offensichtlich nicht auf die Weitergabe von nuklearem „Know-how“ bezogen habe. Außerdem gefährde de Gaulle aus Sicht der USA die Fortentwicklung der EWG und die Kooperation in der NATO. Unstimmigkeiten gebe es auch hinsichtlich der Abrüstungsverhandlungen und der Ost-West-Gespräche sowie hinsichtlich der Politik gegenüber Vietnam. Da vor Abschluß der Aufbauphase der Force de frappe nicht mit einer politischen Annäherung zu rechnen sei, bemühe sich Kennedy, eine weitere Verschärfung des Verhältnisses zu vermeiden und trotz aller Verstimmung über de Gaulle „die Tür zur Aussöhnung“ stets offen zu halten.

- 420      21.11.    Bundesminister Scheel an Bundesminister Schröder      S. 1454

Scheel bittet darum, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit künftig an Reisen des Bundespräsidenten in Entwicklungsländer zu beteiligen, da diese Besuche in aller Regel Auswirkungen auf die materielle Gestaltung der Entwicklungspolitik hätten.

- 421      21.11.    Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris      S. 1455

Zu Beginn betont der französische Staatspräsident, erst wenn die EWG „im vollen Sinne“ geschaffen sei, könne ein umfassender Handel der Gemeinschaft mit anderen Staaten ins Auge gefaßt werden. Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß zeitgleich mit den Fortschritten auf agrarpolitischem Gebiet

die Vorbereitungen zur Kennedy-Runde getroffen werden müßten. Er macht auf die Schwierigkeit aufmerksam, in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit einen festen Getreidepreis durchzusetzen. De Gaulle spricht sich für den Mansholt-Plan als Verhandlungsgrundlage aus und hält es für unerlässlich, daß die Getreidepreisregelung zu dem in Brüssel vereinbarten Zeitpunkt getroffen werde. Anderenfalls könne der Gemeinsame Markt nicht verwirklicht werden. Erhard plädiert für eine verstärkte politische Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaft. Die EWG-Kommission konzentrierte sich lediglich auf eine Fusion der Organe und versuche überdies, nationale Kompetenzen an sich zu ziehen. Er hält den Zeitpunkt für günstig, ein Treffen der Regierungschefs der sechs EWG-Staaten vorzuschlagen, um deutlich zu machen, „daß hier ein originärer politischer Wille vorhanden sei“. De Gaulle, der sich ebenfalls gegen die Übertragung nationaler Kompetenzen an supranationale Einrichtungen wendet, befürwortet diese Initiative.

- 422      21.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Pompidou in Paris      S. 1465

Der Bundeskanzler und der französische Ministerpräsident erörtern Fragen der Europa- und der Wirtschaftspolitik. Pompidou betont, daß auch Frankreich sich positive Ergebnisse von der Kennedy-Runde erhoffe und eine Ausweitung des Handels im ganzen atlantischen Raum anstrebe. Jedoch müsse zuerst der Aufbau des Gemeinsamen Marktes, vor allem in der Landwirtschaft, abgeschlossen sein. Erhard weist darauf hin, daß die Verabschiedung der noch ausstehenden Marktordnungen mit einer „klaren Haltung in der Kennedy-Runde“ gekoppelt sein müsse und daß die Bundesregierung großen Wert auf die Entwicklung der Beziehungen der EWG zu Drittstaaten lege. Von der Lösung der Frage des gemeinsamen Getreidepreises erhofft der Bundeskanzler – wie auch Pompidou – positive Auswirkungen auf die europäische Landwirtschaft. Beide sind der Ansicht, daß es aufgrund der unterschiedlichen natürlichen und klimatischen Bedingungen in der Bundesrepublik und in Frankreich zu einer gewissen „Spezialisierung“ im landwirtschaftlichen Bereich kommen müsse. Erhard bemerkt jedoch, daß er „sich hüten werde, dies laut in Deutschland zu sagen“. Abschließend werden Zollfragen erörtert, wobei der Bundeskanzler betont, daß es nach Vollendung eines Gemeinsamen Marktes weder Zölle noch Steuergrenzen geben dürfe.

- 423      21.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris      S. 1470

Erhard drückt seine Sorge über die französische NATO-Politik aus. Es gelte, mittels einer umfassenden atomaren Abschreckung einen konventionellen Teilkrieg unmöglich zu machen. Aus deutscher Sicht könnten nur die USA den notwendi-

gen Schutz bieten. De Gaulle weist darauf hin, daß ein amerikanischer Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der Verbündeten unvermeidlich einen atomaren Gegenschlag und damit die Vernichtung der USA provozieren würde. Es sei fraglich, ob die Bereitschaft bestehe, dieses Risiko angesichts eines vielleicht begrenzten sowjetischen Angriffs einzugehen. Wahrscheinlicher sei, daß zunächst konventionelle Waffen eingesetzt und damit Deutschland und Frankreich der Zerstörung preisgegeben würden. Daher brauche Europa eigene Atomwaffen. Der Staatspräsident versichert, Frankreich werde bei einem sowjetischen Angriff auf die Bundesrepublik sofort seine nuklearen Waffen einsetzen. Unter dem Vorbehalt einer eigenen atomaren Verteidigungskapazität befürwortet de Gaulle das Bündnis mit den USA, das nicht mit der NATO, einer „provisorischen und augenblicklichen Organisationsform dieses Bündnisses“, verwechselt werden dürfe. Erhard erwidert, das deutsche Vertrauen in die USA sei ein „Glaubensbekenntnis“. Die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik sowie die Bedeutung Europas für den Erhalt der Weltmachtposition der USA seien Garant für den Einsatz der amerikanischen Atomwaffen im Konfliktfall. Seine Haltung zur MLF sei eher skeptisch, weil viele Staaten nicht einmal die Lagerung nuklearer Waffen auf ihrem Territorium zulassen wollten. De Gaulle führt abschließend aus, daß Großbritannien nach einem Verzicht auf eine unabhängige atomare Streitmacht „nicht mehr interessant“ für die Verteidigung Europas sei.

- 424      21.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris      S. 1479

Im Mittelpunkt stehen Fragen der Europa- und Verteidigungspolitik sowie der Beziehungen zur UdSSR. Schröder und Couve de Murville stimmen überein, daß die sowjetische Regierung lediglich aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage an einer Verständigung mit den Westmächten interessiert sei. Der französische Außenminister schlägt vor, bei der Kreditgewährung keine längeren Fristen als üblich einzuräumen. Zu einem diesbezüglichen offiziellen Übereinkommen im Rahmen der NATO werde es jedoch aufgrund der britischen Haltung nicht kommen. Die Gesprächspartner sind sich einig, daß der Gegensatz zur Volksrepublik China keine Auswirkungen auf die sowjetische Westeuropa-Politik habe. Couve de Murville kündigt eine Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China an; offen sei aber noch, ob Frankreich bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen gehen wolle. Zur NATO bemerkt der Bundesminister, daß der Bundesrepublik an einer möglichst weitgehenden Integration sowie an einer Einführung der Strategie der Vorwärtsverteidigung gelegen sei. Couve de Murville weist auf die Möglichkeit einer Reorganisation der Allianz hin, die an die deutsch-französische Zusammenarbeit „gebunden“ sein solle.

- 425    23.11. Erklärung des Bundeskanzlers Erhard (Entwurf)    S. 1487
- Der Bundeskanzler erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft, Israel im Rahmen der Entwicklungshilfe weiterhin Kredite auf kommerzieller Basis zur Fortführung des wirtschaftlichen Aufbaus zu gewähren.
- 426    23.11. Vermerk des Staatssekretärs Lahr    S. 1487
- Lahr spricht sich für verbesserte handelspolitische Beziehungen zwischen der EWG und Israel aus und schlägt Zugeständnisse im Sinne der Schaffung eines Zollkontingents für Zitrusfrüchte sowie einer Liberalisierung der Einfuhr israelischer Hauptexportprodukte vor. Er verweist darauf, daß eine Assoziation mit der EWG bisher von Israel nicht beantragt worden sei und auch keine Aussicht auf Erfolg haben würde.
- 427    25.11. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt    S. 1489
- Grewe trägt erneut Bedenken gegen den von der Bundesregierung erwogenen Vorschlag vor, die alliierten Militärmissionen in Deutschland als Bodenbeobachtungsposten zu benutzen. Die auf besatzungsrechtlicher Grundlage operierenden Missionen unterlägen keiner deutschen Kontrolle und seien, anders als Bodenbeobachtungsposten in anderen Staaten, voll beweglich. De facto würde damit eine „besatzungsrechtliche Rüstungskontrolle“ durch die Alliierten errichtet. Der Botschafter hebt hervor, daß die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten nicht am Einspruch der Bundesrepublik gegen Arrangements mit der DDR scheitern sollte, sondern ist überzeugt, daß dies durch andere „taktische Möglichkeiten“ erreicht werden könne.
- 428    26.11. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt    S. 1491
- Klaiber berichtet über eine Unterredung mit dem Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium. Lucet äußerte sich unter Berufung auf Staatspräsident de Gaulle befriedigt über den „reibungslosen Übergang von der Ära Adenauer zur Ära Erhard“. Er kündigte die Unterstützung der französischen Regierung für eine zuvor mit ihr abgestimmte Europa-Initiative an, distanzierte sich aber von dem Vorschlag des belgischen Außenministers Spaak, eine „politische europäische Kommission“ nicht weisungsgebundener Persönlichkeiten nach dem Vorbild der EWG-Kommission einzusetzen.
- 429    26.11. Bundesminister Schröder, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt    S. 1493
- Schröder hält ein Gespräch des amerikanischen Präsidenten mit Bundespräsident Lübke und Bundeskanzler Erhard fest. Johnson bekräftigte die Bereitschaft der USA, ihre Kampf-

truppen in der Bundesrepublik zu belassen und ihre NATO-Verpflichtungen zu erfüllen. Er erklärte, er wolle die von Präsident Kennedy begonnene Politik der Handelsexpansion fortführen, und äußerte die Bitte, der Bundeskanzler möge ihn dabei unterstützen, die Kennedy-Runde zum Erfolg zu führen.

- 430      26.11.    Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt      S. 1495

Der Botschafter berichtet über eine Unterredung des Bundeskanzlers mit dem britischen Premierminister. Beide rechneten damit, daß der Tod des Präsidenten Kennedy ein vorübergehendes Führungsvakuum hervorrufen werde. Da Frankreich nicht die Initiative in Europa überlassen werden dürfe, hielt Douglas-Home eine engere deutsch-britische Zusammenarbeit für dringend erforderlich. Erhard stellte die Themen vor, über die er bei seinem Besuch in Großbritannien sprechen wolle, und hob besonders die unterschiedlichen deutschen und britischen Ansichten in der Frage langfristiger Kredite an die UdSSR hervor. Beide Regierungschefs waren der Ansicht, daß ein Bruch Frankreichs mit der NATO nicht unmittelbar bevorstehe. Der Bundeskanzler befürchtete jedoch „einen Stillstand in allen Fragen der Allianz und der europäischen Integration“. Abschließend führte Douglas-Home aus, daß ein Nichtangriffsabkommen ohne sowjetische Zusicherungen bezüglich der Sicherheit von sowie des Zugangs nach Berlin (West) nicht in Frage komme. Erhard stellte dagegen die negativen Auswirkungen eines solchen Abkommens auf die Situation in Europa und auf das geteilte Deutschland heraus.

- 431      26.11.    Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium, in Washington      S. 1499

Der Bundeskanzler unterrichtet den Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium über seine Gespräche mit dem französischen Staatspräsidenten. De Gaulle strebe eine rasche Lösung der zwischen den USA und der EWG strittigen Wirtschaftsfragen an; die innereuropäische Einigung auf einen gemeinsamen Getreidepreis sei jedoch weiterhin problematisch. Erhard ist der Ansicht, daß das „Getreideproblem“ vereinfacht werden könnte, wenn den USA ein Anteil auf dem europäischen Markt garantiert werden würde. Ball zeigt sich besorgt über mögliche Auswirkungen des Mansholt-Vorschlags auf amerikanische Agrarexporte in die EWG-Staaten und macht deutlich, daß die amerikanische Regierung vor einer Entscheidung konsultiert zu werden wünsche. Erhard erläutert das Ziel von de Gaulle, aus Westeuropa einen von den USA unabhängigen „Machtblock“ zu machen.

- 432      27.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1503  
Luedde-Neurath

Luedde-Neurath gibt ein Gespräch mit dem Vertreter der tschechoslowakischen Außenhandelsgesellschaft über eine Aufnahme amtlicher Beziehungen wieder. Die deutsche Seite schlug vor, mit Besprechungen über einen Austausch von Handelsvertretungen zu beginnen und dabei dem mit Polen, Rumänien und Ungarn vereinbarten Procedere zu folgen. Urban äußerte die Hoffnung, daß Handelsvertretungen das bislang zeitraubende Verfahren der Erteilung von Sichtvermerken vereinfachen könnten.

- 433      27.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1505

Carstens faßt ein Gespräch mit dem äthiopischen Botschafter über den Stand der bilateralen Beziehungen zusammen. Die Frage von Lemma nach der Möglichkeit deutscher Waffenlieferungen beantwortete der Staatssekretär mit dem Hinweis, daß die Bundesrepublik Lieferungen in Spannungsgebiete grundsätzlich ablehne.

- 434      27.11. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem S. 1507  
britischen Abgeordneten Brown

Im Mittelpunkt stehen die Außenpolitik der USA und die Entspannungspolitik. Carstens rechnet damit, daß Präsident Johnson die Linie seines Vorgängers beibehalten, sich wegen des bevorstehenden Wahlkampfs aber stärker auf die Innenpolitik konzentrieren werde. Der Labour-Politiker äußert Unverständnis gegenüber den deutschen Einwänden gegen ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt. Carstens erwidert, daß ein solcher Vertrag die DDR aufwerten könnte; grundsätzlich müsse bei allen Entspannungsversuchen das Deutschland- und Berlin-Problem in seiner „vollen Bedeutung“ berücksichtigt werden. Während sich Brown für eine rüstungsverdünnte Zone in Mitteleuropa ausspricht, legt Carstens dar, daß die Bundesrepublik einem solchen Vorschlag nur nähertreten könne, wenn er das gesamte kontinentale Europa einschließlich wesentlicher Teile der UdSSR einbeziehe.

- 435      28.11. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1510

Carstens berichtet, daß der Auswärtige Ausschuß des Bundesrates die Gesetzesvorlage zum Teststopp-Abkommen einstimmig gebilligt habe. Bedenken wegen einer Zulassung der DDR zu einer möglichen Revisionskonferenz habe er mit dem Hinweis auf die amerikanische und britische Haltung sowie auf die positive Reaktion von 96 befreundeten Staaten, die im August 1963 um eine Stellungnahme gebeten worden seien, zerstreuen können.

- 436 28.11. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1511
- Zur Vorbereitung eines Gesprächs mit dem französischen Botschafter de Margerie erläutert Carstens, wie der „Fall Argoud“ beigelegt werden könne. Da die französische Seite der deutschen Forderung nach Überstellung des ehemaligen Obersten nicht werde nachkommen können, seien eine offizielle Entschuldigung der französischen Regierung, die Bestrafung der an der Entführung von Argoud Beteiligten und die Zusage, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen würden, erforderlich.
- 437 28.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1513
- Lahr hält ein Gespräch mit dem Leiter der Israel-Mission fest. Shinnar zeigte sich befriedigt über die Bereitschaft zur Fortsetzung der finanziellen Hilfe für Israel, machte aber auf weitergehende Zusagen der früheren Bundesregierung aufmerksam. Lahr mahnte zu offizieller Zurückhaltung in der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wofür Shinnar Verständnis bekundete. Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR und zur Forderung nach deren gesetzlicher Einschränkung betonte Shinnar, es komme vor allem darauf an, daß überhaupt ein Gesetz erlassen werde, und weniger auf dessen Einzelheiten.
- 438 28.11. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 1516
- Lahr berichtet über eine Unterredung mit dem tunesischen Botschafter, der sich enttäuscht über die bisherige deutsche Entwicklungshilfe äußerte. Bouziri wies darauf hin, daß z.B. Algerien trotz seiner Kontakte zu kommunistischen Staaten großzügigere Zuwendungen seitens der Bundesrepublik erhalten als Tunesien, das aufgrund seiner politischen Ausrichtung allein auf westliche Hilfe angewiesen sei. Er bat um Aufklärung darüber, ob im kommenden Jahr mit einer Erhöhung der Unterstützung zu rechnen sei. Lahr sagte eine Aufstokkung der Beträge für 1963 zu und sprach die Möglichkeit eines Investitionsschutz-Abkommens an.
- 439 28.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1518
- Carstens berichtet über eine Unterredung mit dem Leiter der rumänischen Handelsvertragsdelegation. Der Staatssekretär teilte Petri mit, daß nach vorliegenden Informationen eine größere Zahl von rumänischen Staatsbürgern deutscher Abstammung den Wunsch habe, in die Bundesrepublik überzusiedeln, und bat um Unterrichtung der zuständigen rumänischen Stellen. Petri sagte dies zu. Erläuternd fügte er hinzu, in Rumänien gelte das Prinzip der Freizügigkeit, doch müßten übergeordnete Gesichtspunkte wie die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer Auswanderung berücksichtigt werden.

- 440      29.11.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S. 1520
- Carstens nimmt zu Spekulationen über eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Stellung. Als Konsequenzen einer solchen Maßnahme nennt er, daß den Befürwortern einer atomwaffenfreien Zone in Europa Auftrieb gegeben werde, daß die Sicherheit der Bundesrepublik, Berlins und Europas in Mitleidenschaft gezogen und daß die Glaubwürdigkeit amerikanischer Zusicherungen untergraben würden. Der Staatssekretär schlägt vor, die Botschaft in Washington anzuweisen, diese Bedenken der amerikanischen Regierung vorzutragen.
- 441      02.12.    Staatssekretär Carstens an Botschafter Klaiber, Paris      S. 1522
- Carstens faßt ein Gespräch mit dem französischen Botschafter über den „Fall Argoud“ zusammen. De Margerie beschwerte sich darüber, daß der ehemalige Oberst in die Bundesrepublik habe einreisen können und dort von den Behörden nicht an seinen Aktivitäten gehindert worden sei; sogar einen Umsturz und ein Attentat gegen Staatspräsident de Gaulle habe er vorbereitet. Sollte die Bundesregierung in dieser Angelegenheit eine Note übermitteln wollen, so würde sie von französischer Seite zurückgewiesen. Daraufhin machte der Staatssekretär auf „prima facie-Beweise“ einer Beteiligung französischer Dienststellen an der Entführung aufmerksam. Dies stelle eine Verletzung der deutschen Gebietshoheit und der Verfassung dar. Carstens kommt zu dem Schluß, daß angesichts der „immer intransigenter werdenden“ französischen Haltung nur die Forderung nach Überstellung von Argoud bleibe.
- 442      02.12.    Runderlaß des Staatssekretärs Carstens      S. 1524
- Carstens informiert über ein Gespräch mit dem niederländischen Botschafter. Van Ittersum beurteilte den Vorschlag einer Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten zur Stärkung der politischen Zusammenarbeit in der Gemeinschaft negativ, da der Zeitpunkt für eine solche Initiative ungünstig sei. Eine ähnliche Haltung nehme auch Italien ein. Carstens erklärte, er persönlich sei auch der Ansicht, daß zunächst Ergebnisse bei der Lösung der Agrarprobleme der EWG und bei der Vorbereitung der Kennedy-Runde abgewartet werden sollten.
- 443      02.12.    Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Meyer-Lohse      S. 1526
- Meyer-Lohse faßt die politischen Ziele gegenüber den lateinamerikanischen Staaten zusammen. Entscheidend sei, die Bindung des Subkontinents an die westliche Welt zu erhalten. So werde am Ausbau politischer Beziehungen ebenso gearbeitet wie an der Förderung der Handelsbeziehungen und der Entwicklungshilfe, die in erster Linie in Form von technischer Hilfe geleistet werde. Darüber hinaus gelte besondere Auf-

merksamkeit der Vertiefung zwischenmenschlicher Kontakte sowie der Kulturarbeit. Im Bereich der Entwicklungshilfe für Lateinamerika befürwortete die Bundesrepublik eine Kooperation mit europäischen Staaten sowie eine Abstimmung mit der Politik der USA.

- 444      02.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 1529

Lahr hält das Ergebnis einer Besprechung mit Vertretern eines Konsortiums deutscher Firmen aus den Sparten Chemie und Anlagenbau fest. Diese informierten den Staatssekretär, daß sie zusammen mit einem französischen Konsortium gute Aussichten hätten, von der UdSSR einen Auftrag für den Bau einer Raffinerie und einer petrochemischen Anlage im Wert von über einer Milliarde DM zu erhalten. Lahr gibt zu bedenken, daß die erwogenen Zahlungsmodalitäten einen Bruch mit dem bislang vertretenen Grundsatz der Barzahlung darstellen. Die einzige Möglichkeit, das Geschäft zu verhindern, sieht er darin, daß einige der für die petrochemische Anlage benötigten Maschinen unter die COCOM-Handelsbeschränkungen fallen.

- 445      03.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem österreichischen Außenminister Kreisky      S. 1532

Bundeskanzler Erhard und der österreichische Außenminister erörtern den Stand der Verhandlungen über eine Assoziierung Österreichs mit der EWG. Kreisky schildert die Probleme, die aus dem französischen Drängen auf eine baldige Entscheidung zwischen EWG und EFTA erwachsen. Insbesondere seien Schwierigkeiten mit der UdSSR in der Frage der Neutralität zu erwarten. Er bittet die Bundesregierung, diese „Gretchenfrage“ für die nächsten Monate nicht zu stellen. Erhard zeigt Verständnis für die Lage Österreichs. Abschließend bittet Kreisky um eine Wiederaufnahme von Sachverständigengesprächen über Fragen, die mit der von der Bundesregierung geplanten Gesetzgebung zugunsten von Flüchtlingen und Vertriebenen zusammenhängen.

- 446      03.12. Generalkonsul Böx, Helsinki, an das Auswärtige Amt      S. 1535

Der Generalkonsul berichtet von den Versuchen der sowjetischen Botschaft in Helsinki, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen Finnlands zur Bundesrepublik zu stören. Ziel dieser Politik sei es, Finnland zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR zu drängen und damit einen Prozeß der Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit in Bewegung zu setzen.

- 447    03.12.    Gespräch des Bundesministers Schröder mit den    S.1538  
                  Europa-Abgeordneten Battista und Furler
- Der Vorsitzende des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Battista, und der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Furler, erläutern ihr Anliegen, sich in Gesprächen mit Außenministern von EWG-Staaten ein Bild von den Erfolgsaussichten einer Initiative des Parlaments für eine europäische politische Union zu machen. Während der französische Außenminister Couve de Murville das Vorhaben befürwortet und vorgeschlagen habe, an die Arbeit der Fouchet-Kommission anzuknüpfen, habe sich sein niederländischer Amtskollege Luns sehr ablehnend verhalten. Von belgischer und luxemburgischer Seite sei der Gedanke einer Initiative grundsätzlich positiv aufgenommen worden, doch hätten Spaak und Schaus die Ansicht vertreten, daß zunächst die Regelung der offenen Agrarfragen abgewartet werden solle. Schröder betont die prinzipiell positive Haltung der Bundesregierung, bezweifelt aber, daß ein solcher Vorstoß zum gegenwärtigen Zeitpunkt Aussicht auf Erfolg habe. Wichtig sei, daß Großbritannien in die Initiative einbezogen werden müsse.
- 448    04.12.    Staatssekretär Carstens an Botschafter Weber, Kairo    S.1540
- Vor dem Hintergrund des Vertrags zwischen der DDR und dem Jemen über den Austausch von Generalkonsulaten weist Carstens den Botschafter an, die ägyptische Regierung dazu zu bewegen, die Tätigkeit des Repräsentanten der DDR in der VAR zu unterbinden oder wenigstens drastisch einzuschränken. Vor allem solle Herrn Kiese Wetter, dem es gelungen sei, den jemenitischen Außenminister Jacub zu „überfahren“, untersagt werden, den Titel eines Botschafters zu führen.
- 449    04.12.    Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt    S.1543
- Groepper berichtet über Behauptungen des sowjetischen Ministerpräsidenten gegenüber westlichen Besuchern, daß der französische Staatspräsident 1960 geäußert habe, er sei an der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands interessiert. Nach Auskunft der französischen Botschaft in Moskau handelt es sich jedoch bei dieser Aussage um eine bewußte Entstellung der Tatsachen. Wohl habe sich de Gaulle in der Vergangenheit gegenüber Chruschtschow zur Möglichkeit einer baldigen Wiedervereinigung pessimistisch geäußert; die Fortdauer der kommunistischen Herrschaft in der DDR und der deutschen Teilung liege jedoch nicht in französischem Interesse.
- 450    05.12.    Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem    S.1545  
                  sowjetischen Botschafter Smirnow
- Anläßlich des Wechsels im Amt des Bundeskanzlers ist Smirnow an einer aktuellen Bewertung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gelegen. Er erwähnt den Spannungswillen

des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer und dessen „Burgfriedensplan“, der kurz vor dem Rücktritt noch einmal aufgegriffen worden sei. Die Rede des Bundesministers vom Vortag vor der WEU erscheine ihm jedoch eher als Beweis, daß kein Interesse an einem besseren Verhältnis zur UdSSR bestehe. Schröder erwidert, daß die Regierung Erhard keine außenpolitische Neuorientierung anstrebe. Er seinerseits sei enttäuscht über die Angriffe des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 19. September 1963 auf die Bundesrepublik, und auch Adenauer sei über die sowjetische Reaktion auf den „Burgfriedensplan“ enttäuscht gewesen. Schröder führt den Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen als Beweis für deren Willen zur Entspannung an. Er legt die gegensätzlichen Auffassungen zur Deutschland-Frage dar und betont, daß dennoch Raum für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen bleibe. Smirnow verweist dagegen auf die Existenz eines latenten deutschen Militarismus und Revanchismus und gibt die Äußerung eines „sehr namhaften deutschen Politikers“ wieder, daß die UdSSR wie eine Festung belagert und ausgehungert werden müsse. Schröder erklärt, dabei handele es sich lediglich um eine bildhafte Redewendung für den friedlichen Austausch wirtschaftlicher Leistungen gegen politische Zugeständnisse.

- 451      06.12.    Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Staatssekretär Carstens      S.1552

Aufgrund eigener Gesprächsnotizen gibt Lilienfeld Teile aus einer Unterredung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten vom 8. Oktober 1963 wieder. Kiesinger habe damals versucht, die französische Haltung zu erläutern, und dabei einen in Europa verbreiteten „Satelliten-Komplex“ gegenüber den USA erwähnt. Kennedy habe im Gegensatz dazu den partnerschaftlichen Charakter der Beziehungen betont und versichert, daß die sechs amerikanischen Divisionen in voller Kampfstärke in der Bundesrepublik verbleiben würden. Lilienfeld fügt hinzu, daß sich Kiesinger nach Rückkehr aus den USA bei der Wiedergabe dieses Gesprächs vermutlich „um eine Nuance geirrt“ habe, weil der Eindruck erweckt worden sei, die USA erwögen den Rückzug einer ganzen Division. Der Gesandte macht abschließend darauf aufmerksam, daß sich Kennedy zudem am 31. Oktober 1963 „endgültig“ gegen eine Reduzierung amerikanischer Kampftruppen in der Bundesrepublik ausgesprochen habe.

- 452      06.12.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S.1554

Carstens faßt eine Besprechung im Bundeskanzleramt über den Vorschlag des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Abusch, hinsichtlich einer Passierschein-Regelung für Berlin zusammen. Es wurde beschlossen, der DDR durch den Leiter der Treuhandstelle für den Interzonen-

handel, Leopold, Verhandlungsbereitschaft signalisieren zu lassen.

- 453      06.12.    Botschafter Knapstein, Washington, an Staatssekretär Carstens      S.1555

Knapstein nimmt zur Frage einer Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa Stellung. Er ist – wie auch Bundesminister von Hassel – der Überzeugung, daß in Regierungskreisen und innerhalb der militärischen Führung der USA niemand an eine solche Maßnahme denke. Auf „Kräfte jenseits des Regierungslagers“, die eine andere Auffassung vertreten, müsse „diskret“ Einfluß genommen werden; dies könne, soweit es sich um Mitglieder des Repräsentantenhauses oder um Senatoren handele, durch die Botschaft geschehen. „Hauptakteure“, wie z. B. der ehemalige Präsident Eisenhower, sollten von höherer Stelle angesprochen werden; denkbar sei ein persönliches Schreiben des Bundeskanzlers Erhard. Knapstein äußert abschließend die Ansicht, daß die fraglichen Äußerungen nicht zu ernst genommen werden sollten. Sie könnten als Propaganda im laufenden amerikanischen Wahlkampf oder als ein Versuch, die europäischen Verbündeten zu verstärkten konventionellen Verteidigungsanstrengungen zu bewegen, gedient haben.

- 454      06.12.    Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow      S.1558

Im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich sehen Erhard und Smirnow Möglichkeiten, die bilateralen Beziehungen fortzuentwickeln. Auf politischem Gebiet erkennt der Bundeskanzler jedoch angesichts der Weigerung der UdSSR, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, keine Ansatzpunkte zur Lösung strittiger Fragen. Während er sich gegen die sowjetische Zwei-Staaten-Theorie ausspricht, auf die Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland hinweist und freie Wahlen unter internationaler Kontrolle in beiden Teilen Deutschlands vorschlägt, unterstreicht Smirnow die Notwendigkeit von Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Zum innerdeutschen Verhältnis äußert Erhard die Vorstellung, mittels wirtschaftlicher Vereinbarungen eine Veränderung der politischen Situation erreichen zu können. Das Ziel sei, die menschlichen Kontakte zwischen den Deutschen in Ost und West wiederherzustellen und reger zu gestalten; deshalb müsse „die Mauer poröser“ werden. Smirnow führt dazu aus, einem Versuch, die DDR über wirtschaftliche Maßnahmen zu beseitigen, werde kein Erfolg beschieden sein. Eine Anregung des Bundeskanzlers, die Repatriierung von „Volksdeutschen“ aus der UdSSR zum Thema bilateraler Gespräche zu machen, weist der sowjetische Botschafter zurück.



- 458      09.12. Bundesminister Schröder an Bundesminister Schmücker      S.1573

Schröder nimmt zur Frage der Delegationsführung bei Verhandlungen mit den Ostblock-Staaten Stellung. Habe es bis vor einiger Zeit im Interesse der Bundesregierung gelegen, den Gesprächen einen rein fachlichen Charakter zu geben und die Verhandlungsführung dem zuständigen Fachressort zu überlassen, gelte es nun, im Rahmen der durch die Politik der Nichtanerkennung gesetzten Grenzen das politische Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten „aufzulockern“. Nicht zuletzt wegen der zentralen Rolle der Berlin-Frage bei den Verhandlungen kommt Schröder zu dem Schluß, daß die Gesprächsführung beim Auswärtigen Amt liegen müsse.

- 459      09.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler      S.1575

Schröder und Butler stimmen überein, daß die Gespräche mit der UdSSR fortgesetzt werden sollen. Der britische Außenminister nennt als mögliche Themen die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten und die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Schröder legt dar, daß nur einem Nichtverbreitungsabkommen mit weltweiter Geltung zugestimmt werden könne, und erinnert an den bereits 1954 ausgesprochenen Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von ABC-Waffen. Im Gegenzug hätten die Westalliierten zugesagt, sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen und den nuklearen Schutz der Bundesrepublik zu übernehmen. Diese „ursprüngliche Position“ würde um so mehr „geschwächt“, je weiter sich die Westmächte auf ein Abkommen über Nichtverbreitung einließen, das zudem die DDR einbeziehen würde. In der Frage der Bodenbeobachtungsposten führt der Bundesminister aus, daß diese „an sich nützliche Idee“ durch das sowjetische Drängen auf ihre Koppelung mit der Schaffung einer rüstungsverdünnten Zone in Mitteleuropa zum Nachteil des Westens verändert worden sei. Die Gesprächspartner charakterisieren die gegenwärtige Lage der NATO als schwierig. Schröder hofft auf ein Zustandekommen der MLF, deren Wert sich daran erkennen lasse, daß sie in Frankreich und in der UdSSR auf Ablehnung stoße. Butler bemerkt dazu, Großbritannien beteilige sich „weitgehend aus Rücksichtnahme auf die deutschen Überlegungen“ an den MLF-Gesprächen, und umreißt die Bedenken gegen das Projekt, die vor allem vom britischen Verteidigungsministerium vorgetragen würden. Als Zeichen des guten Willens unterstütze Großbritannien dennoch das Experiment eines „Demonstrationsschiffs“. Schröder führt aus, er halte eine „gewisse Synthese“ zwischen nationaler britischer Abschreckung und Beteiligung an der MLF für möglich, gibt allerdings zu bedenken, daß bei der endgültigen Entscheidung über das Projekt die militärischen Gesichtspunkte den politischen untergeordnet werden müßten.



und die EWG den USA sowie den „weißen“ Commonwealth-Staaten Einfuhrquoten für Weizen garantierte. Die Bundesrepublik werde sich stets für derartige liberale Lösungen einsetzen, denn aufgrund der Exportabhängigkeit ihrer Wirtschaft könne sie sich nicht „in den Käfig der EWG einschließen“ lassen. Die Gesprächspartner erörtern anschließend die westliche Kreditpolitik gegenüber der UdSSR. Auf die Frage von Butler, ob sich die Lage in der DDR durch wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik verbessern lasse, zeigt sich Erhard skeptisch, weil die „Machthaber in der Zone“ hart und unnachgiebig seien und zudem „die Entscheidung nicht bei Ulbricht, sondern in Moskau liege“. Er verweist auf den Versuch, für die Weihnachtstage eine Passierschein-Regelung für Berlin auszuhandeln, um „die Mauer etwas zu öffnen“.

- 463      10.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem      S.1611  
französischen Botschafter de Margerie

Der Botschafter legt dar, daß auf französischer Seite der Eindruck entstanden sei, die Bundesregierung halte eine Einigung über eine EWG-Marktordnung für Milch und Milchprodukte zum Jahresende 1963 für ausgeschlossen. Sollte dies der Fall sein, hätte die französische Regierung Schwierigkeiten, die Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde zu beginnen. Erhard erklärt, er sei bislang davon ausgegangen, daß die deutschen Subventionen für Milch und Milchprodukte akzeptiert würden; die Verhandlungen in Brüssel hätten jedoch ein anderes Ergebnis erbracht. Er verweist darauf, daß auch in Frankreich die Milchproduktion staatlich unterstützt werde, wenn auch nach einem anderen System als in der Bundesrepublik. Es müsse folglich in Brüssel darüber diskutiert werden, warum nur ein bestimmter Typ von Subventionen gestattet sei. Eine ersatzlose Streichung der von der EWG finanzierten Subventionen zu Lasten des Bundeshaushalts sei finanzpolitisch unmöglich, zumal dann der Bauer zum „völlig abhängigen Gehilfen des Staates absinken“ würde. Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß es nach den Römischen Verträgen durchaus die Möglichkeit gebe, die Marktordnungen für einzelne Produkte differenziert zu gestalten.

- 464      11.12. Botschafter Blankenhorn, Rom, an das Auswärtige Amt      S.1614

Blankenhorn berichtet über seinen Antrittsbesuch beim italienischen Außenminister. Saragat hob hervor, daß er die MLF befürworte, es jedoch innerhalb der Regierung „widerstrebende Elemente“ gebe, die noch gewonnen werden müßten. Ebenso unterstütze er die deutschen Bemühungen zur Überwindung der Teilung. Zur Lösung der Probleme des EWG-Agrarmarktes sei geduldiges Verhandeln erforderlich; die „Ultimaten“ der französischen Regierung sollten dabei nicht überbewertet werden. Weiter sprach sich Saragat für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und Großbritannien aus – allerdings nicht mit

dem Ziel der Schaffung einer „dritten Kraft“. Abschließend bat er, der kommunistischen Propaganda unter den italienischen Arbeitern in der Bundesrepublik entgegenzuwirken.

- 465**     11.12.   **Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wickert**     S.1617
- Der Leiter des Referats „Politische und sozialökonomische Strukturfragen des Ostblocks“ nimmt zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China Stellung. Er betont das westliche Interesse an einer Fortdauer des sowjetisch-chinesischen ideologischen Konflikts; daher sollte das chinesische Bestreben, sich ganz aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der UdSSR zu lösen, unterstützt werden. Wickert plädiert dafür, zunächst den Warenaustausch auf den früheren Stand zu bringen und zu versuchen, Berlin (West) in neue Handelsvereinbarungen einzubeziehen; letzteres könne indirekt auch zu einer Lockerung der sowjetischen Haltung in der Berlin-Frage beitragen. Den Austausch von Handelsvertretungen oder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bezeichnet er wegen der Teilung Chinas und wegen möglicherweise daraus resultierender Folgen für den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik als verfrüht.
- 466**     12.12.   **Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem türkischen Verteidigungsminister Sancar**     S.1620
- Unter Hinweis auf Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei, die zu Einschränkungen beim weiteren Ausbau der Armee geführt hätten, bekundet Sancar den Wunsch nach deutscher Verteidigungshilfe. Schröder unterstreicht das Interesse an einer Stärkung der türkischen Verteidigungskraft und schlägt vor, diese Frage im NATO-Ministerrat zu behandeln.
- 467**     13.12.   **Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen in Paris**     S.1621
- Im Rahmen einer Erörterung sicherheitspolitischer Fragen erläutert Ministerialdirigent Reinkemeyer die deutsche Skepsis gegenüber einem Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt und gegenüber der Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten. Die französische Seite lehnt Verhandlungen mit der UdSSR zum augenblicklichen Zeitpunkt überhaupt ab und weist sogar diesbezügliche Diskussionen im Ständigen NATO-Rat zurück. Anschließend informiert Reinkemeyer über die Ostpolitik der Bundesregierung. Es habe sich gezeigt, daß der Warschauer Pakt kein „monolithischer Block“ sei, sondern daß es Spannungen zwischen den einzelnen Staaten gebe. Der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, hebt hervor, daß Frankreich keine diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen gedenke; geprüft werde jedoch die Möglichkeit der Errichtung einer Handelsvertretung in Peking. Sein Stellvertreter Laloy bemerkt zur Passierschein-Frage, die französi-



- 470 14.12. Ministerialrat Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt S.1630
- Bömcke gibt den Inhalt eines Antrags an die EWG-Kommission wieder, in dem um Genehmigung für den Abschluß eines bis zum 31. Dezember 1966 befristeten Handelsabkommens mit Rumänien nachgesucht wird. Die Bedeutung des Abkommens – so die Argumente der Bundesregierung – liege in der Berlin-Regelung, die als „Musterfall“ für weitere Abkommen mit Ostblock-Staaten dienen könne, ferner in der Chance, das Klima für Familienzusammenführungen günstiger zu gestalten, und schließlich in einer Verbesserung der allgemeinen bilateralen Beziehungen. Die EWG-Kommission werde gebeten, ihre Bedenken hinsichtlich der Laufzeit des Abkommens – die eine von der Gemeinschaft festgesetzte Frist für Übereinkommen mit Staatshandelsländern um ein Jahr überschreite – zurückzustellen und dem EWG-Ministerrat die Genehmigung des Abkommens zu empfehlen.
- 471 14.12. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z. Z. Paris S.1633
- Carstens berichtet von einer Unterredung des Bundeskanzlers Erhard mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, über den Stand der Passierschein-Gespräche. Während Übereinstimmung über die technische Abwicklung erzielt worden sei, bereite die Regelung wichtiger formaler Fragen nach wie vor Schwierigkeiten. Die DDR bestehe darauf, ein Abkommen im Auftrag des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin abzuschließen und in diesem Ost-Berlin als „Hauptstadt der DDR“ zu bezeichnen. Der Senat von Berlin befürworte dagegen, daß jede Seite für sich ein – mit Ausnahme der Hauptstadt-Bezeichnung inhaltsgleiches – Gedächtnisprotokoll über die Vereinbarung anfertigen solle. Falls sich diese Regelung nicht durchsetzen lasse, könne eine Unterzeichnung durch Senatsrat Korber, einen mit technischen Funktionen ausgestatteten Beamten des Senats von Berlin, erwogen werden. Keinesfalls dürften jedoch in einer schriftlichen Vereinbarung Formulierungen verwendet werden, die sich auf den Regierenden Bürgermeister oder den Senat bezögen und im Sinne einer völkerrechtlichen Selbständigkeit von Berlin (West) interpretiert werden könnten.
- 472 15.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister Saragat in Paris S.1635
- Saragat bekräftigt, daß die neue italienische Regierung die Beziehungen zur NATO voll und ganz akzeptiere – trotz gewisser neutralistischer Tendenzen in der Sozialistischen Partei. Mit Schröder stimmt er überein, daß bei der MLF Fortschritte anzustreben seien; insbesondere bittet Saragat darum, die Bemühungen um eine Beteiligung Großbritanniens zu verstärken. Käme die MLF nicht zustande, wären Italien und die Bundes-

republik die „einzig größeren“ europäischen Staaten, die kein „Aufsichtsrecht“ über Atomwaffen hätten. Der Bundesminister erläutert die deutsche Position in den Verhandlungen über die Agrarmarktordnungen. Zwischen den Fortschritten im landwirtschaftlichen Bereich und konkreten Zusagen für die Kennedy-Runde bestehe eine „absolute Klammer“. Den 31. Dezember 1963 – nach französischer Auffassung letztmöglicher Termin für eine Einigung – betrachte er lediglich als „Arbeitsdatum“. Die Bundesregierung lasse sich in einer so ersten und wichtigen Sache nicht „künstlich unter Druck setzen“.

- 473      15.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern Rusk, Butler und Couve de Murville in Paris      S.1639

Schröder sieht keine Bereitschaft der UdSSR zu Verhandlungen über die Deutschland- und Berlin-Frage, hält jedoch angesichts möglicher politischer Vorstöße „Pankows“ – insbesondere auch nach Abschluß der Passierschein-Gespräche – eine Situation für denkbar, in der der Westen aus „psychologisch-propagandistischen“ Erwägungen mit einer Initiative hervortreten müsse. Er regt deshalb an, die Washingtoner Botschaftergruppe mit der Erarbeitung eines neuen Vorschlags zur Lösung der Deutschland-Frage zu betrauen. Als Vorbild könne der Zeitplan dienen, der 1956 zur Regelung der Saarfrage entwickelt worden sei; einige Empfehlungen seien auch bereits in New York vom „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ vorgelegt worden. Rusk, Butler und Couve de Murville stimmen unter dem Vorbehalt strikter Geheimhaltung grundsätzlich zu. Rusk hofft, daß Wiedervereinigung, europäische Sicherheit und wirtschaftliche Gegenleistungen ein „ganz zugkräftiges Paket“ darstellen könnten. Schröder spricht die Möglichkeit an, die bisherigen westlichen Pläne zu einer „Gesamtschau“ zusammenzusetzen, und verweist in diesem Zusammenhang auf den Vorschlag des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963. Im Falle einer Abstimmung in der DDR über die Wiedervereinigung rechnet der Bundesminister „absolut sicher“ mit der Mehrheit der Stimmen der dortigen Bevölkerung. Abschließend wenden sich die Außenminister den Passierschein-Gesprächen zu. Couve de Murville hält eine Schwächung der westlichen Position in diesem Zusammenhang für unvermeidlich, weil „der SBZ offensichtlich lediglich an einer Aufwertung gelegen sei“.

- 474      16.12. Botschafter Freiherr von Wendland, Saigon, an das Auswärtige Amt      S.1647

Wendland berichtet über eine Unterredung mit dem neuen südvietnamesischen Staatspräsidenten. General Duong Van Minh bedankte sich für die Kredithilfe durch die Bundesrepublik. Anschließend äußerte er sich kritisch zu der vom französischen Staatspräsidenten vorgeschlagenen Neutralisierung Vietnams, da sich eine solche Maßnahme in bezug auf die De-



- 477      18.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens      S.1656
- Carstens hält fest, daß das Auswärtige Amt erst kurz vor der Unterzeichnung der Passierschein-Regelung am 17. Dezember 1963 davon Kenntnis erhalten habe, daß der Text mit einer Unterschriftenformel schließe, in der auf einen Auftrag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Bezug genommen werde. Der unverzüglich unterrichtete Bundeskanzler Erhard sowie die Bundesminister Schröder und Krone hätten ihre großen Bedenken zurückgestellt, weil es für ein „Veto“ zu spät gewesen sei. Carstens legt dar, es sei anschließend darauf angekommen, den Rechtsstandpunkt der Bundesrepublik in den ebenfalls für den 17. Dezember 1963 vorgesehenen Erklärungen der drei Westalliierten, der Bundesregierung und des Senats von Berlin eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Die Alliierten wollten – wie der Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, telefonisch mitgeteilt habe – betonen, daß die Passierschein-Regelung den Status von Berlin nicht beeinträchtige und daß Berlin (West) nicht berechtigt sei, völkerrechtliche Verträge zu schließen. Daraufhin habe er selbst für die Erklärung der Bundesregierung vorgeschlagen, einen Passus über den Rechtsstatus von Berlin sowie die „Nichtanerkennung des Zonenregimes“ aufzunehmen.
- 478      19.12. Botschafter von Etzdorf, London, an das Auswärtige Amt      S.1658
- Etzdorf informiert über ein Gespräch mit dem Ständigen Vertreter der Montanunion in London. Nach Meinung von van Kleffens müßten die Warnungen des französischen Staatspräsidenten, den Prozeß der europäischen Integration zum Stillstand bringen zu wollen, wenn die französischen Agrarforderungen nicht erfüllt würden, ernst genommen werden. An der Kennedy-Runde sei de Gaulle wenig interessiert. Die Krise in der EWG werde von der amerikanischen und der britischen Regierung mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Gerade in Großbritannien werde die Gefahr erkannt, daß eine „Immobilisierung“ der Gemeinschaft nachteilige Folgen sowohl für den Zusammenhalt innerhalb der EFTA als auch für die Kennedy-Runde haben würde.
- 479      19.12. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Paris      S.1660
- Carstens teilt mit, daß er nicht mit einer positiven Antwort auf die Forderung der Bundesregierung nach Überstellung des ehemaligen Obersten Argoud rechne. Es werde allerdings erwartet, daß die französische Regierung „wenigstens“ ihr Bedauern über das Vorgehen französischer Behörden ausdrücken und eine gründliche Untersuchung der Vorgänge sowie „Nichtwiederholung“ zusichern werde. Weiterhin solle die Botschaft vorsorglich in Paris darauf aufmerksam machen, daß die Bundesregierung bei der etwaigen Verhängung eines Todesurteils zu erneuter Intervention genötigt sei und die Voll-

streckung sogar eine „Katastrophe“ für die bilateralen Beziehungen darstellen würde.

480      20.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften      S.1662

Haeften nimmt zur Rückführung von Deutschen aus der UdSSR Stellung. Entgegen der sowjetischen Behauptung, die Repatriierungsvereinbarung von 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR sei erfüllt, befänden sich noch etwa 10 000 „Reichsdeutsche“ und rund 25 000 „Volksdeutsche“ in der UdSSR. Er empfiehlt, dieses Thema im Zusammenhang mit den bevorstehenden Gesprächen über ein Handelsabkommen wiederaufzunehmen; dabei könnten Zugeständnisse an die UdSSR auf wirtschaftlichem Gebiet in Erwägung gezogen werden. Ebenso sei es unabdingbar, daß die Forderung nach Freigabe des Rubelkontos der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau auf die Tagesordnung der Verhandlungen gesetzt werde.

481      21.12.    Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf      S.1665

Ministerialdirektor Krapf informiert über die Tagung des NATO-Ministerrats vom 16./17. Dezember 1963, auf der die unterschiedliche Beurteilung der sowjetischen Politik durch die Vertreter der einzelnen Staaten deutlich geworden sei. Während der belgische Außenminister Spaak glaubte, einen grundlegenden Wandel feststellen zu können, vermutete sein französischer Amtskollege Couve de Murville hinter den sowjetischen Entspannungsvorschlägen das Bestreben, den Status quo in Europa zu festigen und die Position der Bundesrepublik zu schwächen. Der amerikanische Außenminister Rusk schloß sich im wesentlichen der französischen Position an, hielt jedoch eine Entwicklung „in kleinen Schritten“ für möglich. Bundesminister Schröder stimmte mit dem britischen Außenminister Butler darin überein, daß sich der Westen auch weiterhin um Entspannung bemühen solle; allerdings müßten das militärische Gleichgewicht sowie die Freiheit von Berlin (West) und die Forderung nach Selbstbestimmung für das deutsche Volk aufrechterhalten werden. Einer Entspannung könnten Vereinbarungen über Randprobleme von Politik und Abrüstung dienen, bei denen jedoch stets nach Ansatzpunkten zur Lösung der zentralen Fragen gesucht werden müßte.

482      23.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen      S.1667

Jansen faßt Informationen über ein Gespräch des französischen Staatspräsidenten mit Botschafter Klaiber zusammen. De Gaulle kritisierte die deutsche Haltung in den laufenden Brüsseler Verhandlungen und bestand darauf, daß die Agrarmarktordnungen bis zum 31. Dezember 1963 verabschiedet sein müßten. Klaiber betonte, daß die Bundesregierung zunächst zu einem Kompromiß mit den deutschen Bauern kommen müsse und daß nicht alle Einzelheiten bis zum fraglichen Termin geklärt sein müßten. Abschließend hob de Gaulle her-

vor, die französische Seite habe hinsichtlich der Kennedy-Runde bereits Entgegenkommen gezeigt, bezüglich der Agrarfragen sei es nun an der Bundesregierung, „die erforderlichen Schritte zu tun“. Bis zum Jahresende müßte „substantielle Einigkeit“ erzielt werden; Details könnten anschließend geregelt werden.

- 483      23.12.    Ministerialdirektor Krapf an die Dienststelle Berlin      S.1668

Krapf bringt die Unzufriedenheit des Auswärtigen Amts mit der verhandlungstechnischen Seite der Passierschein-Regelung zum Ausdruck. Die Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 trage Ausnahmecharakter, es dürfe sich kein gewohnheitsrechtlicher Kontakt zwischen dem Senat von Berlin und „Pankow“ herausbilden. Krapf bittet darum, über etwaige neue Kontaktversuche unverzüglich zu berichten.

- 484      24.12.    Ministerialdirektor Krapf an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen      S.1670

Krapf informiert über ein Gespräch mit den Gesandten der drei Westmächte. De Courson de la Villeneuve, Hillenbrand und Tomkins waren sich mit der deutschen Seite einig, daß im Falle weiterer „östlicher“ Initiativen in der Passierschein-Frage nicht wieder unter Zeitdruck verhandelt werden solle. Die Gesandten baten darum, zukünftig konsultiert und nicht nur, wie bei den Passierschein-Gesprächen, informiert zu werden. Abschließend wiesen sie darauf hin, daß die „Kontaktpolitik“ der DDR zu einer „Entwertung“ der Treuhandstelle für den Interzonenhandel als Gesprächspartner führen könne.

- 485      28.12.    Bundeskanzler Erhard an Regierenden Bürgermeister Brandt      S.1671

Der Bundeskanzler weiß sich mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin einig, daß Verhandlungen über eine Verlängerung der Passierschein-Regelung nicht ohne Beteiligung der Bundesregierung geführt werden können.

- 486      28.12.    Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Stonewall, Texas      S.1672

Der Bundeskanzler verzeichnet Übereinstimmung mit den USA in den Fragen der atlantischen Partnerschaft und der wirtschaftlichen Integration Europas. Demgegenüber gebe es mit Frankreich in vielen wesentlichen Fragen keine gemeinsame Grundlage, was bislang durch das „emotional oder sentimental“ geprägte Verhältnis zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle verdeckt worden sei. Für die Bemühungen Frankreichs um eine eigene Rüstungspolitik habe er Verständnis; jedoch dürfe de Gaulle nicht die Integration der übrigen NATO-Staaten verhindern. An der Auffassung, daß jeder konventionelle Angriff mit einem nuklearen Gegenschlag zu beantworten sei, halte der französische

Staatspräsident – in offensichtlicher Überschätzung der Force de frappe – fest. Zur Deutschland-Frage bemerkt Erhard, die Passierschein-Regelung sei nicht unproblematisch, da sie der Drei-Staaten-Theorie Vorschub leiste. Man werde sehr vorsichtig vorgehen müssen, denn wenn auch nur der Eindruck entstehe, daß Berlin (West) nicht geschützt sei und nicht mehr im Zusammenhang mit der Bundesrepublik gesehen werde, könne dies „sehr gefährliche“ Auswirkungen auch auf die Rechte und Interessen der Westalliierten haben. Erhard erklärt die Bereitschaft der Bundesrepublik, zur wirtschaftlichen Entlastung der UdSSR „große finanzielle und materielle Opfer zu bringen“, wenn dafür Fortschritte in der Deutschland-Frage erzielt werden könnten. Er bittet den amerikanischen Präsidenten, die sowjetische Seite über dieses Angebot zu informieren. Zur Agrarpolitik der EWG äußert Johnson die Sorge, daß den USA der „landwirtschaftliche Markt“ in Europa verlorengelange.

- 487      28.12.    Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in      S.1680  
Stonewall, Texas

Eingangs gibt Staatssekretär Carstens einen Überblick über die Passierschein-Gespräche. Bundesminister Schröder legt dar, wie die Bundesrepublik durch die geschlossene Vereinbarung in eine „schwierige Lage“ geraten sei. Das Für und Wider dieser Entwicklung sowie die Grenzen der Konzessionsbereitschaft müßten sorgfältig geprüft werden. Der amerikanische Außenminister Rusk zeigt sich überzeugt, daß zunehmende Kontakte mit Ost-Berlin und der DDR die Position der Bundesrepublik und die von Berlin (West), die beide eine enorme Anziehungskraft auf die Menschen in der DDR ausübten, stärken und zu einer „De facto-Wiedervereinigung“ führen könnten. Jedoch dürfe die Stellung der Westalliierten in Berlin nicht gefährdet werden, denn „hier gehe es um eine Sache von Leben und Tod“. Schröder gibt demgegenüber zu bedenken, daß sich bei derartigen Gesprächen der politische Status quo verfestigen könnte; zudem vermisse er ein Konzept, in dem die Folgen dieser Vorgehensweise vollständig durchdacht worden seien. Die Vorstellung, daß bewußt eine „Quasi-Anerkennung“ zugelassen werde, um auf diese Weise in „die Zone“ hineinzuwirken, hält er für falsch. Im Gegensatz dazu wirkten die zunehmenden Wirtschaftsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten auf eine Änderung des Status quo hin. Beide Seiten stellen fest, daß bei künftigen Passierschein-Gesprächen die westalliierten Stadtkommandanten stärker einbezogen werden müßten. Abschließend wenden sich die Gesprächspartner dem Abschluß der Brüsseler Verhandlungen vom 23. Dezember 1963 zu, der – so die amerikanische Einschätzung – den Weg zur Kennedy-Runde frei gemacht habe. Besorgnis verursachten allerdings die noch bestehenden Zolldisparitäten sowie die landwirtschaftlichen Fragen.

- 488      28.12.    Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in      S.1689  
                 Stonewall, Texas

Bundesminister Schröder erläutert das am 9. Mai 1963 vom EWG-Ministerrat verabschiedete synchronisierte Arbeitsprogramm, dessen Ziel die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes bei gleichzeitiger Festlegung der Positionen der Gemeinschaft für die Kennedy-Runde sei. Hierüber habe am 23. Dezember 1963 ein Kompromiß erzielt werden können. Ferner habe durch die Aufnahme einer Klausel in alle gültigen Marktordnungen verhindert werden können, daß der europäische Agrarmarkt „autark“ werde. Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, macht deutlich, daß den USA an einer fortschreitenden politischen Integration Westeuropas gelegen sei. Er weist jedoch darauf hin, daß nur durch eine liberale europäische Handelspolitik die Schwierigkeiten, die ein politischer Zusammenschluß Europas für andere Staaten mit sich bringen werde, in „erträglichem Maße“ gehalten werden könnten. Bundeskanzler Erhard hebt hervor, daß er sich über eine Integration hinaus für eine Ausweitung der Gemeinschaft einsetze, die das gesamte „freie Europa“ umfassen müsse. Zur Entwicklung der Ost-West-Beziehungen äußert er sich skeptisch; der Punkt, an dem Ministerpräsident Chruschtschow zu einer Änderung seiner Politik bereit sein werde, sei noch nicht erreicht. So liege bereits in der „relativ harmlosen“ Passierschein-Frage „Dynamit“, wenn auf diese Weise die Drei-Staaten-Theorie Auftrieb erhalte. Hinsichtlich der MLF bekräftigt Erhard die deutsche Zustimmung; er rechnet zudem mit der Teilnahme Großbritanniens und Italiens.

- 489      28.12.    Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident      S.1699  
                 Johnson in Stonewall, Texas

Der amerikanische Präsident erläutert, daß in den USA immer nachdrücklicher eine Verringerung der Streitkräfte in Übersee gefordert werde. Hinsichtlich der in Europa stationierten Einheiten werde dabei auf die verbesserten Möglichkeiten eines schnellen Truppentransportes an den jeweiligen Einsatzort, auf die Stärke der Bundeswehr und auf die Haltung Frankreichs verwiesen. Mit einem teilweisen Abzug der amerikanischen Streitkräfte solle der wachsenden Staatsverschuldung begegnet werden. Der Bundeskanzler hält dem entgegen, daß ohne die amerikanischen Verbände weder die Vorwärtsstrategie umgesetzt noch Westeuropa verteidigt werden könne; letzteres hätte weitreichende Auswirkungen in „anderen Teilen der Erde“. Im Anschluß an die Unterredung mit Johnson gibt Außenminister Rusk Erhard zu verstehen, die vom Präsidenten geäußerten Gedanken seien „nicht seine eigenen“ gewesen.

- 490      29.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Stonewall, Texas      S.1701

Der amerikanische Präsident erklärt, er hege nicht die Illusion, daß die bisher mit der UdSSR getroffenen Vereinbarungen – wie Weizenverkäufe oder Teststopp-Abkommen – zum Frieden führen könnten. Er hält aber weitere Bemühungen um Entspannung für notwendig, um nicht durch Untätigkeit in einen Krieg „hineinzuschlittern“. Zu seiner Politik gehöre aber auch, die Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik einzuhalten und die Verteidigungsausgaben nicht zu kürzen. Ebenso müßten die deutschen Rüstungskäufe zur Stützung der amerikanischen Volkswirtschaft fortgesetzt werden. Die USA hegten keine Angriffsabsichten gegen die UdSSR; „Ärger“ werde es allerdings bei Fortdauer der subversiven sowjetischen Tätigkeiten in der westlichen Hemisphäre geben. Bundeskanzler Erhard wiederholt den Vorschlag, Johnson möge Ministerpräsident Chruschtschow mitteilen, daß die Bundesrepublik als Gegenleistung für „mehr Freiheit“ in der DDR und für Berlin zu Hilfeleistungen bereit sei, die über die Gewährung von Krediten hinausgehen würden. Sicherheitsberater Bundy erwähnt die in den USA hin und wieder vertretene Ansicht, daß Chruschtschow seine Politik nur ändern könne, wenn zuvor in der Position des Westens eine „Auflockerung“ erfolgt sei; diese werde aber durch die „starre Haltung“ gegenüber der DDR verhindert. Erhard macht daraufhin deutlich, daß eine allmähliche Anerkennung nicht zur Beseitigung der Spannungen in Europa, sondern nur zur Festschreibung der Teilung Deutschlands führen würde. Abschließend teilt er „höchst vertraulich“ als seine persönliche Ansicht mit, daß nach einer Wiedervereinigung die Frage der deutschen Grenzen „kein unlösbares Problem“ mehr wäre und Deutschland mit den östlichen Nachbarn ein „friedvolles Verhältnis“ finden könnte.

- 491      29.12. Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in Stonewall, Texas      S.1708

Schröder und Rusk erörtern den Vorschlag zur Lösung der Deutschland-Frage, den die Bundesregierung vorbereite und der einen Plan für die Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit, ein Wahlgesetz sowie Regelungen zur Durchführung und Überwachung einer Volksabstimmung umfassen werde. Der amerikanische Außenminister hält es für taktisch günstiger, nicht zu sehr ins Detail zu gehen und die Erörterung von „ein oder zwei humanitären Problemen“ an den Anfang zu stellen. Vor Beginn einer Konferenz über die Deutschland-Frage müsse der Westen einen umfassenden Vorschlag ausgearbeitet haben. Weiterhin gibt Rusk zu bedenken, daß die Regelung der Fragen, die sich aus einer Wiedervereinigung für die europäische Sicherheit ergäben, sehr kompliziert werden dürfte. Vor allem werde es schwierig sein, die Forderung

nach Wahrung des „Sicherheitsgleichgewichts“ zwischen Ost und West zu erfüllen.

492      30.12. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens      S.1712

Der Staatssekretär informiert über den Besuch des Bundeskanzlers beim amerikanischen Präsidenten. Zwischen Johnson und Erhard habe sich ein „enges persönliches“ Verhältnis entwickelt. Carstens gibt den Eindruck wieder, daß – zumindest in der unmittelbaren Zukunft – mit einem starken Einfluß des Außenministers Rusk auf die auswärtigen Beziehungen der USA gerechnet werden müsse. Bedingt durch den bevorstehenden Wahlkampf werde die Politik des Präsidenten wesentlich von innenpolitischen Überlegungen geprägt sein. Vor diesem Hintergrund sei die erneute Zusicherung, daß alle sechs amerikanischen Divisionen in der Bundesrepublik stationiert blieben, zu begrüßen. Übereinstimmung habe sowohl in der Einschätzung entspannungspolitischer Fragen als auch hinsichtlich der Notwendigkeit deutsch-amerikanischer Konsultationen auf diesem Gebiet bestanden. Das Eintreten des Bundeskanzlers für eine liberale Handelspolitik sei begrüßt worden.

## Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, München 1989 ff.
- ADAP, D, VII Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch. 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956
- ADENAUER, Erinnerungen I Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965
- ADENAUER, Erinnerungen II Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966
- ADENAUER, Erinnerungen III Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967
- ADENAUER, Erinnerungen IV Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968
- ADENAUER-STUDIEN III Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie (Adenauer-Studien III), hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Mainz 1974
- AdG Archiv der Gegenwart (bis 1955: Keesing's Archiv der Gegenwart), zusammengestellt bzw. begründet von Heinrich von Siegler, 1931 ff.
- AKTIONSPROGRAMM DER GEMEINSCHAFT FÜR DIE ZWEITE STUFE Memorandum der Kommission über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe, hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1962
- L'ANNÉE POLITIQUE 1959 L'Année Politique 1959. Revue chronologique des principaux faits politiques diplomatiques, économiques et sociaux de la France et de la Communauté et bilan des organisations européennes du 1er janvier au 31 décembre 1959, Paris 1960
- L'ANNÉE POLITIQUE 1963 L'Année Politique économique, sociale et diplomatique en France 1963, Paris 1964
- BALL, The Past George W. Ball, The Past Has Another Pattern. Memoirs, New York/London 1982
- BEMÜHUNGEN I Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, I. Teil: Oktober 1949 – Oktober 1953, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 4. Auflage, Bonn 1958
- BLANKENHORN, Verständnis Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1980

## Literaturverzeichnis

---

- BRANDT, Begegnungen Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976
- BRANDT, Erinnerungen Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1989
- BRENTANO, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, hrsg. von Arnulf Baring (unter Mitarbeit von Bolko von Oetinger und Klaus Mayer), Hamburg 1974
- BRUNS, Politische Verträge, Bd. 1 Politische Verträge. Eine Sammlung von Urkunden, hrsg. von Viktor Bruns, Bd. 1: Garantiepakte, Bündnisse, Abkommen über politische Zusammenarbeit, Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge der Nachkriegszeit, bearb. von Georg von Gretschaninow, Berlin 1936
- BT ANLAGEN Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EWG Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958 ff.
- BUNDESHAUSHALTSPLAN 1964 Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1964, [Bonn 1964]
- CHARTER OF THE UNITED NATIONS Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich und Edvard Hambro, 2. Auflage, London 1949
- CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 92 United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 79th Congress. Second Session, Bd. 92, Washington D.C. 1946
- CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 104 United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 85th Congress. Second Session, Bd. 104, Washington D.C. 1958
- CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 109 United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 88th Congress. Second Session, Bd. 109, Washington D.C. 1963
- COUVE DE MURVILLE, Politique Étrangère Maurice Couve de Murville, Une politique étrangère, Paris 1971
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1939 ff.

- DOCUMENTS ON DISARMAMENT  
1945–1959 Documents on Disarmament 1945–1959, hrsg. vom Department of State, Washington D.C. 1960
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961 Documents on Disarmament 1961, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1962
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962 Documents on Disarmament 1962, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1963
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963 Documents on Disarmament 1963, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1964
- DOKUMENTATION DER EUROPÄISCHEN  
INTEGRATION 1961–1963 Dokumentation der Europäischen Integration 1961–1963 unter Berücksichtigung der Bestrebungen für eine Atlantische Partnerschaft, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn 1964
- DOKUMENTE DES GETEILTEN  
DEUTSCHLAND, Bd. 1 Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976
- DzD I Dokumente zur Deutschlandpolitik. I. Reihe: Vom 3. September 1939 bis 8. Mai 1945, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt a.M. 1984 ff.
- DzD II Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied 1992 ff.
- DzD III Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 4 Bde., Frankfurt a.M. 1961–1969
- DzD IV Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 12 Bde., Frankfurt a.M. 1971–1981
- EFTA BULLETIN 2 (1961) EFTA Bulletin. Europäische Freihandelsassoziation, 2. Jahrgang, Genf 1961
- FRUS 1955–1957, V Foreign Relations of the United States 1955–1957. Bd. V: Austrian State Treaty. Summit and Foreign Ministers Meetings 1955, Washington D.C. 1988
- FÜNFTER GESAMTBERICHT (1962) Fünfter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. Mai 1961 – 30. April 1962), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1962

## Literaturverzeichnis

---

- DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3 Charles de Gaulle, Discours et messages. Bd. 3: Avec le renouveau. Mai 1958 – juillet 1962, [Paris] 1970
- DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4 Charles de Gaulle, Discours et messages. Bd. 4: Pour l'effort. Août 1962 – décembre 1965, [Paris] 1970
- DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963 Charles de Gaulle, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963, [Paris] 1986
- DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962 Charles de Gaulle, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, [Paris] 1970
- GERSTENMAIER, Streit und Friede Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1981
- GREWE, Deutsche Außenpolitik Wilhelm G. Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960
- GREWE, Rückblenden Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1979
- HANSARD, Bd. 671 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Session 1962–63, Bd. 671, London [1963]
- HANSARD, Bd. 674 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Session 1962–63, Bd. 674, London [1963]
- HANSARD, Bd. 684 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Session 1963–64, Bd. 684, London [1964]
- HANSARD, Bd. 686 Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Session 1963–64, Bd. 686, London [1964]
- JOURNAL OFFICIEL 1963 Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires Assemblée Nationale, 1963, Paris 1963
- KROLL, Lebenserinnerungen Hans Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln 1967
- KRONE, Aufzeichnungen Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie (Adenauer-Studien III), hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Mainz 1974, S. 134–201
- LAHR, Zeuge Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981
- MACMILLAN, End of the Day Harold Macmillan, Memoirs. Bd. VI: At the End of the Day 1961–1963, London 1973
- MCGHEE, Botschafter George McGhee, Botschafter in Deutschland 1963–1968, Esslingen 1989

- MEISSNER, Moskau – Bonn  
Moskau – Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation, hrsg. von Boris Meissner, 2 Bde., Köln 1975
- OSTERHELD, Außenpolitik  
Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992
- OSTERHELD, Kanzlerjahre  
Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“ Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, 2. Auflage, Mainz 1987
- PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963–64  
Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. November 22, 1963 to December 31, 1964, Washington D.C. 1965
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961  
Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 20 to December 31, 1961, Washington D.C. 1962
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962  
Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1962, Washington D.C. 1963
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963  
Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964
- SCHLESINGER, Thousand Days  
Arthur M. Schlesinger Jr., A Thousand Days. John F. Kennedy in White House, Boston 1965
- SECHSTER GESAMTBERICHT (1963)  
Sechster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. Mai 1962 – 31. März 1963), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1963
- SHINNAR, Bericht  
Felix E. Shinnar, Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967
- SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964)  
Siebenter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1963 – 31. März 1964), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1964
- SPAAK, Memoiren  
Paul-Henri Spaak, Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969
- SPEIDEL, Aus unserer Zeit  
Hans Speidel, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, 2. Auflage, Berlin/Frankfurt a.M./Wien 1977

## Literaturverzeichnis

---

- STIKKER, Bausteine Dirk U. Stikker, Bausteine für eine neue Welt. Gedanken und Erinnerungen an schicksalhafte Nachkriegsjahre, Wien/Düsseldorf 1966
- STRAUSS, Erinnerungen Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989
- UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 17th Session United Nations. Official Records of the General Assembly. Seventeenth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, New York 1964
- UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session United Nations. Official Records of the General Assembly. Eighteenth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, New York 1965
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 3 United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich. Bd. 3: 1950–1952, New York 1973
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 9 United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich. Bd. 9: 1962–1963, New York 1974
- UNTS United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- VOGEL, Dialog I/1 Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, hrsg. von Rolf Vogel, Teil I, Bd. 1, München/New York/London/Paris 1987
- ZBIÓR DOKUMENTÓW Zbiór Dokumentów/Recueil de Documents, hrsg. vom Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warschau 1945 ff.

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	BMZ	Bundesminister(ium) für wirtschaftliche Zusammenarbeit
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen		
A-Bombe	Atom-Bombe	BRD	Bundesrepublik Deutschland
Abs.	Absatz	BRT	Bruttoregistertonne/-tonnage
Abt.	Abteilung	BT	Bundestag
a. D.	außer Dienst	bzw.	beziehungsweise
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst	ca.	circa
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	CATAC	Commandement Aérien Tactique
AG	Aktiengesellschaft	CBS	Columbia Broadcasting System
AID	Agency for International Development	CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
Anlg.	Anlage	CENTO	Central Treaty Organisation
Anm.	Anmerkung	CEP	Circular Error Probability
ANZUS-Pakt	Australia-New Zealand-United States-Pakt	CIA	Central Intelligence Agency
AP	Associated Press	CNR	Conseil National de la Résistance
Art.	Artikel	Co.	Compagnie
AZ	Aktenzeichen	COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
BBC	British Broadcasting Corporation	COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
BBP	Bodenbeobachtungsposten	ČSSR	Československá Socialistická Republika
Bd./Bde.	Band/Bände	CSU	Christlich-Soziale Union (Ministerial-)Direktor
Bearb.	Bearbeiter	D	Drahtbericht
Ber.	Bericht	DB	Destroyer with Missiles
Betr./betr.	Betreff/betreffend	DDG	Deutsche Demokratische Republik
BKC/L	Berlin Kommandatura Commandant/Letter	DDR	Deutsche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft
BK/O	Berlin Kommandatura Order	Demag	Department
BM	Bundesminister(ium)	Dg	(Ministerial-)Dirigent
BMF	Bundesminister(ium) der Finanzen	DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
BMG	Bundesminister(ium) für gesamtdeutsche Fragen	d. h.	das heißt
BMI	Bundesminister(ium) des Innern		
BMVtg	Bundesminister(ium) der Verteidigung		
BMWi	Bundesminister(ium) für Wirtschaft		

## Abkürzungsverzeichnis

---

Dipl.	Diplom	gez.	gezeichnet
d.J.	dieses Jahres	GG	Grundgesetz
d.M.	dieses Monats	ggf.	gegebenenfalls
Dok.	Dokument	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Drahterl.	Drahterlaß	H.	Heft
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	ha	Hektar
dz	Doppelzentner	H-Bombe	Hydrogenium-Bombe/ Wasserstoff-Bombe
EAG	Europäische Atomgemein- schaft	hrsg.	herausgegeben
ECA	Economic Commission for Africa	IANF	Inter-Allied Nuclear Force
ECE	Economic Commission for Europe	ICJ	International Court of Justice
ECOSOC	Economic and Social Council	IG	Industriegewerkschaft
EFTA	European Free Trade Association	IRBM	Intermediate Range Ballistic Missile
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	IRK/IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ENI	Ente Nazionale Idrocarburi	ISU	International Skating Union
EPTA	Expanded Program of Technical Assistance	i. V.	in Vertretung
erw.	erweitert	IWF	Internationaler Währungs- fonds
etc.	et cetera	IZH	Interzonenhandel
EURATOM	Europäische Atomgemein- schaft	KP	Kommunistische Partei
EVG	Europäische Verteidi- gungsgemeinschaft	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
evtl.	eventuell	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
EWG	Europäische Wirtschafts- gemeinschaft	KZ	Konzentrationslager
f.	folgende	LR I	Legationsrat I. Klasse
Fa.	Firma	lt.	laut
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung	M.	Monsieur
Feb.	Februar	MC	Military Committee
FDP	Freie Demokratische Partei	MD	Ministerialdirektor
ff.	folgende	MdB	Mitglied des Bundestages
Frhr.	Freiherr	m. d. B.	mit der Bitte
FS	Fernschreiben	MDg	Ministerialdirigent
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	m. E.	meines Erachtens
gefl.	gefällig	Meco	Mechanical Corporation
geh.	geheim	Mio.	Million(en)
		MLF	Multilateral Force
		MLNF	Multilateral Nuclear Force
		Mr.	Mister

MRBM	Medium Range Ballistic Missile	SEATO	South-East Asia Treaty Organisation
Mrd.	Milliarde(n)	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
m.W.	meines Wissens	Sept.	September
NA-	Nichtangriffs-	SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
NAA	Nichtangriffsabkommen	sog.	sogenannt
NAP	Nichtangriffspakt	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
NATO	North Atlantic Treaty Organisation	SS	Schutzstaffel
NfD	Nur für den Dienstgebrauch	StS/St.S.	Staatssekretär
Nfrs.	Nouveaux Francs	SU	Sowjetunion
NGO	Non-Governmental Organisation	TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza
NNF	NATO Nuclear Force	TSI	Treuhandstelle für Interzonenhandel
Nr.	Nummer	TTD	Temporary Travel Document
NS	Nationalsozialismus	u. a.	unter anderem/und anderes
o. a.	oben angeführt	u. ä.	und ähnliches
OAS	Organisation de l'Armée Secrète	u. a. m.	und anderes mehr
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation	UN	United Nations
Okt.	Oktober	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt	UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
PCI	Partito Comunista Italiano	UNO	United Nations Organisation
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano	UNR	Union pour la Nouvelle République
PSI	Partito Socialista Italiano	UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
PX	Post Exchange	US/U.S.	United States
RAF	Royal Air Force	USA/U.S.A.	United States of America
rd.	rund	USAREUR	United States Army Europe
s.	siehe	usw.	und so weiter
S.	Seite	u. U.	unter Umständen
SAC	Strategic Air Command		
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe		
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic		
SBZ	Sowjetische Besatzungszone		
s. E.	seines Erachtens		

## Abkürzungsverzeichnis

---

VAR	Vereinigte Arabische Republik	w. u.	weiter unten/wie unten
verschl.	verschlossen	z. B.	zum Beispiel
vgl.	vergleiche	z. b. V.	zur besonderen Verwendung
v. H.	vom Hundert		
v. J.	vorigen Jahres	ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
VLR I	Vortragender Legationsrat I. Klasse	Ziff.	Ziffer
VN	Vereinte Nationen	ZK	Zentralkomitee
VR	Volksrepublik		
VS	Verschlusssache(n)	z. T.	zum Teil
WEU	Westeuropäische Union	z. Z.	zur Zeit